

TEXTE

103/2020

Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019 – Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen

TEXTE 103/2020

Umweltforschungsplan des
Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit

Forschungskennzahl 3717 16 103 0
FB000149/ZW,3

Umwelteinstellungen in Deutschland von 1971 bis 2019 – Zeitreihenanalyse anhand externer Datenquellen

von

Michael Schipperges
sociodimensions – Institute for Socio-cultural Research, Heidelberg

Teilbericht - Im Auftrag des Umweltbundesamtes erstellt im Rahmen des FuE-
Vorhabens „Repräsentativumfrage zum Umweltbewusstsein und
Umweltverhalten im Jahr 2018 einschließlich sozialwissenschaftlicher
Analysen und Entwicklung einer jugendpolitischen Agenda“

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

Impressum

Herausgeber:

Umweltbundesamt
Wörlitzer Platz 1
06844 Dessau-Roßlau
Tel: +49 340-2103-0
Fax: +49 340-2103-2285
buergerservice@uba.de
Internet: www.umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt.de

 /umweltbundesamt

Durchführung der Studie:

sociodimensions – Institute for Socio-cultural Research
Michael Schipperges Sozial- und Marktforschung
Friedrich-Ebert-Anlage 60
69117 Heidelberg

Abschlussdatum:

März 2020

Redaktion:

Fachgebiet I 1.4 Wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Umweltfragen,
nachhaltiger Konsum
Angelika Gellrich

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 1862-4804

Dessau-Roßlau, Juni 2020

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den
Autorinnen und Autoren.

Kurzbeschreibung

Die Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA liefern wichtige Daten zum Umweltbewusstsein im Zeitverlauf, die in ihrer Tiefe und Differenziertheit keine andere Studie bietet. Dennoch können zusätzliche externe und frei verfügbare Daten zusätzliche Einblicke liefern, wie sich Einstellungen zu ökologisch relevanten Themen in der Bevölkerung in Deutschland entwickelt haben. Der vorliegende Bericht widmet sich deswegen diesen externen Datenquellen und untersucht, welche Entwicklungen und Veränderungen des Umweltbewusstseins sich daraus erkennen lassen und vergleicht diese Ergebnisse mit den Daten der Umweltbewusstseinsstudien. Neben der Erfassung umweltbezogener Einstellungen wurden dabei auch Daten zu anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern herangezogen, um eine Einordnung derselben in einen breiteren sozio-historischen Kontext zu ermöglichen. Zunächst werden die „langen Wellen“ des Umweltbewusstseins (von den 1970er bis Ende der 2010er Jahre) in den Blick genommen. Anschließend werden aktuelle Entwicklungen (von Mitte 2018 bis Ende 2019) genauer betrachtet. Es zeigt sich, dass insbesondere die Klimakrise in jüngster Zeit sehr deutlich in den Vordergrund der Aufmerksamkeiten getreten ist. Aus den Analysen werden Suchspuren und Empfehlungen abgeleitet, um für die sozialwissenschaftliche Umweltforschung weitere Forschungsarbeiten und Untersuchungen anzuregen.

Abstract

The studies of BMU(B) and UBA monitoring environmental consciousness in Germany provide important data on the evolution of environmental attitudes and behavior over time that no other study offers in comparable depth and scope. Nevertheless, external data can provide additional insights into how attitudes towards ecologically relevant issues have developed. Therefore, the present report attempts to examine developments and changes in environmental consciousness that can be derived from publicly accessible external data, and compares those with data from BMU(B)'s and UBA's studies. In addition to environmental attitudes, some data on other social and political areas were also considered in order to provide a larger socio-historical context for analysis. First, "long waves" of environmental concerns (from the 1970s to the end of the 2010s) are taken into account. Subsequently, current developments (from mid-2018 to the end of 2019) are examined in more detail. It can be seen that the climate crisis, in particular, has recently become the focus of attention. Moreover, open research issues are identified in order to give recommendations for relevant future research in the field of social-science based environmental studies.

Inhaltsverzeichnis

Tabellenverzeichnis	6
Abbildungsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	8
Zusammenfassung	9
Summary	13
1 Einleitung	16
2 Vorgehen und Datenquellen	17
3 „Lange Wellen“	18
3.1 Umweltprobleme im Alltagsbewusstsein	18
3.1.1 Eine frühe Umfrage des IfD Allensbach, 1971	18
3.1.2 Politbarometer (FGW), 1986 bis 2018	19
3.1.3 Sozio-oekonomisches Panel (DIW), 1984 bis 2017	23
3.1.4 Eurobarometer (EC), 2003 bis 2019	25
3.1.5 Bundesregierung (BMI, BMU/B, UBA), 1984 bis 2019	26
3.2 Reflexion der „Langen Wellen“ mit Expertinnen und Experten	28
3.2.1 Reflexionen zur Wahrnehmung von Umweltproblemen	29
3.2.2 Reflexion von anderen Problemlagen und Handlungsfeldern als Kontext für die Wahrnehmung von Umweltproblemen	30
3.2.3 Weitere Hinweise seitens der interviewten Expertinnen und Experten	31
4 Aktuelle Entwicklungen	33
4.1 Politbarometer (FGW), Januar 2018 bis Dezember 2019	33
4.2 Umweltbewusstseinsstudien (BMU, UBA), September 2018 bis Juni 2019	35
5 Fazit	37
5.1 Zentrale Ergebnisse der Zeitreihenanalysen	37
5.2 Empfehlungen für zukünftige Umweltbewusstseinsstudien	39
6 Quellenverzeichnis	43
Anhang	44
Anhang A: Input-Informationen und Fragestellungen für die Interviews mit Expertinnen und Experten	44
Anhang B: Liste ausgewählter Ereignisse 1971 bis 2019	50

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Politbarometer: Beurteilung von Maßnahmen für den Klimaschutz, November 2017 und Mai 2019.....	34
Tabelle 2:	Liste ausgewählter Ereignisse 1971 bis 2019	50

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Politbarometer (FGW) – die beiden wichtigsten Probleme in Deutschland 1986 bis 2018.....	20
Abbildung 2:	Politbarometer (FGW) – Nennung von Umweltproblemen im Einzelnen, 1986 bis 2016	21
Abbildung 3:	SOEP (DIW) – Sorgen um den Umweltschutz / Klimawandel, 1984 bis 2017	24
Abbildung 4:	Eurobarometer – Umwelt und Klimawandel als eines der beiden wichtigsten Probleme, 2003 bis 2019	26
Abbildung 5:	Studien der Bundesregierung – Umwelt (-schutz) als wichtiges Problem, 1984 bis 2019	27
Abbildung 6:	Politbarometer: Migration und Umwelt als Probleme, Januar 2018 bis Dezember 2019.....	33
Abbildung 7:	Wichtigste Probleme in Deutschland, September 2018 bis Juni 2019	35
Abbildung 8:	Einzel-Kategorien bei Umwelt- und Klimaschutz als eines der wichtigsten Probleme in Deutschland, September 2018 bis Juni 2019	36
Abbildung 9:	Entwicklung des Umweltbewusstseins in Deutschland von 1996 bis 2016 auf Grundlage der Umweltbewusstseinsstudien – Rasch-Skalierung	45
Abbildung 10:	Entwicklung der Wahrnehmung umweltbezogener Probleme – Synopse verschiedener Studien – 1971 bis 2018	47
Abbildung 11:	Die beiden wichtigsten Probleme in Deutschland im Zeitverlauf 1986 bis 2018 (Forschungsgruppe Wahlen / Politbarometer, offene Frage)	48

Abkürzungsverzeichnis

BMI	Bundesministerium des Inneren
BMU(B)	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, (Bau) und Reaktor- / nukleare Sicherheit
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin
EB	Eurobarometer
EC	Europäische Kommission, European Commission
EEG	Erneuerbare-Energien-Gesetz
EU	Europäische Union, European Union
FGW	Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim
FuE	Forschung und Entwicklung
IfD	Institut für Demoskopie, Allensbach
IPOS	Institut für praxisorientierte Sozialforschung, Mannheim
PKW	Personenkraftwagen
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SUV	Sport Utility Vehikel (Stadt-Gelände-Wagen)
SRU	Sachverständigenrat für Umweltfragen
UBA	Umweltbundesamt
UBS	Umweltbewusstseinsstudie(n)
UN	Vereinte Nationen, United Nations
vgl.	vergleiche
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz
z.B.	zum Beispiel

Zusammenfassung

Umweltbewusstsein unterliegt steter Veränderung. Angesichts immer wieder neuer Entwicklungen bei den Umweltbedingungen und den gesellschaftlichen Kontexten sind Informationen über umweltbezogene Einstellungen von hoher politischer Bedeutung. BMU(B) und UBA führen daher seit 1996 regelmäßig sozialwissenschaftliche Studien zum Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland durch. Dabei sind wertvolle Datensammlungen zustande gekommen, die eine Untersuchung im Zeitverlauf ermöglichen. Um darüber hinaus weitere Einsichten in Veränderungen des Umweltbewusstseins zu erhalten, wurden im Rahmen des FuE-Vorhabens „Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2018“ vertiefende Zeitreihenanalysen durchgeführt. Zum einen wurden die vorliegenden Daten der Umweltbewusstseinsstudien von 1996 bis 2016 mit spezifischen statistischen und psychometrischen Verfahren re-analysiert (Bauske / Kaiser 2019). Zum anderen sollten relevante externe Datenquellen ausgewertet werden: Diese Ergebnisse werden im vorliegenden Bericht dokumentiert.

Im Fokus der Analysen stehen externe Datenquellen, mit denen die Ergebnisse der Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA verglichen und ergänzt werden. Neben der Erfassung umweltbezogener Einstellungen wurden dabei auch Daten zu anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern herangezogen, um eine Einordnung der ersteren in einen breiteren sozio-historischen Kontext zu ermöglichen. Die verwendeten Datenquellen waren:

- ▶ Eine Studie des Instituts für Demoskopie (IfD) Allensbach, aus dem Jahre 1971
- ▶ Die Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) aus den Jahren 1986 bis 2019
- ▶ Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) aus den Jahren 1984 bis 2017
- ▶ Die Eurobarometer-Studien aus den Jahren 2003 bis 2019

Es wurde versucht, die großen Linien der Entwicklung des Umweltbewusstseins in den Kontext zeit-historischer Ereignisse einzuordnen. Außerdem wurden fünf Interviews zur Einordnung der Ergebnisse mit Expertinnen und Experten geführt.

Im Kapitel „Lange Wellen“ geht es darum, die großen Linien von Veränderungen in umweltbezogenen und umweltpolitikrelevanten Wahrnehmungen und Einstellungen in sehr langen Zeiträumen (seit den 1970er Jahren) zu untersuchen. Es sollten Entwicklungen erkennbar gemacht werden, deren Ursachen vermutlich in tieferliegenden Veränderungen von Grundorientierungen und Werten oder durch das Auf- und Abtreten unterschiedlich politisch sozialisierter Generationen bedingt sind. Zudem wurde der Versuch unternommen, mögliche Einflüsse wichtiger zeithistorischer Ereignisse und allgemeiner soziokultureller Kontexte auf diese Entwicklungen zu beleuchten. Zu diesem Zweck wurden wichtige Ereignisse seit den 1970er Jahren systematisch mit den sich aus den Datenquellen ergebenden Zeitreihen in Bezug gesetzt (die betrachteten Ereignisse – oder „Zeitstempel“ – sind im Anhang dokumentiert).

Eine der **ersten repräsentativen Umfragen zu Umweltproblemen** („Beziehung zur Umweltverschmutzung“: IfD Allensbach 1971) zeigt, dass bereits Anfang der 1970er Jahre eine hohe Betroffenheit durch Umweltprobleme bestand: Etwa drei Viertel der Bevölkerung sahen den „Kampf gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser sowie Maßnahmen gegen die Lärmbelästigung“ (ebd.) als besonders wichtig an.

Im Rahmen des **Politbarometers** (Forschungsgruppe Wahlen) wird seit Anfang der 1980er Jahre erfragt, was die beiden wichtigsten Probleme in Deutschland sind. Die Ergebnisse spiegeln Problemwahrnehmungen wider, die stark von jeweils aktuellen politischen Entwicklungen, gesellschaftlichen Diskursen und medial präsenten Themenschwerpunkten beeinflusst sind. Zusammenhänge mit den großen Linien der „Themen-Konjunkturen“ erscheinen insofern plausibel. Ende der 1980er waren Nennungen der Handlungsfelder Arbeitsmarkt, Migration, Umweltschutz, Wirtschaft und Soziales

noch eher selten. In den 1990er Jahren steht zunächst die Asylproblematik im Vordergrund. In der Folgezeit dominiert für fast 20 Jahre die Arbeitsmarkt-Thematik die Problem-Assoziationen. In den Jahren 2008 bis 2013, die stark von der Finanz- und Schuldenkrise geprägt waren, stehen Nennungen zu wirtschaftlichen Problemen an erster Stelle. Gleichzeitig werden immer häufiger soziale Probleme genannt. Die Zahl der Befragten, die Umweltprobleme als eines der beiden wichtigsten Probleme erachten, bleibt derweil auf niedrigem Niveau. Ein deutlicher Anstieg von umweltbezogenen Nennungen findet sich insbesondere im Jahr 2000. Die intensive öffentliche Diskussion um die Öko-Steuerreform der Rot-Grünen Koalition kann hierfür als ursächlich angenommen werden. Ab 2001 sinkt die Anzahl der Nennung von umweltrelevanten Problemen wieder deutlich. Im Jahr 2010 steigen allerdings Nennungen mit Bezug zur Atomenergie deutlich an. Hintergrund ist hier die Debatte um den Ausstieg aus dem Atomausstieg. 2011, im Jahr der Reaktorkatastrophen im japanischen Fukushima sowie dem (erneuten) Ausstieg aus der zivilen Nutzung der Atomenergie in Deutschland („Atom-Moratorium“), verdoppelt sich dann die Zahl der umweltbezogener Problemnennungen allgemein. Vor allem steigt die Zahl der Nennungen von Erneuerbaren Energien und der Energiewende an. In der Folgezeit gehen entsprechende Nennungen dann aber deutlich bis auf vier Prozent (im Durchschnitt des Jahres 2016) zurück.

Auch während des Jahres 2018 liegt die Anzahl von Befragten, die umwelt- und klimabezogene Probleme nennen, im Durchschnitt bei sechs Prozent. Sie steigt aber in der ersten Jahreshälfte 2019 allmählich (auf bis zu 30 Prozent) und in der zweiten sehr deutlich (auf 59 Prozent Ende September) an. Anschließend sinken die Werte zwar wieder etwas, bleiben aber bis Dezember 2019 auf einem Niveau zwischen 35 und 42 Prozent. Für einzelne Anstiege sorgen dabei vor allem die weltweiten Aktionstage für mehr Klimaschutz (*Fridays for Future*) am 20. September und 29. November.

Das **sozio-oekonomische Panel** erfasst, inwieweit sich die Menschen in Deutschland bezüglich verschiedener Aufgabenfelder Sorgen machen. Während sich 1984 noch 50 Prozent „große Sorgen“ um den Umweltschutz zu machen, sank deren Zahl bis 1986 auf 42 Prozent. Nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl (1986) stiegen die Umweltschutz-Sorgen sprunghaft auf 55 Prozent und verharrten in den Folgejahren auf einem hohen und weiter bis auf 60 Prozent ansteigenden Niveau. Im weiteren Verlauf zeigen dann auch die SOEP-Daten (analog zum Politbarometer) eine kontinuierlich sinkende Tendenz, bis sich das Umweltschutz-Sorgenniveau in den 2000ern bei knapp unter 30 Prozent stabilisiert. Seit 2009 erfasst das SOEP zusätzlich Sorgen um die Folgen des Klimawandels: Im gesamten Erhebungszeitraum 2009 bis 2017 geben zwischen 26 und 35 Prozent der Befragten an, dass sie sich deswegen „große Sorgen“ machen. Dabei handelt es sich bei denjenigen, die sich Sorgen um den Umweltschutz machen, und denjenigen, die sich um die Folgen des Klimawandels sorgen, zu 75 bis 80 Prozent um dieselben Personen, und zwar zu allen Erhebungszeitpunkten.

Die Europäische Kommission erhebt im Rahmen der so genannten **Eurobarometer**-Umfragen Einstellungen zu umweltpolitischen Sachverhalten. Für den Zeitraum 2003 bis 2019 wurden die beiden wichtigsten Probleme erfasst. Dabei fällt auf, dass der Anteil derjenigen, die Umwelt- beziehungsweise Klimaschutz nennen, im Vergleich zu anderen Studien insgesamt eher gering ist. Zwischen 2003 und 2014 liegen die Werte zwischen einem und sechs Prozent. Bemerkenswert ist aber die Entwicklung in jüngster Zeit: Zwischen 2014 und 2019 haben sich die Nennungen von Umwelt als Problem fast vervierfacht (von vier auf 15 Prozent); Nennungen zum Klimawandel sind sogar von sechs auf 31 Prozent angestiegen. Auch hier deutet sich eine in letzter Zeit deutlich gewachsene Sensibilisierung für Umwelt- und Klimafragen an.

Im Vergleich zu diesen externen Datenquellen zeigen die im Auftrag der **Bundesregierung** erhobenen Daten (von 1984 bis 1995 vom Institut für praxisorientierte Sozialforschung für das BMI beziehungsweise BMU, seit 1996 von verschiedenen Auftragnehmern für das BMU(B)/UBA: Umweltbewusstseinsstudien) ähnliche Entwicklungen: So sinkt die Relevanz von „Umweltschutz“ aus Sicht der Bevölkerung seit Anfang der 1990er Jahre zunächst langsam, aber kontinuierlich. Ab 1998 zeigt sich – wie in den anderen analysierten Studien auch – ein deutlicher Anstieg der Bedeutung von ökologischen Themen. Die Einführung von Öko-Steuern und der erste Beschluss zum Atom-Ausstieg durch die Rot-

Grüne-Koalition mögen dazu geführt haben, dass Umweltthemen intensiver öffentlich diskutiert wurden. Nach einer Stabilisierung des Umwelt-Problembewusstseins ist zwischen 2006 und 2008 ein zunächst mäßiger, dann zwischen 2010 und 2012 (nach der Atomkatastrophe in Fukushima) sehr deutlicher Anstieg in der Wahrnehmung umweltpolitischer Herausforderungen festzustellen. Seit der „Flüchtlingskrise“ 2015 dominieren – wie in anderen Studien auch – Nennungen zu Migrationsfragen die aktuelle Problemwahrnehmung. Noch im September 2018 bezeichneten 52 Prozent diese als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland, während Umwelt- und Klimaschutz nur von 16 Prozent genannt wurde. In den darauf folgenden repräsentativen (Nach-) Erhebungen im Rahmen der Umweltbewusstseinsstudie zeigten sich dann deutliche Veränderungen: So nannten im Dezember 2018 bereits 29 Prozent und im Juni 2019 dann 49 Prozent umwelt- und klimapolitische Probleme als zu den beiden wichtigsten gehörend: Gleichzeitig gingen im selben Zeitraum die Nennungen von migrationsbezogenen Themen auf 26 Prozent zurück.

Als Ergebnis der Betrachtung der „langen Wellen“ hat sich gezeigt, dass sich die **Inhalte** dessen, was im Zusammenhang mit „Umwelt“ jeweils gemeint ist, immer wieder gewandelt haben. Von Landschaftszerstörung und Luft- und Gewässerverschmutzung über Fragen der zivilen Nutzung der Atomenergie oder zur Energiewende bis hin zu den Auswirkungen des Klimawandels standen in verschiedenen Phasen ganz verschiedene Probleme im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Das bedeutet, dass nicht nur „das“ Umweltbewusstsein, sondern auch einzelne Aspekte, wie beispielsweise Klimabewusstsein, Ressourcenbewusstsein Energiebewusstsein und anderes immer wieder gezielt in den Blick zu nehmen sind. Gleichzeitig sind Einstellungen und Wahrnehmungen aus anderen politischen Handlungsfeldern wie beispielsweise soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Entwicklungen und globale Austauschbeziehungen zu berücksichtigen. Doch auch sich verändernde Lebensstile und Wertorientierungen, Vorstellungen von gutem Leben und Lebensqualität, Leistungsnormen, Statusbedürfnisse oder Zeit-Regimes sind als das Umweltbewusstsein und Umweltverhalten bestimmende Kontexte einzubeziehen. Insgesamt zeigt sich, dass öffentlichkeitswirksame Ereignisse dazu beitragen, die Wahrnehmung für entsprechende Umweltthemen deutlich zu schärfen.

Bemerkenswert ist die Entwicklung des Umwelt-Problembewusstseins im Jahr 2019. Alle verfügbaren Daten zeigen hier einen massiven Anstieg in der Wahrnehmung – wobei vor allem der Klimawandel und seine Folgen im Mittelpunkt stehen. In den repräsentativen Erhebungen der Bundesregierung (im Rahmen der Umweltbewusstseinsstudie 2018) haben sich entsprechende Problemnennungen zwischen September 2018 und Juni 2019 mehr als verdreifacht (von 16 auf 49 Prozent). Nach den Daten der Forschungsgruppe Wahlen (Politbarometer) haben sich die Werte in einem Zeitabschnitt von nur zwölf Monaten (September 2018 bis September 2019) dafür sogar verzehnfacht. Es wird deutlich: **Umwelt- und (insbesondere) Klimaprobleme** stehen inzwischen im **Vordergrund** der gesellschaftlichen Problemwahrnehmungen.

Methodisch erweist sich eine Pluralität von Erhebungsmethoden und Fragestellungen als vorteilhaft. So können offene Fragen wechselnde, diskursiv geprägte Stimmungsbilder sichtbar machen, während Listenabfragen eher in den persönlichen Werten und Grundorientierungen verwurzelte Präferenzen widerspiegeln. Die offene Sondierung von neuen Bewusstseinsinhalten durch qualitative Forschungsmethoden bleibt für ein vertieftes Verständnis der Ergebnisse von repräsentativen Umfragen und für die Entdeckung neuer Bewusstseinsinhalte unverzichtbar. Gleichzeitig sind standardisierte und über einen längeren Zeitraum hinweg konstant gehaltene Abfragen und Skalen wesentlich, um Veränderungen im Zeitverlauf auf statistisch robuster Grundlage zu erfassen.

Als **Desiderat** für künftige Umweltbewusstseinsstudien ergibt sich eine Balance zwischen aktuellen, ad hoc entwickelten Fragestellungen, die offene, für Neues sensible Module umfassen, und über einen längeren Zeitraum hinweg gleichbleibenden Fragestellungen, die eine (Re-) Konstruktion von Zeitreihen ermöglichen. Einzelne Items (also zu beurteilende Aussagen bzw. Teilfragen) sollten dabei, so es Veränderungen der sozialen und politischen Kontexte unvermeidlich machen, in größeren Abständen an veränderte Umfeldbedingungen angepasst werden. Für eine Interpretation von Veränderungen des

Umweltbewusstseins im Zeitverlauf sind zudem Informationen zu den gesellschaftlichen Kontexten („Zeitstempel“) wesentlich. Im Zusammenhang mit dem Monitoring von Umweltbewusstsein ist es daher zielführend, auch aktuelle gesellschaftliche Umfeldentwicklungen wie beispielsweise das Geschehen in den Massenmedien, die Diskussion in sozialen Netzwerken und öffentliche Diskurse systematisch zu beobachten.

Summary

Environmental consciousness is subject to constant change. In view of the diverse changes in environmental conditions and social contexts, information about environmental attitudes is of great political relevance. Therefore, the BMU(B) and UBA have been carrying out regular sociological studies on environmental attitudes and behavior in Germany since 1996. This has resulted in valuable data collections which allow time-series based analyses over a larger time span. In order to gain further insights into changes in environmental consciousness, a comprehensive re-analysis of BMU(B)'s and UBA's data from 1996 to 2016 has been carried out as part of the research and development project "Environmental Consciousness and Behavior in Germany 2018" using specific statistical and psychometric methods (Bauske / Kaiser 2019). In addition, publicly available external data sources have been examined in order to complement the findings. Moreover, some data from other social and political areas have been taken into account in order to embed the results in a broader socio-historical context: The results of these complementary analysis are documented in the present report (for the results of the time-series analyses of BMU(B)'s and UBA's data see Bauske / Kaiser 2019).

The main data sources used were:

- ▶ A study by the Institut für Demoskopie (IfD), Allensbach, from 1971
- ▶ The Politbarometer surveys of the Forschungsgruppe Wahlen (FGW) from 1986 to 2019
- ▶ The Socio-Economic Panel (SOEP) from 1984 to 2017
- ▶ The Eurobarometer studies from 2003 to 2019

In order to gain further insights and hints for interpretation, five interviews were conducted with experts in the field of social-science environmental research.

The chapter "Long Waves" is about examining the large lines of changes in perceptions and concerns related to environmental issues and policy in very long periods of time (since the 1970s). It was attempted to identify developments, the causes of which are presumably caused by deeper changes in basic orientations and values or by generational change. In addition, possible influences of important historical events and general sociocultural contexts have been taken into account. For this purpose, important events ("hallmarks") since the 1970s have been related to findings from the data sources. (These "hallmarks" are documented in the appendix).

One of the first representative surveys on environmental problems ("Relationship to environmental pollution": IfD **Allensbach** 1971) shows that as early as in the 1970s, around three quarters of the population stated the "fight against air and water pollution and measures against noise pollution" (ibid.) as particularly important. Even then, there was a high level of concern due to environmental problems.

The **Politbarometer** (carried out on behalf of Zweites Deutsches Fernsehen by the Forschungsgruppe Wahlen, Mannheim) has been asking since the early 1980s for the two most important problems Germany is facing at the time of each individual survey. The results reflect perceptions of problems which are strongly influenced by current social discourses and key topics in the media. Important political and social developments and their repercussion in the public and the media can be considered as explanations. At the end of the 1980s, considerations on the labor market, migration, environmental protection, economy and social issues were still rare. In the 1990s, a top priority was the asylum problem. Subsequently, the labor market issue dominated the mentions for almost 20 years. In the years 2008 to 2013, in connection with the financial and debt crisis, mentions on economic problems occurred most often. At the same time, the number of mentions of social problems increased significantly. The number of respondents who quoted environmental problems as one of the two most important problems remained at a rather low level. However, there was a significant increase in environmentally-related mentions in the 2000s. The intensive public discussion about the eco-tax reform planned by the

coalition of the Social-democratic and the Green Party (so-called Red-Green-Government) can be assumed to be a cause. As of 2001, the number of environmental issues mentioned dropped again significantly. In 2010, however, mentions related to nuclear energy increased significantly. In 2011, the year of the reactor catastrophe in Fukushima, Japan, and the (renewed) phase-out of civilian use of nuclear energy in Germany, the number of people quoting environmentally related problems doubled. At the same time, the number of mentions of renewable energies and the energy transition was strongly increasing. In the subsequent period, however, corresponding mentions dropped significantly to four percent (on average in 2016).

During 2018, the number of respondents who quoted environmental and climate-related problems averaged six percent. However, it gradually increased in the first half of 2019 (up to 30 percent) and very significantly in the second half (to 59 percent at the end of September). Subsequently, the values dropped again somewhat, but remained at a very high level between 35 and 42 percent until December 2019. The global action days for consistent climate protection (Fridays for Future) on September 20th and November 29th show to correspond with particular peaks in the meantime.

The **Socio-Economic Panel (SOEP)** records the extent to which people in Germany are concerned about various topics of private and public life since early 1980s. While in 1984, 50 percent were "very worried" about environmental protection, the number dropped to 42 percent in 1986. After the reactor catastrophe in Chernobyl (1986), environmental concerns skyrocketed to 55 percent and persisted in the following years at a high level that even continued to rise up to 60 percent. In the further course, the SOEP data show (comparable to the political barometer) a continuously decreasing tendency until the level of environmental concerns stabilizes at just under 30 percent in the 2000s. Since 2009, the SOEP also measures concerns about the consequences of climate change: In the entire survey period (2009 to 2017) between 26 and 35 percent of those surveyed stated that they were "very concerned" about this. 75 to 80 percent of those who are concerned about environmental protection and those who are concerned about the consequences of climate change are the same people, during the whole survey period.

As part of the so-called **Eurobarometer** surveys, the European Commission collects attitudes towards environmental issues. The two most important problems were recorded for the period 2003 to 2019. It is striking that the proportion of those who name the issues environmental or climate protection is rather small compared to other studies. Between 2003 and 2014, the values were between one and six percent. However, the most recent development is remarkable: Between 2014 and 2019, the number of those having concerns about environmental issues almost quadrupled (from four to 15 percent); climate change ratings have even risen from six to 31 percent. Here too, there has been a clear increase in awareness of environmental and climate issues.

In comparison to these external data sources, surveys on behalf of the **Federal Government** (from 1984 to 1995 by the Institut für praxisorientierte Sozialforschung on behalf of the Federal Ministry of Internal Affairs or of the Federal Ministry for the Environment, since 1996 by various contractors for the BMU(B) and UBA: Environmental Consciousness Studies) show similar developments: The subjective relevance of environmental protection has been declining slowly but continuously since the early 1990s. From 1998 – as in the other studies analyzed – there was a significant increase in the importance of ecological issues. The introduction of eco-taxes and the first decision to phase out the civilian use of nuclear power by the Red-Green Coalition may have had the effect that environmental issues were far more intensively discussed in public. In the following epoch, the awareness of environmental problems stabilized, but there was a moderate increase in the perception of environmental challenges between 2006 and 2008, then a very significant increase between 2010 and 2012 (after the nuclear disaster in Fukushima). Since the "refugee crisis" in 2015, as in other studies, migration issues have dominated the perception of political problems. In September 2018, 52 percent described these as one of the two most important problems in Germany, while environmental and climate protection was

only mentioned by 16 percent. The following representative (follow-up) surveys as part of the Environmental Consciousness Study 2018 then showed clear changes: 29 percent in December 2018 and 49 percent in June 2019 named environmental and climate issues among the two most important problems facing Germany at the moment. At the same time, mentions of migration-related issues fell to 26 percent.

As a result of looking at the “long waves”, it has been shown that the contents of what is meant in connection with “environment” have changed again and again. In different phases, the focus of attention was on different issues, from landscape destruction and air and water pollution to questions of civilian use of nuclear energy or the energy transition, up to the consequences of climate change. This means that not only “environmental” awareness, but also specific partial aspects, such as climate awareness, resource awareness, energy awareness and others, have to be kept in consideration. Moreover, attitudes and perceptions of other political action fields, such as social justice, economic developments and global exchange patterns have to be taken into account, too. However, changing lifestyles and value orientations, ideas of good life and quality of life, performance standards, status requirements or time regimes must also be included as contexts that determine environmental consciousness and behavior. Overall, it can be seen that high-profile events help to sharpen awareness of corresponding environmental issues.

The development of environmental awareness in **2019** is noteworthy. All available data show a massive increase in perception – with climate change and its consequences in focus. In the representative surveys of the Federal Government (as part of the 2018 Environmental Consciousness Study), the number of corresponding problems more than tripled between September 2018 and June 2019 (from 16 to 49 percent). According to the data from Forschungsgruppe Wahlen (Politbarometer), the values increased tenfold over a period of just twelve months (September 2018 to September 2019). It becomes clear that environmental and (in particular) climate policy have become a focus of public concern.

In terms of **methodology**, a plurality of survey methods and questions has proven to be advantageous. In this way, open-ended questions can make changing topics visible, while item lists on a Likert-scale tend to reflect preferences rooted in personal values and basic orientations. The open exploration of new contents of consciousness through qualitative research methods remains indispensable for a deeper understanding of the results of representative surveys and for the discovery of new topics. At the same time, standardized queries and scales that are kept constant over a longer period of time are essential in order to record changes over time on a statistically robust basis.

A thoughtful balance between ad hoc developed questions on current issues, which include open modules that are sensitive to new developments, and standard questions that are consistently recorded over a longer period of time allowing for a (re-) construction of time-series is desirable for future environmental consciousness studies. Individual items or statements should – if inevitable – be adapted to changing social and political contexts at longer intervals. Information on social contexts (“hallmarks”) is also essential for an interpretation of changes in environmental consciousness over time. When monitoring environmental consciousness over time, it is therefore necessary to systematically observe social change in a broader context, equally as what is happening in the mass media, in the in social networks on the internet and in general public discourses.

1 Einleitung

Umweltbewusstsein unterliegt steter Veränderung. Um nur einige thematische Wandlungen zu nennen: Seit den 1960er Jahren werden Umweltprobleme in der Bevölkerung verstärkt bewusst wahrgenommen und in der Öffentlichkeit intensiv diskutiert. Standen anfänglich die Verschmutzung von Luft und Gewässern sowie der Landschaftsschutz im Vordergrund, so nahm bald die Auseinandersetzung mit der zivilen Nutzung der Atomenergie einen zentralen Stellenwert ein. In den 1990ern wurde eine ökologische Steuerreform diskutiert. Heute ist der Klimawandel zu einer der wichtigsten Zukunftsfragen geworden.

Dabei fehlt eine einheitliche, verbindliche Definition von Umweltbewusstsein.¹ Vielmehr handelt es sich um einen „schillernde[n] Terminus“ (de Haan / Kuckartz 1996: 36) und seine theoretischen Grundlagen sind immer noch weitgehend ungeklärt (Bogun 2002). Angesichts der vielfältigen Veränderungen der Umweltbedingungen und der gesellschaftlichen Kontexte, in denen diese erörtert werden, sowie der zahlreichen inhaltlichen Verästelungen und Querbezüge zu anderen Bereichen des sozialen Lebens liegt die Vermutung nahe, dass es eine derartige allgemein gültige Definition nicht geben kann – und dass eine solche wohl gar nicht sinnvoll wäre. Gleichzeitig sind Informationen darüber, wie es um Umweltbewusstsein beziehungsweise umweltbezogene Einstellungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung bestellt ist, von hoher politischer Bedeutung. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, (Bau) und Reaktor- / nukleare Sicherheit (BMU/B) und das Umweltbundesamt (UBA) führen daher seit 1996 (bzw. mit den Vorgänger-IPOS-Studien bereits seit 1991) regelmäßig umfangreiche und thematisch breit gefächerte sozialwissenschaftliche Studien dazu durch, die bei politisch Verantwortlichen wie in der interessierten Öffentlichkeit große Beachtung gefunden haben. Mitunter wird die Definitionsfrage daher auch etwas salopp dahingehend beantwortet: „Umweltbewusstsein ist das, was die Umweltbewusstseinsstudien [des BMU und UBA] erfassen“.

Im Zusammenhang der seit über 20 Jahren durchgeführten Umweltbewusstseinsstudien von BMU und UBA sind wertvolle Datensammlungen zustande gekommen, die u.a. eine Untersuchung der Entwicklung von Umweltbewusstsein im Zeitverlauf ermöglichen.² Gleichwohl bleibt die Problematik bestehen, dass die in verschiedenen Studien behandelte Sachverhalte immer wieder unterschiedlich erfragt und teilweise mit unterschiedlichen Methoden erfasst wurden (vgl. Schipperges et al. 2016). Zum einen war dieses Vorgehen notwendig und unvermeidbar, um zu jeweiligen Erhebungszeitpunkt mit adäquaten Frageformulierungen und optimalen Befragungsmethoden aktuelle Daten zu generieren. Zum anderen aber wird hierdurch die Vergleichbarkeit der gewonnenen Ergebnisse im Zeitverlauf beeinträchtigt.³ Doch auch identische Fragestellungen können vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftspolitischer Kontexte unterschiedlich verstanden und unterschiedlich beantwortet werden.

Um weitere Einsichten in den Verlauf und die Veränderungen des Umweltbewusstseins in Deutschland zu erhalten, haben das BMU und UBA deswegen im Zusammenhang mit der Umweltbewusstseinsstudie 2018 vertiefende Zeitreihenanalysen beauftragt. Hierbei wurden zum einen die vorliegenden Daten der Umweltbewusstseinsstudien von 1996 bis 2016 mit spezifischen statistischen und psychometrischen Verfahren re-analysiert (Ergebnisse in Bauske / Kaiser 2019). Zum anderen sollten relevante externe Datenquellen ausgewertet werden. Ergebnisse des Letzteren sind im vorliegenden Bericht dokumentiert.

¹ Gleichwohl liegen zahlreiche Definitionen und Definitionsversuche in der Literatur vor – z.B. SRU 1978, Spada 1990, de Haan und Kuckartz 1996, Preisendörfer 1999, Grunenberg und Kuckartz 2003, Kaiser et al. 2010; zur Definitionsproblematik von „Umweltbewusstsein“ siehe auch Scholl et al. 2016.

² Diesbezügliche Analysen wurden beispielsweise von Preisendörfer (1999), Kuckartz und Rheingans-Heintze (2006), Schipperges et al. (2016) und Bauske und Kaiser (2019) vorgenommen.

³ Zur Problematik, wie schon geringfügige Änderungen in den Frageformulierungen die Ergebnisse beeinflussen können, vgl. Dillman et al. 2009 und Schipperges et al. 2016.

2 Vorgehen und Datenquellen

Im Fokus der Analyse standen externe Datenquellen, mit denen die Ergebnisse der Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA verglichen und ergänzt werden sollten. Ein besonderes Augenmerk wurde auf Quellen gerichtet, die

- ▶ eine methodisch und inhaltlich einheitliche – und insofern vergleichbare – Erfassung umweltrelevanter Wahrnehmungen und Einstellungen auf Basis von repräsentativen Bevölkerungsumfragen bieten,
- ▶ über einen möglichst langen Zeitraum hinweg umweltbezogene Einstellungen und Wahrnehmungen der Bevölkerung erforschen – und insofern „lange Wellen“ im Umweltbewusstsein erkennbar machen,
- ▶ auf der Grundlage hoher wissenschaftlicher Standards und mit Hilfe von ausreichend großen Stichproben verlässliche Daten bereitstellen.

Neben der Erfassung umweltbezogener Einstellungen wurden dabei auch Daten zu anderen gesellschaftlichen Handlungsfeldern herangezogen, um eine Einordnung der ersteren in einen breiteren sozio-historischen Kontext zu ermöglichen.

Angesichts des in den (zum Zeitpunkt der Berichtslegung: Dezember 2019) aktuellsten Repräsentativbefragungen von BMU und UBA aufscheinenden, deutlichen Meinungsumschwungs zugunsten von mehr Umwelt- und (insbesondere) Klimaschutz, wurden verfügbare externe Daten zu aktuellen Entwicklungen (namentlich das Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen, FGW) vertiefend herangezogen.

Die verwendeten Datenquellen waren:

- ▶ Eine Studie des Instituts für Demoskopie (IfD), Allensbach im Auftrag der Deutschen Verbundgesellschaft, Heidelberg: „Beziehung zur Umweltverschmutzung“ aus dem Jahre 1971
- ▶ Die Politbarometer-Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen (FGW) im Auftrag des Zweiten Deutschen Fernsehens (ZDF) aus den Jahren 1986 bis 2019
- ▶ Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, aus den Jahren 1984 bis 2017
- ▶ Die Eurobarometer-Studien der Europäischen Kommission (European Commission, EC) aus den Jahren 2003 bis 2019

Die Ergebnisse dieser Studien wurden zum einem mit den Befunden der Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA in Bezug gesetzt. Zum anderen wurde der Versuch unternommen, die großen Linien der Entwicklung des Umweltbewusstseins in den Kontext zeithistorischer Ereignisse beziehungsweise der allgemeinen soziokulturellen und sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland einzuordnen. Zu Fragen der Interpretation der Zeitreihen-Ergebnisse wurden fünf Interviews mit für diese Themen besonders kompetenten Expertinnen und Experten geführt.

Mit diesen Analysen wurde ein erster Schritt unternommen, die bisher vorgelegten Trendanalysen zum Umweltbewusstsein (Preisendörfer 1999, Kuckartz / Rheingans-Heintze 2006, Schipperges et al. 2016) fortzuschreiben. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass mit der Schwerpunktsetzung auf externe Datenquellen lediglich eine **Ergänzung** der Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA beabsichtigt war und insofern **kein vollständiges Bild** der Entwicklungen im Umweltbewusstsein gezeichnet werden kann. Die vorgelegten Befunde sind insofern als vorläufige Hypothesen und möglicherweise interessante Suchspuren zu verstehen, deren Vertiefung und Weiterverfolgung durch andere Forschungsarbeiten interessant und lohnend erscheinen.

3 „Lange Wellen“

In diesem Kapitel geht es darum, Veränderungen in umweltbezogenen und umweltpolitikrelevanten Wahrnehmungen und Einstellungen in (möglichst) langen Zeiträumen zu untersuchen – also um die „Langen Wellen“ im Umweltbewusstsein. Auf dieser Basis sollen langfristige Entwicklungen sichtbar gemacht werden, deren Ursachen (eher) in tieferliegenden Veränderungen von Grundorientierungen und Werten oder durch das Auf- und Abtreten unterschiedlich politisch sozialisierter Generationen bedingt zu vermuten sind. Kurzfristige Fluktuationen, die durch bestimmte, gegebenenfalls herausragende Einzelereignisse bedingt sind, können vor diesem Hintergrund genauer beleuchtet werden. Methodisch und stichprobenbedingte Schwankungen hingegen sind zwar ebenfalls zwischen einzelnen Messpunkten zu gewärtigen, in der Zusammenschau der Messungen über einen längeren Zeitraum hinweg und – insbesondere – bei der vergleichenden Betrachtung von Daten aus unterschiedlichen Quellen – soweit sich parallele Entwicklungen ausmachen lassen – aber von untergeordneter Bedeutung.⁴

3.1 Umweltprobleme im Alltagsbewusstsein

3.1.1 Eine frühe Umfrage des IfD Allensbach, 1971

Eine der ersten repräsentativen Umfragen zu Umweltproblemen wurde – unter der Überschrift „Beziehung zur Umweltverschmutzung“ – im Auftrag der Deutschen Verbundgesellschaft, Heidelberg, durch das Institut für Demoskopie (IfD), Allensbach, im Jahr 1971 durchgeführt (IfD / Verbundgesellschaft Heidelberg 1971).⁵ Auch wenn in diesem Zusammenhang keine weiteren Daten vorliegen, die eine Rekonstruktion von Zeitreihen ermöglichen würden, so ist diese Studie insofern relevant, als sie zeigt, dass bereits Anfang der 1970er Jahre drei Viertel der Bevölkerung (76 Prozent) den „Kampf gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser sowie Maßnahmen gegen die Lärmbelästigung“ als eine „besonders wichtige innere Reform“ angab; diese Herausforderung lag damit seinerzeit auf Platz 1 von insgesamt 11 erfassten Reformanliegen unterschiedlichster Art (Platz 2: Bau von Krankenhäusern, Platz 3: Wohnungsbau etc.).⁶ Ein hoher Stellenwert wurde aber auch der „Förderung des Landschaftsschutzes, [so] dass die Schönheit der Landschaft erhalten bleibt“ zugeschrieben (von 46 Prozent ausgewählt). Bereits zu diesem Zeitpunkt bestand also eine hohe Betroffenheit in der Bevölkerung durch Umweltprobleme.

⁴ Bei all diesen Betrachtungen zeigt sich – und wird im Folgenden genauer dokumentiert werden –, dass unterschiedliche Quellen auch bei ähnlichen Fragestellungen oft Ergebnisse mit parallelen Entwicklungen im Zeitverlauf, in absoluten Zahlen (Prozentwerten) jedoch auf unterschiedlichen Niveaus liefern. Hierbei sind einerseits Unterschiede in der Stichprobenziehung, den Grundgesamtheiten, den Abfragemodellen, den Frageformulierungen und bei den Fragebogenkontexten zu berücksichtigen (zu methodischen Problemen bei der Zeitreihenanalyse vgl. auch Schipperges et al. 2016: 31ff). Darüber hinaus bleibt aber bei der Analyse von Daten aus verschiedenen Quellen festzuhalten, dass die jeweiligen Ergebnisse offensichtlich noch durch weitere Effekte beeinflusst werden (wie z.B. „Institutshandschriften“), die mit den genannten Faktoren nicht erklärt werden können und wohl auch nach der Berücksichtigung aller methodischen Effekte nie ganz aufklärbar sein werden.

⁵ Einige Fragen zur Landschaftszerstörung wurden von derselben Konstellation bereits 1966 erhoben.

⁶ Die Frage lautete: Es wird ja jetzt viel von inneren Reformen gesprochen. Diese Reformen betreffen alle Aufgaben, die von den einzelnen Bürgern allein nicht gelöst werden können, sondern nur von der Gemeinschaft, also allen Bürgern zusammen mit dem Staat. Welche Reformen am wichtigsten sind, darüber gibt es verschiedene Meinungen. Was davon ist Ihrer Meinung nach besonders wichtig?“ Vorlage eines Kartenspiels, 11 Items. Antworten: Anteil der ausgewählten Karten in Prozent. N=2.000 persönliche Interviews, deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren in Deutschland-West inkl. Berlin-West. Auf repräsentative Verhältnisse gewichtete Quotenstichprobe. Quelle: IfD Allensbach.

3.1.2 Politbarometer (FGW), 1986 bis 2018

Die Forschungsgruppe Wahlen (FGW) erhebt seit über 40 Jahren im Auftrag des ZDFs das Politbarometer. Die Befragungen erfolgen telefonisch in mindestens monatlichen, häufig aber 14-tägigen Rhythmus bei zwischen n=1.000 und n=1.500 repräsentativ ausgewählten Befragten (Wahlberechtigte, d.h. deutsche Staatsbürgerinnen und Staatsbürger ab 18 Jahren).⁷ Neben der Wahlabsicht („Sonntagsfrage“) und wechselnden aktuellen Themen wird seit 1986 mit einer offenen Frage erfragt, was nach Ansicht der Befragten die beiden wichtigsten Probleme in Deutschland sind.

Derartige offene Fragen, die ohne jedwede inhaltliche Vorgaben eine spontane Antwort erfordern, sind ein geeigneter Sensor, um zu erfassen, welche Themen für die Befragten zum Erhebungszeitpunkt besonders stark im Alltagsbewusstsein präsent sind.⁸ Die Ergebnisse spiegeln Problemwahrnehmungen, die – in massenmedialen Gesellschaften zwangsläufig – stark von den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Diskursen und medial vermittelten Themenschwerpunkten beeinflusst werden. Gleichzeitig wird hierdurch jedoch die Wirksamkeit bestimmter öffentlicher Diskussionen auf die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung – und umgekehrt – sichtbar. Für eine Auswertung müssen die vielfältigen und disparaten Einzelnennungen der Befragten kategorisiert und kodiert werden. Neben einer groben Zuordnung zu einzelnen großen politischen Handlungsfeldern (wie Arbeit, Wirtschaft, Soziales oder Umwelt) sind dabei auch feinere Unterscheidungen (sogenannte Sub-Codes) möglich. Durch letztere werden sich verändernde Teil-Aspekte und Akzentsetzungen innerhalb eines Themenbereichs erkennbar, die wichtige Hinweise auf einen gewandelten Fokus der Aufmerksamkeit und auf Diskursverschiebungen in der Gesellschaft geben können.

Zur Erklärung können wichtige politische und gesellschaftliche Entwicklungen sowie deren öffentliche und mediale Erörterung herangezogen werden. Selbst wenn ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen einzelnen zeithistorischen Ereignissen und den Nennungen bei der offenen Frage natürlich nicht bewiesen werden kann, so erscheinen bestimmte Zusammenhänge mit den großen Linien der „Themen-Konjunkturen“ zumindest plausibel.⁹ (Ein Einordnung der umweltrelevanten Entwicklungen durch die interviewten Expertinnen und Experten findet sich in Abschnitt 3.3).

Die Ergebnisse für die wichtigsten gesellschaftlichen Problemfelder von 1986 bis 2018 zeigt Abbildung 1:¹⁰

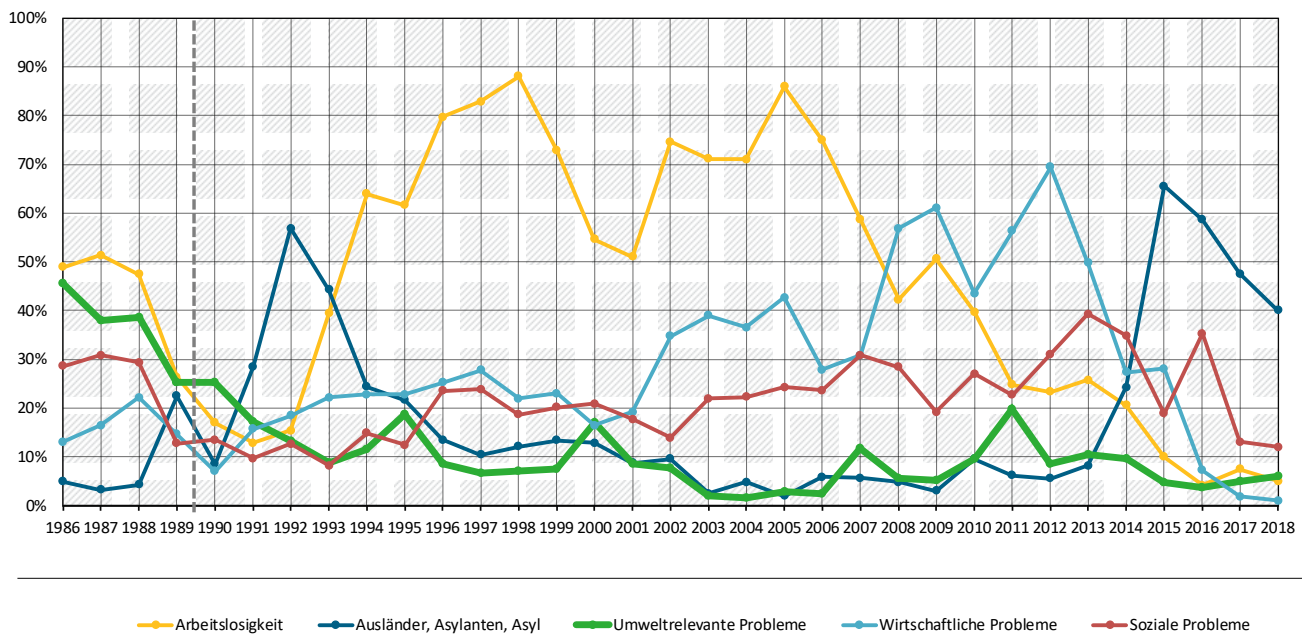
⁷ Siehe www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer (zuletzt 18.12.2019).

⁸ In den Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA wird daher seit dem Jahr 2000 ebenfalls eine vergleichbare offene Frage zu den beiden aktuell wichtigsten Problemen in Deutschland gestellt – zum Vergleich dieser Ergebnisse mit den Ergebnissen der FGW siehe Abschnitt 3.1.5.

⁹ Ein Überblick über wichtige zeitgeschichtliche Ereignisse aus den Jahren 1977 bis 2018 ist in Tabelle 2 im Anhang dargestellt. (Eine umfassende Medienanalyse für die letzten fünf Jahrzehnte konnte im Rahmen dieses Teil-Arbeitspaketes der Umweltbewusstseinsstudie 2018 nicht geleistet werden.)

¹⁰ Die Abbildung zeigt für jedes Jahr die aus den kumulierten monatlichen bzw. vierzehntägigen Einzelbefragungen ermittelten Jahres-Durchschnittswerte.

Abbildung 1: Politbarometer (FGW) – die beiden wichtigsten Probleme in Deutschland 1986 bis 2018



Frage: Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland? (1. Nennung). Und was ist ein weiteres wichtiges Problem? (2. Nennung). Die Grafik zeigt Antworten der 1. und 2. Nennung kumuliert.

N=9.000 bis 22.000 Befragte pro Jahr ab 18 Jahren (Wahlberechtigte).

1986 bis 1989 nur Westdeutschland (alte Bundesländer), ab 1990 Gesamtdeutschland (alte und neue Bundesländer); die gestrichelte Linie verweist auf den Wechsel der Grundgesamtheit.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer.

Noch in der „alten“ Bundesrepublik (Westdeutschland) waren Arbeitslosigkeit und Umweltprobleme die am häufigsten genannten Themen. Während wirtschaftliche Turbulenzen (z.B. der Einbruch der Börsen weltweit im Oktober 1986 und die Asienkrise 1987) die Angst vor Arbeitslosigkeit ansteigen ließen, führte vor allem die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl (im April 1986) zu massiven Sorgen vor Umweltbelastungen. Ab 1989 und 1990 sind dann Thematisierungen (als erste oder zweite Nennung) der später wieder bedeutsamen Handlungsfelder Arbeitsmarkt, Migration, Umweltschutz, Wirtschaft und Soziales eher selten. Vor dem Hintergrund, dass in diesen Jahren die „Wende“ in der DDR und die Wiedervereinigung Deutschlands im Fokus der Aufmerksamkeit standen, ist dies nicht verwunderlich.¹¹

In den Folgejahren stand zunächst die Asylproblematik im Vordergrund. In diese Zeit fallen die ausländerfeindlichen Pogrome von Hoyerswerda und Rostock, die Brandanschläge auf von Türkisch-Stämmigen bewohnte Häuser in Solingen und Mölln sowie die Änderung des Asyl-Paragraphen im Grundgesetz. Anschließend sinken diesbezügliche Nennungen signifikant. Stattdessen dominiert für fast 20 Jahre die Arbeitsmarkt-Thematik die Problem-Assoziationen. Ab 2005, d.h. mit dem Abflauen der Arbeitslosigkeit (die in diesem Jahr ihren bisherigen Höchststand von mehr als fünf Millionen Arbeitslosen erreicht hatte) und mit einem ansteigenden, vor allem exportbasierten Wirtschaftswachstum, sinkt die Zahl der Nennungen dieses Problems wieder. In den Jahren 2008 bis 2013, also in einem offensichtlichen Zusammenhang mit der internationalen Finanz- und Schuldenkrise, stehen Nennungen zu wirtschaftlichen Problemen an erster Stelle. In diesem Zeitraum steigt auch die Zahl der Nennungen

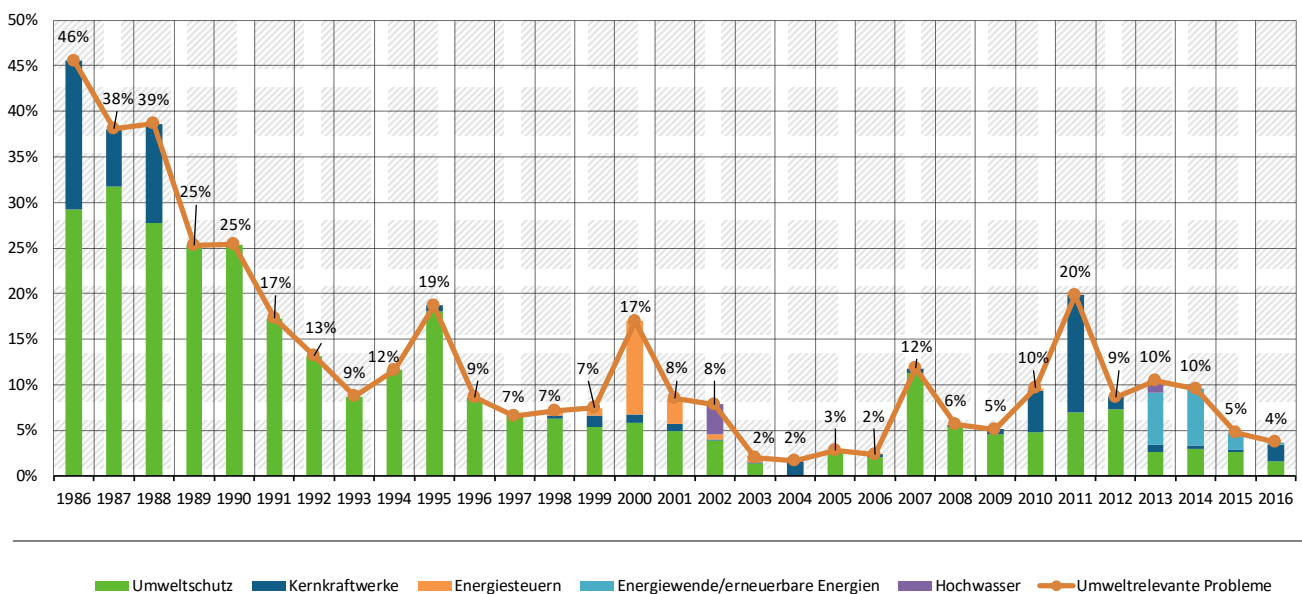
¹¹ Alle hier und in den folgenden Abschnitten bis Abschnitt 3.2.2 vorgelegten Kontextualisierungen sind Einschätzungen des Autors. Im Abschnitt 3.3 werden diese mit entsprechenden Einschätzungen der im Rahmen der Zeitreihenrekonstruktion interviewten Expertinnen und Experten abgeglichen.

von sozialen Problemen deutlich an. Im Jahr 2015, d.h. auf dem Höhepunkt der so genannten Flüchtlingskrise, nennen dann annähernd 70 Prozent migrationsbezogene Probleme. Entsprechende Thematisierungen bleiben, wenn auch allmählich geringer werdend, weiterhin dominierend.

Nach den sehr hohen Werten (48 bis 36 Prozent) in den Jahren 1986 bis 1988 bleibt die Zahl der Befragten, die Umweltprobleme als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland genannt haben, dann im gesamten Zeitraum von 1989 bis 2018 auf relativ niedrigem Niveau. Von 25 Prozent in den Jahren 1989 und 1990 sind diese auf sechs Prozent im Jahr 2016 zurückgegangen. Jedoch verlief die Entwicklung nicht linear. Für eine genauere Analyse ist es hilfreich, die umweltrelevanten Nennungen detaillierter zu betrachten und dabei auf einzelne Teil-Aspekte (d.h. Sub-Codes: siehe oben) näher einzugehen.

Die Abbildung 2 zeigt den Anteil der Befragten, die zwischen 1986 und 2016¹² Umweltprobleme als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland genannt haben, nach wichtigen Einzelnennungen aufgeschlüsselt. Die Prozentwerte entlang der dicken grünen Linie zeigen dabei den Anteil der Befragten, die insgesamt ein umweltrelevantes Problem als 1. oder 2. Nennung thematisiert haben. Sie entspricht der grünen Linie in Abbildung 1 („umweltrelevante Probleme“), jedoch auf einer vergrößerten Skala.

Abbildung 2: Politbarometer (FGW) – Nennung von Umweltproblemen im Einzelnen, 1986 bis 2016



Frage: Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland? (1. Nennung). Und was ist ein weiteres wichtiges Problem? (2. Nennung). Die Grafik zeigt die kumulierten 1. und 2. Nennungen aus der Überkategorie „Umwelt“.

N=9.000 bis 22.000 Befragte pro Jahr ab 18 Jahren (Wahlberechtigte).

1986 bis 1989 nur Westdeutschland (alte Bundesländer), ab 1990 Gesamtdeutschland (alte und neue Bundesländer); die gestrichelte Linie verweist auf den Wechsel der Grundgesamtheit.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer / GESIS-Archiv - Internet: <https://dbk.gesis.org/dbksearch/SDESC2.asp?no=2391&search=Politbarometer&DB=D> (zuletzt 18.12.2019).

Diese differenziertere Betrachtung bestätigt die These, dass die Problemnennungen in den Jahren 1986 bis 1989 vor allem unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl standen; die

¹² Für die Jahre 2017 bis 2019 liegen (zum Zeitpunkt der Ausarbeitung dieses Berichts) noch keine entsprechenden Ergebnisse vor.

Nennungen von „Kernkraftwerken“ als Problem haben unter allen umweltbezogenen Problemnennungen in diesem Zeitraum einen sehr hohen Anteil. Die immer noch – im Vergleich zu den folgenden zwei Jahrzehnten – relativ häufigen Nennungen von (allgemeinen) Umweltproblemen in den Jahren 1989 und 1990 (die bis 2018 nicht wieder erreicht wurde) deuten aber darauf hin, dass die seinerzeit in Ost- wie in Westdeutschland intensiv diskutierten, verheerenden Umweltzerstörungen in der DDR im politischen Bewusstsein der Bevölkerung durchaus präsent waren. Die Tatsache, dass in den Jahren 1989 – als zum letzten Mal nur eine repräsentative Stichprobe von Westdeutschen befragt wurde – und 1990 – als zum ersten Mal auch Ostdeutsche repräsentativ in die Politbarometerumfragen einbezogen wurden – genau dieselben Häufigkeiten in der Nennung von Umweltproblemen erreicht wurden, lassen annehmen, dass diese von Ost- wie von Westdeutschen gleichermaßen wahrgenommen wurden.¹³

Nachdem die Zahl der Nennungen in den Folgejahren deutlich (bis auf neun Prozent) gesunken war, ist in den Jahren 1994 und 1995 wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Jahr 1994 wurde der Umweltschutz als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen; schon seit 1993 galt die Katalysatorpflicht für alle PKW mit Otto-Motor, 1994 wurde dann schwefelarmer Dieselkraftstoff eingeführt. Im Jahr 1995 fand die erste Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention statt; außerdem besetzten Greenpeace-Aktivist*innen die Ölplattform Brent Spar von Shell, um deren Versenkung im Meer zu verhindern, in der Folge boykottierten zahlreiche Menschen Shell-Tankstellen. Ein weiterer deutlicher Anstieg von umweltbezogenen Nennungen findet sich im Jahr 2000. Der hohe Anteil von Einzelnennungen, die Energiesteuern thematisieren, verdeutlicht, dass die intensive öffentliche Diskussion um die Öko-Steuerreform der Rot-Grünen Koalition dazu beigetragen hat. Möglicherweise hat auch die Verabschiedung des ersten Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) dabei eine Rolle gespielt. Ebenfalls thematisiert wurde in den Jahren 1998 bis 2001 die zivile Nutzung der Atomkraft. Als Hintergrund kann die Debatte um den ersten Atomausstieg angenommen werden. Ab 2001 sinkt die Anzahl derjenigen, die umweltrelevante Probleme nennen, wieder deutlich. Dieser Rückgang wird im Jahr 2002 jedoch aufgehalten durch die häufige Nennung von – vermutlich klimawandelbedingten – Hochwasserereignissen in Mitteleuropa (z.B. „Jahrhundertflut“ an Elbe und Donau). Im Jahr 2007 wiederum zeigt sich ein deutlicher Anstieg umweltbezogener Problemnennungen (von zwei auf zwölf Prozent im jeweiligen Jahresdurchschnitt). Seit der Präsentation des Films „Eine unbequeme Wahrheit“ des ehemaligen US-Vizepräsidenten Al Gore hatte sich auch in Deutschland die Diskussion um den Klimawandel intensiviert. Ob die von einem großen Medien-Echo begleitete Geburt des Eisbären „Knut“ im Berliner Zoo und die in diesem Zusammenhang insbesondere von Boulevard-Zeitungen thematisierte Bedrohung der Eisbären durch den Klimawandel ebenfalls dazu beigetragen haben, muss ungeklärt bleiben.¹⁴ In den Folgejahren nahm die Nennung umwelt- und klimaspezifischer Probleme jedoch zunächst wieder deutlich ab. Im Jahr 2010 steigen allerdings wieder Nennungen mit Bezug zur Atomenergie deutlich an. Hintergrund ist hier die Debatte um den Ausstieg aus dem Atomausstieg (offiziell: „Vereinbarung über die Laufzeitverlängerung deutscher Kernkraftwerke“). 2011, im Jahr der Reaktorkatastrophen im japanischen Fukushima sowie des Ausstiegs aus dem Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Atomenergie in Deutschland (offiziell: „Atom-Moratorium“), verdoppelt sich die Zahl der umweltbezogenen Problemnennungen, während sich die Zahl der auf die Nutzung der Atomenergie bezogenen Einzelnennungen sogar verdreifacht. In den Folgejahren werden derartige Thematisierungen dann wieder deutlich sel-

¹³ Eine differenzierende Betrachtung der ost- bzw. westdeutschen Teilstichproben ist aufgrund der vorliegenden, öffentlich kostenfrei zugänglichen Politbarometerdaten leider nicht möglich. Entsprechende Analysen können jedoch auf Basis der Daten des SOEP vorgenommen werden; dabei zeigen sich diesbezüglich allerdings kaum Unterschiede (vgl. den folgenden Abschnitt 3.1.3).

¹⁴ Vom Autor seinerzeit durchgeführte qualitative sozial-empirische Studien legen aber nahe, dass der „Eisbär-Knut-Effekt“ als deutlich stärker einzuschätzen ist (und in unterschiedlichen sozialen Milieus wirksam war), als der Film von Al Gore (der allenfalls von Angehörigen der kritisch-kreativen Milieus wahrgenommen wurde).

tener. Stattdessen steigt die Anzahl von Thematisierungen der Erneuerbaren Energien und der Energiewende stark an. Für die Jahre 2015 bis 2018 (siehe Abbildung 1) sinken umweltbezogene Problemnennungen wieder auf ein sehr niedriges Niveau (zwischen vier und sechs Prozent).

All diese Betrachtungen (selbst wenn sie im einzelnen spekulative Elemente enthalten mögen) machen deutlich, dass die Wahrnehmung umweltbezogener Problemlagen („Umwelt-Problem-Bewusstsein“) in der Bevölkerung von vielfältigen zeit-, diskurs- und medial bedingten Faktoren abhängt und sich bei genauerer Betrachtung auf unterschiedliche Einzel-Probleme bezieht. Die empirisch-repräsentativen Daten der FGW werden nur verständlich und sinnvoll interpretierbar, wenn die gesellschaftlichen Kontexte ihrer Entstehung in die Analyse einbezogen werden. Dasselbe gilt auch für andere Datenquellen – wie im Folgenden gezeigt werden soll.

3.1.3 Sozio-oekonomisches Panel (DIW), 1984 bis 2017

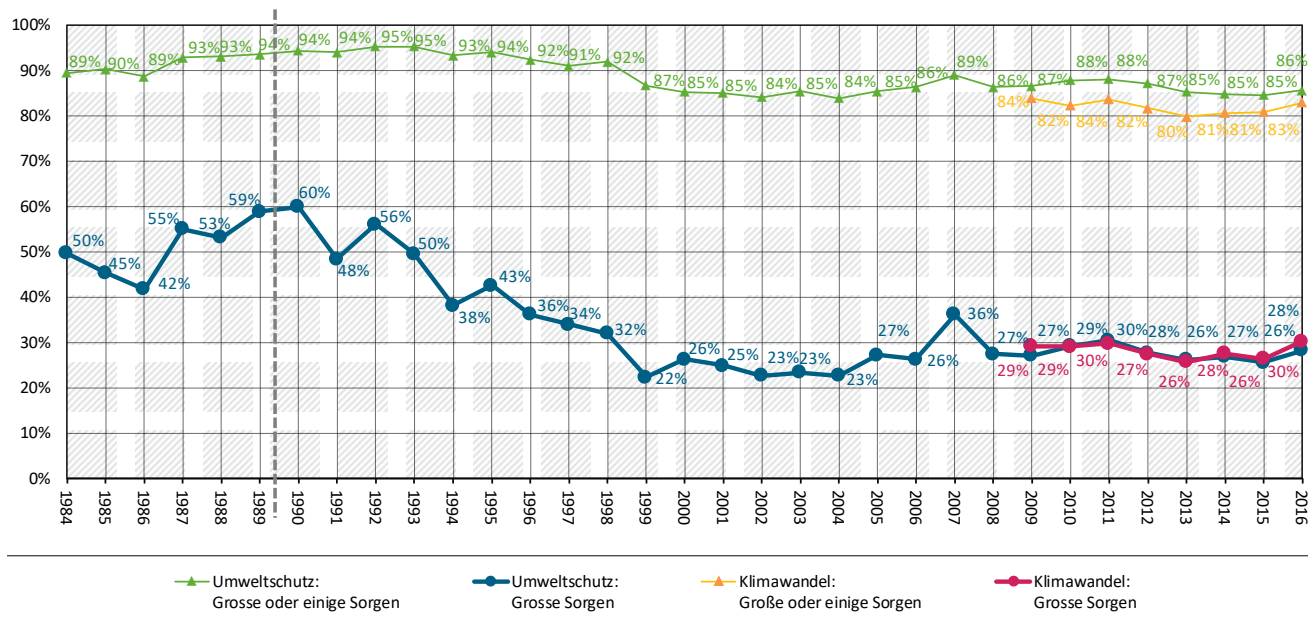
Das sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine Langzeitstudie, die seit 1984 vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) durchgeführt wird. Die Befragung erfolgt einmal jährlich bei einer repräsentativen, personenidentischen Stichprobe (Panel, wobei ausscheidende Teilnehmende regelmäßig durch neue Teilnehmende ersetzt werden). Die Stichprobengröße stieg im Laufe der Zeit von $n=9.000$ auf $n=27.000$ Befragte.¹⁵ Eine Frage der regelmäßigen Erhebungen erfasst, ob sich die Teilnehmenden bezüglich verschiedener Aufgabenfelder, die auf einer Liste vorgegeben werden, „große Sorgen“, „einige Sorgen“ oder „keine Sorgen“ machen. Eine dieser Aufgaben ist „Umweltschutz“; seit 2009 ist außerdem „Klimaschutz“ ein weiteres Thema auf dieser Liste.

Die Erfassung von Problemwahrnehmungen – in diesem Fall als „Sorgen“ formuliert – mit Hilfe von Listenvorgaben führt erfahrungsgemäß zu einer größeren Anzahl von Befragten, die das entsprechende Problem als „(sehr) wichtig“ bezeichnen oder – in diesem Fall – sich darüber „(große) Sorgen“ machen. Denn erstens können die Probanden bei dieser Art der Abfrage beliebig viele – und nicht, wie beispielsweise der offenen Frage im Politbarometer (vgl. Abschnitt 3.1.2) nur zwei – Probleme als relevant benennen. Zweitens fungieren die Vorgaben als „Gedächtnisstütze“, die die Befragten auf verschiedene, möglicherweise wichtige, aber in der Befragungssituation spontan – d.h. ohne Vorgaben wie bei offenen Fragen – nicht bewusstseinspräsente Probleme hinweisen. Insofern kann angenommen werden, dass diese Ergebnisse stärker Hinweise auf tieferliegende, in den persönlichen Werten und Grundorientierungen verankerte Einschätzungen geben.

Den prozentualen Anteil der Teilnehmenden aus dem SOEP, die sich bezüglich des Umweltschutzes, seit 2009 auch wegen der Folgen des Klimawandels Sorgen machen, zeigt die Abbildung 3:

¹⁵ Siehe <https://www.diw.de/de/soep> (zuletzt 18.12.2019).

Abbildung 3: SOEP (DIW) – Sorgen um den Umweltschutz / Klimawandel, 1984 bis 2017



Frage: Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen? (Listenvorgabe).

Antworten: Um den Schutz der Umwelt (grüne Linien) / um die Folgen des Klimawandels (seit 2009, blaue Linien) mache ich mir „große Sorgen“ (dicke Linien) / „große Sorgen“ oder „einige Sorgen“ kumuliert (dünne Linien).

N=zwischen 9.000 und 27.000 Befragten pro Jahr (bis 1990: Deutschland-West);

die gestrichelte Linie verweist auf den Wechsel der Grundgesamtheit

Quelle: DIW.

Gaben 1984 noch 50 Prozent der SOEP-Teilnehmenden an, sich große Sorgen um den Umweltschutz zu machen, sank deren Zahl bis 1986 auf 42 Prozent. 1987, d.h. in der ersten SOEP-Befragung nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl (am 26. April 1986), stiegen die Umweltschutz-Sorgen dann sprunghaft, nämlich um 13 Prozentpunkte, von 42 auf 55 Prozent an. Dass hierbei ein unmittelbarer Zusammenhang mit spezifischen Sorgen bezüglich der Atomkraftnutzung bestand, wurde durch eine vergleichende Fallstudie des DIW (Goebel et al. 2013: 21 ff.) empirisch belegt (zu den dort ebenfalls untersuchten, ganz anders gearteten Folgen des Atomunfalls in Fukushima siehe im Folgenden).

1988 sanken die umweltbezogenen Sorgen dann wieder etwas (auf 53 Prozent); stiegen in den beiden folgenden Jahren jedoch wieder deutlich an (auf 59 bzw. 60 Prozent). Es ist anzunehmen, dass hierbei die massiven ökologischen Probleme in der (ehemaligen) DDR, die im Zuge der „Wende“ und Wiedervereinigung sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland verstärkt ins öffentliche Bewusstsein traten, hierbei eine Rolle gespielt haben. Eine differenzierende Analyse nach Deutschland-Ost (neue Bundesländer) versus Deutschland-West (alte Bundesländer) für das Jahr 1990, in dem zum ersten Mal auch Ostdeutsche in das SOEP einbezogen wurden, zeigt dabei sehr ähnliche Werte: 59 Prozent der ostdeutschen und 60 Prozent der westdeutschen Befragten machten sich zu diesem Zeitpunkt „große Sorgen“ um den Umweltschutz.

Im Verlauf der weiteren 1990er Jahre zeigen dann auch die Daten des SOEP – analog zur vom Politbarometer erfassten Entwicklung – kontinuierlich sinkende Tendenz (von 60 Prozent 1990 auf 22 Prozent 1999). In den 2000er und 2010er Jahren stabilisiert sich das Umweltschutz-Sorgenniveau dann bei plus / minus 30 Prozent. Allein 2007 zeigt sich – wiederum analog zu den Politbarometer-Ergebnissen – ein abrupter Anstieg. (Zu möglichen Erklärungen siehe die Erörterung von Abbildung 2 im Abschnitt 3.1.2.) Seit 2009 werden im SOEP zusätzlich „Sorgen um den Klimawandel“ erfasst: Auch diesbezüglich geben im gesamten Erhebungszeitraum zwischen 26 und 35 Prozent der Befragten an, dass sie sich deswegen „große Sorgen“ machen. Eine personenbezogene Analyse dieser Daten ergibt,

dass es sich in den Erhebungen zwischen 2009 und 2017 zu zwischen 75 und 80 Prozent um dieselben Befragten handelt, die sich sowohl große Sorgen um den Umweltschutz als auch um die Folgen des Klimawandels machen. Umgekehrt bedeuten die 20 Prozent, die nur entweder den Klimawandel oder den Umweltschutz als einen Grund für große Sorgen nennen, dass der Anteil derjenigen, die sich – in der einen oder anderen Form – große Sorgen um ökologische Herausforderungen machen, beispielsweise für das Jahr 2017 bei ungefähr 44 Prozent liegt.

Besonders interessant ist ein Vergleich der Reaktionen auf die Reaktorkatastrophen in Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011. (Auf Basis der SOEP-Daten von 1984 bis 2016 ist ein derartiger Vergleich möglich, Politbarometer-Daten liegen dagegen in einer im Zeitverlauf vergleichbaren Form erst ab 1989 vor). Es fällt auf, dass nach dem Super-GAU von Fukushima – wie schon bei demjenigen in Tschernobyl – kurzfristig¹⁶ ein Anstieg der Sorgen um den Umweltschutz (um sechs Prozentpunkte) zu verzeichnen war (Goebel et al. 2013). Kurz darauf sinken sie jedoch wieder (um sogar neun Prozentpunkte) – während sie nach der Katastrophe in Tschernobyl mehrere Jahre lang auf hohem Niveau konstant blieben (ebd.). Eine durch weitere empirische Befunde gestützte Erklärung für die unterschiedlichen Reaktionen in der Bevölkerung liefert wiederum die Fallstudie des DIW: Dass sich in absoluten Zahlen deutlich mehr Menschen nach Tschernobyl große Sorgen machten (circa 60 Prozent) als nach Fukushima (etwa 30 Prozent), führen die Autoren (auch) auf die größere Nähe und somit ein unmittelbarer Betroffenheitsgefühl in ersterem Fall zurück. Die Tatsache, dass die Besorgnis in der Bevölkerung auch in den Jahren nach Tschernobyl weiterhin hoch blieb, war nach den Analysen des DIW aber dadurch bedingt, dass (in Deutschland) daraus keine politischen Konsequenzen gezogen wurden. Dagegen stieg nach der Katastrophe von Fukushima der Anteil der Befragten, die sich sehr um die Umwelt sorgten, zwar kurzfristig stark an, sank aber schon im Folgejahr knapp unter das vor der Katastrophe gemessene Niveau. Nach den Ergebnissen der DIW-Fallstudie hat hierzu maßgeblich beigetragen, dass unmittelbar nach dem Ereignis ein politisches Umsteuern erfolgte, indem kurzfristig ein Atom-Moratorium beschlossen und langfristig die Energiewende eingeleitet wurde (ebd.).

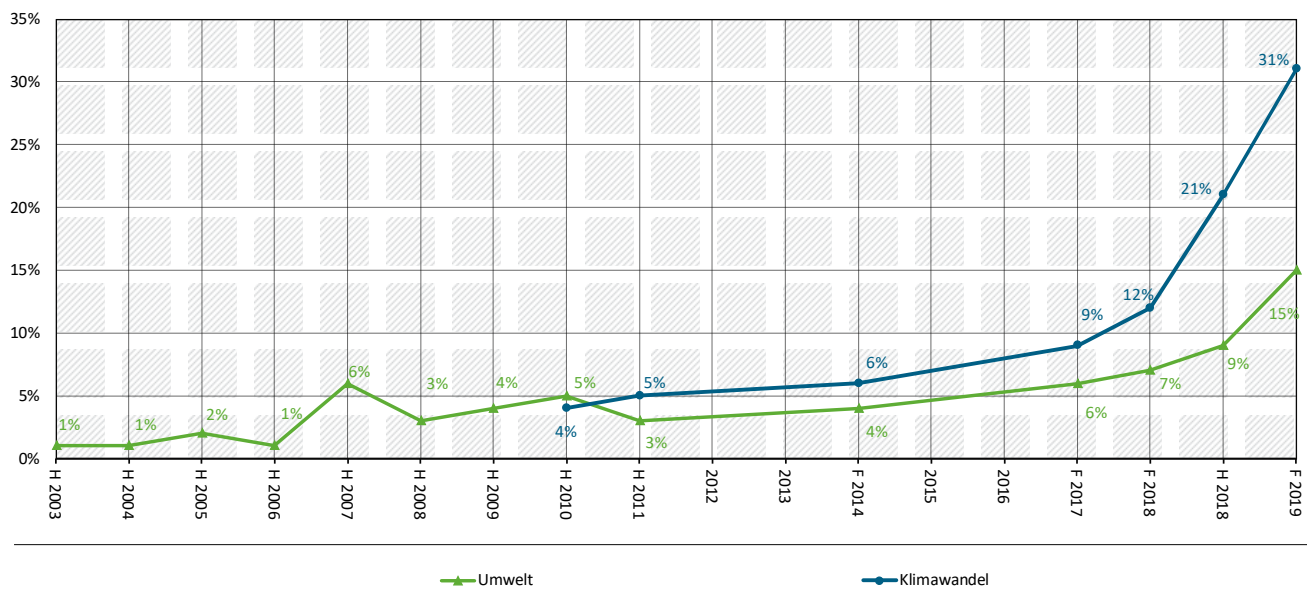
3.1.4 Eurobarometer (EC), 2003 bis 2019

Die Europäische Kommission (EC) erhebt im Rahmen der so genannten Eurobarometer-Umfragen (EB) regelmäßig Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union (EU) zu verschiedensten politischen Sachverhalten, darunter auch zu Umwelt- und Klimaschutz. Häufig stehen dabei aber spezifische Themen im Vordergrund, zu denen jeweils ad hoc unterschiedliche Fragen gestellt werden, so dass eine Rekonstruktion von Zeitreihen meist nicht möglich ist. Für den Zeitraum 2003 bis 2019 wurden jedoch wiederholt in vergleichbarer Weise Fragen nach der Relevanz von Umweltproblemen und zur Problematik des Klimawandels gestellt.¹⁷ Erfragt wurden anhand einer Listenvorgabe für jedes Mitgliedsland der EU jeweils „die beiden wichtigsten Probleme, denen [das Land] derzeit gegenübersteht. Die Ergebnisse für Deutschland zeigt die Abbildung 4:

¹⁶ „Kurzfristig“ bedeutet in diesem Zusammenhang in Zeiträumen von weniger als einem Jahr. D.h. Goebel et al. 2013 haben Veränderungen innerhalb weniger Monate untersucht. Da die SOEP-Befragungen kontinuierlich während des gesamten Kalenderjahres erfolgen, sind derartige Analysen möglich. In der Abbildung 3 sind jedoch jeweils für ein Kalenderjahr kumulierte Werte angegeben – die daher diese kurzfristigen Veränderungen nicht wiedergeben.

¹⁷ Die EB-Umfragen finden in der Regel zweimal jährlich, d.h. im Frühjahr (Mai) und im Herbst (November) statt. Die hier relevanten Daten wurden dabei teilweise in den Frühjahrs- (in der Abb. mit „F“) und teilweise in den Herbstumfragen (in der Abb. mit „H“ vor der Jahresangabe bezeichnet) erhoben.

Abbildung 4: Eurobarometer – Umwelt und Klimawandel als eines der beiden wichtigsten Probleme, 2003 bis 2019



Frage: Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht?

Vorlage einer Liste mit Rotation, max. 2 Nennungen,

Antworten: „Umwelt“ bzw. „Klimawandel“ als eines der beiden wichtigsten Probleme genannt.

Deutsche Teilstichprobe: N=circa 1.500 Befragte pro Jahr in Deutschland ab 14 Jahren,

(In den Jahren, in denen keine Werte abgebildet sind, wurden die entsprechenden Fragen nicht gestellt.)

F = Ergebnisse der Frühjahrsumfrage, H = Ergebnisse der Herbstumfrage.

Quelle: Europäische Kommission.

Zunächst fällt auf, dass der Anteil derjenigen, die Umwelt beziehungsweise den Klimawandel als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland ankreuzen, im Vergleich zu anderen Studien (mit Listenabfrage, z.B. SOEP, Umweltbewusstsein) insgesamt gering ist. Zwischen 2003 und 2014 liegen die Werte nur zwischen einem und sechs Prozent. Dies mag der Tatsache geschuldet sein, dass den Befragten bewusst ist, dass die EB-Umfragen ganz überwiegend europapolitische Themen behandeln¹⁸ – und Umweltschutz (immer noch) eher als nationale Aufgabe angesehen wird. Für diese Annahme spricht, dass die Werte für Klimawandel, der deutlich stärker als eine länderübergreifende Herausforderung begriffen wird, fast immer (deutlich) höher liegen. Vor allem bemerkenswert ist jedoch die Entwicklung in den letzten Jahren: Zwischen (Frühjahr) 2014 und (Frühjahr) 2019 haben sich die Nennungen von Umwelt als Problem fast vervierfacht (von vier auf 15 Prozent), während diejenigen zum Klimawandel geradezu exponentiell von sechs auf 31 Prozent angestiegen sind. In diesen Daten deutet sich eine in letzter Zeit deutlich gewachsene Sensibilität für Umwelt- und Klimafragen an – die im nächsten Kapitel (4 – Aktuelle Entwicklungen) weiter vertieft werden wird.

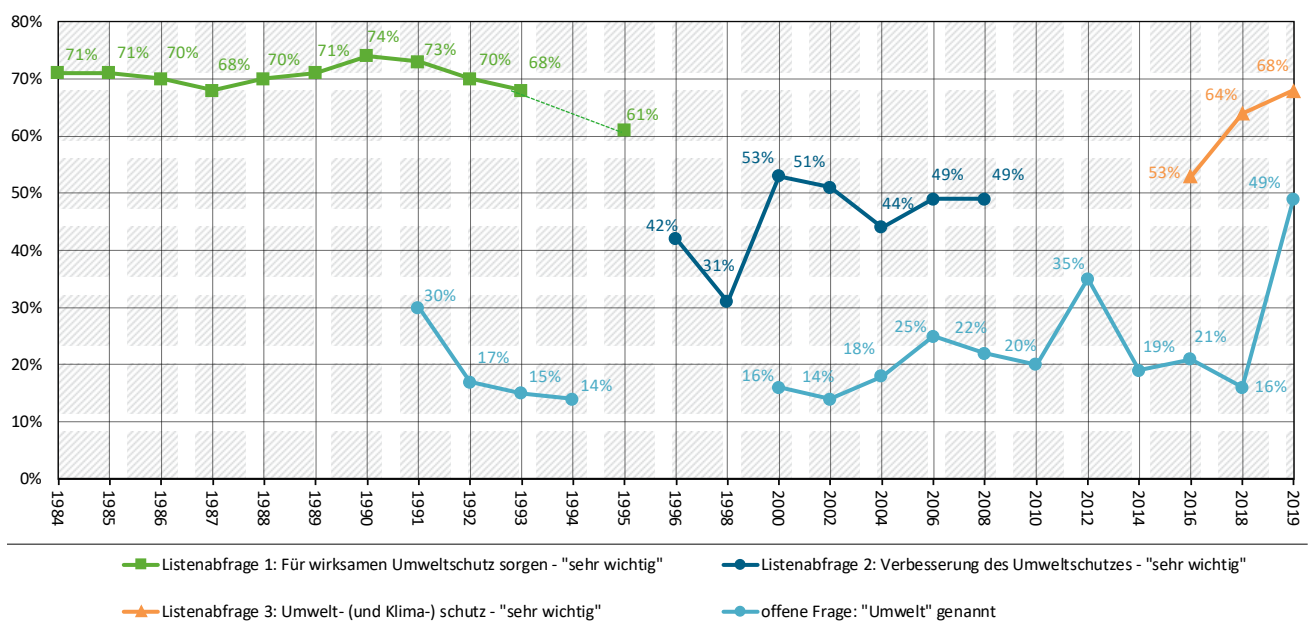
3.1.5 Bundesregierung (BMI, BMU/B, UBA), 1984 bis 2019

Im Auftrag der Bundesregierung, namentlich des Bundesministerium des Inneren (BMI), des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, (Bau) und Reaktor- / nukleare Sicherheit (BMU/B) und des Umweltbundesamts (UBA) wurden seit 1984 verschiedene Studien durchgeführt, in denen auch die Relevanz von Umweltthemen und Umweltschutz erhoben wurden. Zunächst wurden vom Institut für praxisorientierte Sozialforschung (IPOS) im Auftrag des BMI in den Studien zu „Aktuellen Fragen der Innenpolitik“ von 1984 bis 1995 mit einer Listenabfrage und Likert-Skala die Wichtigkeit der Aufgabe

¹⁸ In den EB-Umfragen werden zu Beginn immer erst Einstellungen zu europapolitischen (Standard-) Themen erfasst; die – länderspezifische – Frage nach den beiden wichtigsten Problemen erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt der Befragung.

„für wirksamen Umweltschutz sorgen“ erfasst. Zudem wurden von 1991 bis 1994 ebenfalls durch IPOS im Auftrag von BMU und UBA in den Untersuchungen „Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes“ eine offene Frage nach den aktuell wichtigsten Problemen in Deutschland gestellt. Diese offene Frage wurde seit 2000 auch in den Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA gestellt (mit einer nur unwesentlich veränderten Frageformulierung, so dass hier eine Vergleichbarkeit mit den IPOS-Studien gegeben ist). Zusätzlich wurde in den Umweltbewusstseinsstudien von 1996 bis 2008 sowie seit 2016 listengestützt mit einer Likert-Skala die Wichtigkeit bestimmter politischer Herausforderungen, darunter „Verbesserung des Umweltschutzes“ (1996, 1998), „Umweltschutz“ (2000 bis 2008) beziehungsweise „Umwelt- und Klimaschutz“ (seit 2016) erfasst. Eine Zusammenfassung der Ergebnisse dieser verschiedenen Fragen zeigt Abbildung 5:

Abbildung 5: Studien der Bundesregierung – Umwelt (-schutz) als wichtiges Problem, 1984 bis 2019



Listenabfrage 1: Sagen Sie uns bitte für jede dieser Aufgaben, ob sie Ihnen persönlich sehr wichtig, wichtig, nicht so wichtig oder ganz unwichtig erscheint. Antworten: Für wirksamen Umweltschutz sorgen – „sehr wichtig“.

N=zwischen 2.000 und 2.700 Befragte pro Jahr ab 18 Jahren, 1984 bis 1989 Deutschland-West ohne Berlin-West, 1990 Deutschland-West inklusive Berlin-West, ab 1991 alte und neue Bundesländer.

1994 wurde keine Umfrage durchgeführt (Linie von 1993 auf 1995 gestrichelt)

Quelle: BMI / IPOS.

Listenabfrage 2: Wie wichtig sind für Sie Maßnahmen zu folgenden Problemen?

Antworten: Verbesserung des Umweltschutzes – „10 = sehr wichtig“ (auf einer Skala von 0 bis 10).

N=circa 2.000 Befragte pro Jahr ab 18 Jahren.

Quelle: BMU / UBA, GFM-Getas (1996, 1998), TNS-Emnid (2000 bis 2006), MARPLAN (2008).

Listenabfrage 3: Bitte geben Sie jeweils an, wie wichtig das genannte Problem aus Ihrer Sicht ist.

Antworten: Umwelt- (und Klima-) -schutz – „sehr wichtig“ (auf einer 4er-Skala).

N=circa 2.000 Befragte pro Jahr, 2000 bis 2008 ab 18 Jahren, seit 2016 ab 14 Jahren.

Quelle: BMU(B) / UBA, forsa.

Offene Frage: Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste / ein weiteres wichtiges Problem in Deutschland? (1991 bis 1994) / Was, glauben Sie, sind die beiden wichtigsten Probleme, denen sich unser Land heute gegenübersteht? (ab 2000). Nennungen aus der Kategorie „Umwelt“.

N=circa 2.000 Befragte pro Jahr, 1991¹⁹ bis 2012: ab 18 Jahren, seit 2014 ab 14 Jahren.

Quelle: BMU(B) / UBA, IPOS (1991 bis 1995), TNS-Emnid (2000 bis 2006), MARPLAN (2008, 2010), forsa (seit 2014).

¹⁹ 1991: Getrennte Erhebungen in Deutschland-West und -Ost, für Gesamtdeutschland Hochrechnung des Autors.

Die in der Grafik überblicksartig zusammengefassten Studien der Bundesregierung zeigen in der langfristigen Betrachtung²⁰ ähnliche Entwicklungen auf, wie sie schon hinsichtlich der zuvor erörterten anderen Datenquellen sichtbar wurden: So sinkt die Relevanz von „Umweltschutz“ aus Sicht der Bevölkerung seit Anfang der 1990er Jahre langsam, aber kontinuierlich (vgl. die Werte in Listenabfrage 1 und – deutlicher – der offenen Frage). Sowohl eine verbesserte Umweltsituation vor Ort (z.B. durch Erfolge bei der Luft- und Gewässerreinigung) als auch das Hervortreten anderer Problemlagen (zunächst Migration, später Arbeitslosigkeit, dann Finanzkrise) können hier als Hintergrund erwähnt werden. Wie in den anderen Studien zeigt sich nach 1998 (vgl. Listenabfrage 2) ein deutlicher Anstieg der Bedeutung von ökologischen Themen. Dieser fällt in die Zeit der Einführung von Öko-Steuern und den ersten Beschluss zum Atom-Ausstieg durch die Rot-Grüne-Koalition. Offensichtlich wurden Umweltthemen in dieser Phase wieder intensiver öffentlich diskutiert. In den Folgejahren ist eine relative Stabilisierung des Umwelt-Problembewusstseins zu verzeichnen. Lediglich zwischen 2006 (im Jahr der Veröffentlichung von „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore und der Geburt des Eisbären Knut im Berliner Zoo – vgl. hierzu die Erörterungen in Abschnitt 0) und 2008 ist ein mäßiger, zwischen 2010 und 2012 (d.h. nach der Atomkatastrophe in Fukushima) ein sehr deutlicher Anstieg in der Wahrnehmung umweltpolitischer Herausforderungen festzustellen. In der gestützten Abfrage (Listenabfrage 3) ist seit 2016 ein bemerkenswertes Anwachsen derjenigen, die Umwelt- und Klimaschutz als „sehr wichtig“ betrachten, zu verzeichnen (plus 15 Prozentpunkte, von 53 auf 68 Prozent im Drei-Jahres-Zeitraum). Bei der offenen Frage zeigt sich von 2018 (September) auf 2019 (Juni) eine sprunghafte Zunahme von Befragten, die spontan Umwelt- und/oder Klimaschutz als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland anführen von 16 auf 49 Prozent, d.h. eine Verdreifung derartiger Nennungen in einem Zeitraum von nur neun Monaten.

3.2 Reflexion der „Langen Wellen“ mit Expertinnen und Experten

Um die aus der Zeitreihenanalyse gewonnenen Ergebnisse kritisch reflektieren zu lassen, wurden in Kooperation mit der Universität Magdeburg (vgl. Bauske / Kaiser 2019) fünf Interviews mit Experten und Expertinnen durchgeführt.²¹ Diese wurden aufgrund ihrer einschlägigen Erfahrung und mit dem Ziel, möglichst vielfältige Meinungen einzuholen zu können, ausgewählt.

Die interviewten Expertinnen und Experten waren:²²

- ▶ Prof. Dr. Andreas Diekmann (Eidgenössische Technische Hochschule Zürich)
- ▶ Prof. Dr. Jürgen Schupp (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung – Freie Universität Berlin)
- ▶ Ines Thronicker (Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung – UFZ, Leipzig)
- ▶ Dr. Michael Wehrspau (ehemals Umweltbundesamt)
- ▶ Dr. Konrad Götz (ISOE Institut für sozial-ökologische Forschung, Frankfurt am Main)

Als Input-Information und Leitfaden für die Interviews wurden den Interviewten vorab die zusammengefassten Ergebnisse der bis zum Zeitpunkt der Interviews (Mai-Juni 2018) fertiggestellten Zeitreihenanalysen und die Leitfragen des Interviews zugesandt (siehe Anhang A).

²⁰ Die verschiedenen in der Grafik überblicksartig zusammengefassten Studien haben zwar teilweise unterschiedliche Abfragemodelle verwendet und sind für unterschiedliche Grundgesamtheiten repräsentativ, so dass im strengen Sinne eine Vergleichbarkeit der Ergebnisse im Zeitverlauf nicht immer gegeben ist. Jedoch besteht ein einheitlicher Bezug zu ein und demselben politischen Handlungsfeld, der eine Betrachtung der Entwicklung im langfristigen Zeitverlauf sinnvoll erscheinen lässt.

²¹ Drei dieser Interviews wurden telefonisch von Emily Bauske, Universität Magdeburg, und zwei von Michael Schipperges, sociodimensions, durchgeführt. Alle Interviews wurden als digitale Audiodateien aufgezeichnet, transkribiert und von der Universität Magdeburg bzw. sociodimensions entsprechend der jeweiligen Leitfragen ausgewertet (vgl. auch Bauske / Kaiser 2019: 36ff).

²² Aus Gründen des Datenschutzes und um die den Interviewten zugesicherte Vertraulichkeit der Gespräche zu wahren, werden die Interview-Aussagen im Folgenden nicht einzelnen Expertinnen und Experten zugeordnet.

Die zugesendeten Informationen umfassten Abbildungen und Informationen zur Zeitreihe, die mithilfe des Rasch-Modells auf Grundlage der elf vergangenen Umweltbewusstseinsstudien von der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Lehrstuhl für Persönlichkeits- und Sozialpsychologie, Prof. Dr. Florian G. Kaiser und Emily Bauske zu Beginn des Projektes erstellt worden war (Bauske / Kaiser, 2019), sowie zentrale Zeitreihen, die von sociodimensions, Michael Schipperges auf der ersten Sitzung des Wissenschaftlichen Beirats der Umweltbewusstseinsstudie 2018 (am 7. Mai 2018) vorgestellt worden waren. Nachfolgend sollen die Reflexionen der Expertinnen und Experten geordnet zu den Leitfragen 3 bis 5 thematisch zusammenfassend dargestellt werden.²³

3.2.1 Reflexionen zur Wahrnehmung von Umweltproblemen

Antworten auf die Frage 3: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Wahrnehmung umweltbezogener Probleme im Zeitverlauf seit den 1970er Jahren? Welche gesellschaftlichen Entwicklungen können dies Ihrer Meinung nach erklären?

Ein Experte/eine Expertin äußerte bei dieser Frage die Vermutung, dass die unterschiedlichen Konnotationen von „Umwelt“ beziehungsweise „Umweltschutz“ zu unterschiedlich wahrgenommenen (zeitlichen, räumlichen, sozialen, biographischen) Nähen führen können, die wiederum zu einer unterschiedlichen persönlichen Relevanz beitragen könnten. Auch wurde die mentale Repräsentation von verschiedenen, umweltrelevanten Konzepten wie Klimawandel, Biodiversitätsverlust und Ressourcenverbrauch angesprochen. Studien hätten gezeigt, dass diese oft vermengt mental repräsentiert würden. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass mögliche Verzerrungen und Verluste bei der Übersetzung von Items in mentale Abbildungen durch jeweilige gesellschaftliche Diskurse zu berücksichtigen seien. Eine befragte Person vermutete, dass es einen Bedeutungswandel gegeben habe – vor allem beim Umweltproblem (wie z.B. Waldsterben, Reinheit der Flüsse sowie der Luft). Ebenso habe sich die Bedeutung der primären Probleme des Klimawandels (wie z.B. extreme Wettersituationen, Überschwemmungen) verändert.

Ein Experte/eine Expertin sah in den 1980er und 1990er Jahren eine erfolgreiche Bewältigung der akuten Umweltverschmutzungsprobleme in Deutschland, insbesondere im Ruhrgebiet und – nach der Wiedervereinigung – in der Ex-DDR. Diese wahrgenommene „Problemlösung“ habe zu dem Rückgang im Umwelt-Problembewusstsein geführt. Dieses Problembewusstsein sei dann – zeitgleich mit der Regierung von Rot-Grün – nach 1999 wieder leicht angestiegen und verharrte dann auf einem konstanten Niveau. Die Problembewältigung wurde in dieser Periode im Regierungshandeln „gut aufgehoben“ gesehen. Der Ausschlag 2007 sei durch ein Aufflammen der Diskussion um den Klimawandel (Stern-Report²⁴, „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore etc.) bedingt worden. Insgesamt führe eine Werte-Rhetorik dazu, dass Umweltprobleme sozial-normativ allgemein anerkannt würden: dies zeige sich vor allem im langfristigen Anstieg der Zustimmungswerte bei gestützten Abfragen (z.B. Allenbach 1971, UBA 2016). Qualitative Studien zeigten darüber hinaus, dass tatsächlich die Klima-Problematik allmählich immer stärker in den Vordergrund des Problembewusstseins rücke. In diesem Zusammenhang wurde angemerkt, dass die Umweltbewusstseinsdefinition des SRU (1978) („Einsicht, [...] verbunden mit der Bereitschaft zur Abhilfe“) eigentlich Umwelt-Moral beschreibe. Ebendiese „Moral“ sei einerseits ursächlich dafür, dass die ökologische Problematik verbal („rhetorisch“) und sozial-normativ geprägt immer klarer anerkannt werde, führe aber gleichzeitig dazu, dass trotz aller – wiederum vor allem rhetorisch vorhandener – „Bereitschaft zur Abhilfe“, d.h. zu tatsächlich umweltfreundlichem Verhalten eine Kluft bestehe – die tendenziell eher größer als kleiner werde. Diese Kluft sei jedoch (neurobiologisch) selbstverständlich und notwendig: Das vorgelagerte Kognitive (Bewusstsein) steuere und korrigiere das spätere Konative (Verhalten). Eine „Kluft“ sei insofern immer vorhanden und

²³ Die Ergebnisse zu den Leitfragen 1 und 2 finden sich in Bauske / Kaiser 2019, Abschnitt 4.1: 36ff.

²⁴ Nicholas Stern im Auftrag der britischen Regierung; Online: <https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/stern-report-52396> (zuletzt 18.12.2019).

unvermeidbar. Sie dürfe auf keinen Fall als „argumentative Keule“ gegen Umweltbewusstsein und Umweltpolitik gebraucht werden. Der Politik komme dabei die Aufgabe zu, die Möglichkeiten, die Kluft zu verkleinern oder zu vergrößern. Für eine politisch relevante Umweltbewusstseinsforschung sei daher die Unterscheidung zwischen Einstellungen und Verhalten höchst relevant; aus ihr ergäben sich Anhaltspunkte, den Erfolg, die Potenziale und die zukünftigen Aufgaben der Politik abzuleiten.

Ein Experte/eine Expertin mahnte an, die empirischen Verlaufskurven – die ihrerseits auf einer möglicherweise willkürlichen Auswahl von Einzelvariablen beruhten – nicht vorschnell als Indikatoren für eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung heranzuziehen. Es sei vielmehr zunächst eine fundierte Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung erforderlich. Erst vor dem Hintergrund einer derartigen Theorie könnten dann Einzelbefunde eingeordnet und erklärt werden. In jedem Fall aber könne der Rückgang des Umwelt-Problembewusstseins auf die erfolgreiche Lösung konkreter Umweltprobleme in Deutschland und auf die allmählich erfolgte Delegation an professionelle Problemlöser (Regierung, Verbände etc.) zurückgeführt werden. Um auf eine in jüngster Zeit stattfindende verstärkte Beachtung ökologischer Probleme (eine „Neo-Ökologie“ nach der Ökologie der Neuen Sozialen Bewegungen) zu schließen, sei es noch zu früh und die seit 2010 empirisch gemessenen Veränderungen / Anstiege bei einzelnen Indikatoren seien zu schwach. Eine andere interviewte Person kommentierte, dass vermutlich auch hier das Messverfahren eine große Rolle spiele, z.B. ob ein Rating nach der Wichtigkeit jedes einzelnen Problems separat frage oder ein Ranking der Probleme gegeneinander genutzt werde, um die relative Wichtigkeit zueinander zu ermitteln. So könnten diese unterschiedlichen Fragestellungen bzw. -methoden oft zu völlig unterschiedlichen Ergebnissen und damit zu nur scheinbar vorhandenen Schwankungen führen. Dazu wurde auf den Artikel von Diekmann und Franzen (1999) verwiesen, in dem diese beiden verschiedenen Fragentypen und ihre unterschiedlichen Ergebnisse besprochen würden. Eine weitere befragte Person war der Ansicht, die Frage sei falsch gestellt: Sie insinuiere eine unabhängige Variabel (gesellschaftliche Entwicklung) und eine abhängige (Wahrnehmung umweltbezogener Probleme). Vielmehr sei jedoch die „Wahrnehmung umweltbezogener Probleme“ ein integraler Bestandteil der „gesellschaftlichen Entwicklung“. Es sollte also nicht das eine durch das andere erklärt, sondern beides in einem Gesamt-Kontext betrachtet werden.

3.2.2 Reflexion von anderen Problemlagen und Handlungsfeldern als Kontext für die Wahrnehmung von Umweltproblemen

Frage 4: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Wahrnehmung anderer Problemlagen im Zeitverlauf? Welche soziokulturellen Entwicklungen können diese erklären? Wie bewerten Sie den Stellenwert von Umweltpolitik in diesem Kontext?

Ein Experte/eine Expertin kommentierte, dass die erstellte Grafik mit seiner/ihrer Erfahrung einherginge, nämlich dass seit 2011 die Wahrnehmung von Umwelt-Problemen tendenziell an Relevanz zu verlieren scheine. Eine interviewte Person zeigte sich überzeugt davon, dass es eher nicht die erfolgreiche Umweltpolitik sei, die das Thema Umwelt in den Hintergrund treten ließe. Dabei wurde darauf verwiesen, dass das Ausmaß des Schadens aktuell deutlicher und bekannter denn je sei. Zudem müsse bedacht werden, dass die gefundenen Relationen der Problemlagen mit drei Konzepten erklärbar seien: Das sei zum einen die Sichtbarkeit beziehungsweise Salienz des Problems. Zum zweiten die Emotionalität, die damit verbunden sein könne. Und zum dritten die eigene Betroffenheit beziehungsweise die persönliche Nähe in Form von sozialer, zeitlicher, räumlicher oder biographischer Proximität. Eine befragte Person betonte, dass andere Problemlagen einen Einfluss auf den Stellenwert der Umwelt hätten: insbesondere die wirtschaftliche Lage und Themen der aktuellen politischen Agenda spielten hier eine Rolle. Darüber hinaus wurde die Nutzbarkeit von aggregierten Daten aus Querschnitterhebungen zur Erklärung für Trends hinterfragt – so seien diese nicht geeignet um verlässlich kausale Hypothesen bspw. zu soziokulturellen oder gesellschaftlichen Einflussfaktoren zu überprüfen. Dazu würden Längsschnittdaten benötigt.

Ein Experte/eine Expertin sah in den hohen Werten für umweltrelevante Probleme in den 1980er Jahren den Ausdruck eines „Katastrophismus“: Eine gewisse Zeit lang (vor allem in den 1970er und 1980er Jahren) sei die Umweltproblematik, die damals neu war, extrem dramatisiert und in Form von Katastrophen-Szenarien propagiert worden. Dies habe einerseits zu einem Wertewandel in der Gesellschaft und zur Akzeptanz von Pro-Öko-Normen geführt; gleichzeitig sei – im Zuge der Neuen Sozialen Bewegungen – das Pro oder Contra Ökologie als ein Konflikt von Gut und Böse dargestellt worden. Erst durch die Überwindung dieses Antagonismus und der damit verbundenen Öko-Moral seien Potenziale für eine realistische Bearbeitung der Problemlagen und Möglichkeiten der Zukunftsgestaltung frei geworden. Eine andere interviewte Person betonte in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit einer Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung, ohne die Einzeldaten nicht sinnvoll interpretiert werden könnten. Die Verlaufskurven der dargestellten Indikatoren zeigten aber, dass es Themen-Konjunkturen gebe. Wobei jeweils gelöste Probleme im gesellschaftlichen Bewusstsein Platz machten für die Wahrnehmung anderer Problemlagen. Nach Ansicht eines Experten/einer Expertin sei das niedrige Niveau für alle (dargestellten beziehungsweise erfassten) gesellschaftlichen Problemfelder 1990 auffällig. Zu reflektieren sei, ob sich hier angesichts der „Zeitenwende“ eine Neuorientierung erkennen lasse, in der die Karten der gesellschaftlichen Problem-, Ziel- und Wertediskurse neu gemischt würden. Dabei müssten die geringen Nennungen auf allen Problem-Variablen nicht dahingehend interpretiert werden, dass in der Gesellschaft keine oder nur wenige Probleme wahrgenommen würden, sondern dass ein unspezifisches, nicht an einzelnen Handlungsbereichen festzumachendes Problembewusstsein – oder Bedrohungsgefühl – vorherrsche. Zu fragen sei, ob sich um 2014 etwas Vergleichbares abzeichne. Bemerkenswert an beiden Zeitpunkten sei, dass ein relativ niedriges Problembewusstsein bei den „gängigen“ Bereichen (Arbeit, Soziales, Wirtschaft, Umwelt) einhergehe mit einem dramatischen Anstieg in der Wahrnehmung der Migrationsproblematik – so, als ob das „diffuse“ Bedrohungsgefühl auf „das Fremde“ projiziert werde.

3.2.3 Weitere Hinweise seitens der interviewten Expertinnen und Experten

Frage 5: Haben Sie aufgrund Ihrer Arbeit und Ihrer Erfahrung weitere, eigene Daten, die zur Analyse der Entwicklung des Umweltbewusstseins in Deutschland beitragen können?

Von einer interviewten Person wurde die gezielte Betrachtung individueller Längsschnittdaten empfohlen – nur so seien Erklärungen und Prüfungen von Einflüssen auf das Umweltbewusstsein möglich. Dahingehend wurde auf das Schweizer Umweltsurvey als weitere Datenquelle verwiesen. Dort würden in einem Drei-Wellen-Panel-Design über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren Längsschnittdaten zum Umweltbewusstsein erhoben. Aktuell seien gerade die Daten der dritten Welle erhoben worden. Ein Experte/eine Expertin verwies bei den zusätzlich zu beachtenden Datenquellen auf die umfangreichen Sammlungen aus dem sozio-ökonomischen Panel (SOEP) und lobte, dass diese bereits sinnvoll in die Betrachtung der externen Datenquellen eingearbeitet wurden. Dieses Panel wurde auch von einer weiteren befragten Person genannt, da es etwaige Mikroanalysen erlauben würde. Allerdings wurde auch darauf hingewiesen, dass in diesem Panel nur vergleichsweise wenige Fragen zu Umweltthemen enthalten seien. Eine befragte Person betonte die Notwendigkeit, kulturelle Unterschiede in verschiedenen Bevölkerungsgruppen, insbesondere bei Migrantinnen und Migranten, stärker zu berücksichtigen. Das UBA habe einmalig eine Studie zum Umweltbewusstsein Türkischstämmiger in Deutschland durchgeführt (Kizilocak / Sauer 2003); diesen Forschungsstrang gelte es aufzunehmen und auszubauen. Ein Experte/eine Expertin verwies auf das Erfordernis, sich stärker mit der Bewältigung von Unsicherheit und Kontingenz auseinanderzusetzen. Dies könne auch dazu beitragen, die Wechselwirkungen der Wahrnehmung von Problemlagen in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen besser zu verstehen und die Forschung nicht einseitig oder isoliert auf Einzelprobleme (wie z.B. „Umwelt“) zu verengen. Eine befragte Person gab an, bezüglich der Veränderung von (umweltrelevantem) Verhalten, speziell dem Mobilitätsverhalten, die Beobachtung gemacht zu haben, dass Mobilitätsverhalten zu den Verhaltensweisen mit hohem Schwierigkeitsgrad zu gehören scheine. Es solle daher bei Kontrolle für Einkommen im höheren Motivationsbereich differenzieren. Darüber hinaus wurde

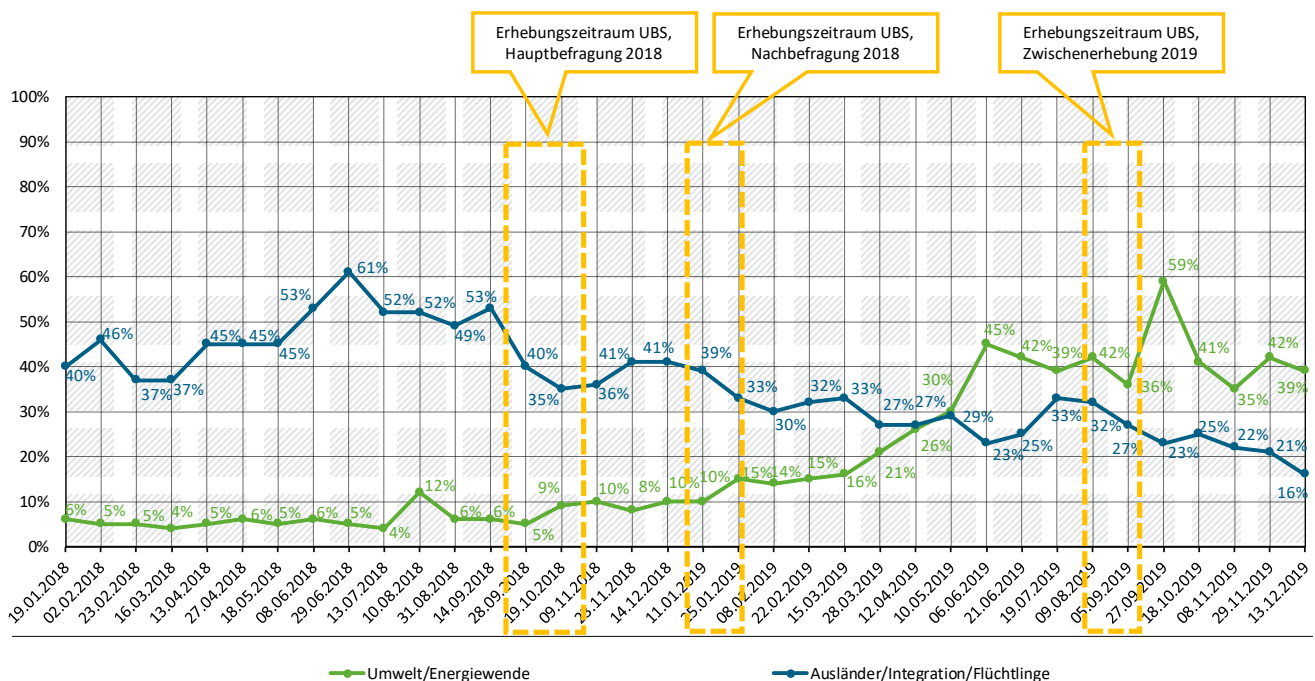
empfohlen, auch auf die Intensität von Verhalten zu achten – als Beispiel wurde der Auto-Besitz genannt: so mache es einen erheblichen Unterschied, ob lediglich der Autobesitz (ja oder nein) abgefragt werden werde oder die Anzahl der Autos im Haushalt. Auch könne der Autotyp erfasst werden, z.B. der Besitz eines SUV-Fahrzeugs (ja oder nein).

4 Aktuelle Entwicklungen

4.1 Politbarometer (FGW), Januar 2018 bis Dezember 2019

Die 14-tägigen Umfragen des Politbarometers durch die Forschungsgruppe Wahlen sind in besonderer Weise geeignet, auch kurzfristige Dynamiken von Einstellungs- und Wahrnehmungsänderungen im Zeitverlauf nachzuvollziehen. Die Ergebnisse der Politbarometer-Umfragen zur Problem-Kategorie „Ausländer / Integration / Flüchtlinge“ (die bis April 2019 die in der offenen Frage am häufigsten genannte war) und zu „Umwelt / Energiewende“ (die ab Mai 2019 am häufigsten thematisiert wurde) zeigt die Abbildung 6 (für einen Vergleich mit den Ergebnissen der aktuellen Umweltbewusstseinsstudien – siehe Abschnitt 4.2 – wurden die Erhebungszeiträume der letzteren Umfragen mit orangefarbenen Kästen markiert):

Abbildung 6: Politbarometer: Migration und Umwelt als Probleme, Januar 2018 bis Dezember 2019



Frage: Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland? (1. Nennung).

Und was ist ein weiteres wichtiges Problem? (2. Nennung).

1. und 2. Nennungen von Migrations- bzw. Umwelt-bezogenen Problemen kumuliert.

N=1.500 (gewichtet 1.250) Befragte ab 18 Jahren (Wahlberechtigte) pro Umfrage.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer

Bezüglich der Migrationsproblematik zeigt sich während der ersten Jahreshälfte 2018 ein deutlicher Anstieg in der Zahl von Personen, die diese als eines der beiden wichtigsten Probleme Deutschlands benennen (von 40 Prozent im Januar auf 61 Prozent im Juni). In den folgenden Monaten geht die Zahl der Nennenden allmählich, aber deutlich zurück, verharrt zwischen Januar und März 2019 auf einem Niveau von plus / minus 30 Prozent und erreicht gegen Jahresende 16 Prozent. Die Zahl derjenigen, die Umweltprobleme thematisieren bleibt im Verlauf des Jahres 2018 meist niedrig, nur im August (in dem hohe Temperaturen und insbesondere extreme Trockenheit besonders deutlich wahrgenommen wurden) ergibt sich ein deutlicher Anstieg (von vier auf zwölf Prozent). Im Laufe des Jahres 2019 steigt die Zahl dieser Personen jedoch sehr deutlich an; sie erreicht im Juni 45 Prozent, fällt anschließend etwas ab (auf 36 Prozent) und steigt dann bis Ende September auf einen Höchstwert von 59 Prozent. Im weiteren Verlauf ist abermals ein Absinken auf 35 Prozent festzustellen, Ende November dann

ein erneuter Anstieg auf 42 Prozent und Mitte Dezember dann ein Niveau von 39 Prozent. Bemerkenswert ist, dass der Höchstwert von 59 Prozent (und ein Anstieg von 23 Prozentpunkten, d.h. von 36 auf 59 Prozent) Ende September zeitlich mit dem weltweiten Aktionstag für mehr Klimaschutz (initiiert von der globalen *Fridays-for-Future*-Bewegung, am 20. September) zusammenfällt. Auch der (vergleichsweise geringe) Anstieg Ende November (von 35 auf 42 Prozent) erfolgt zeitgleich mit einem weiteren Aktionstag dieser Bewegung (am 29. November). Auch hieran zeigt sich, dass öffentlich viel beachtete und medial intensiv berichtete Ereignisse dazu beitragen, die Wahrnehmung der Einzelnen für bestimmte Themen deutlich zu schärfen. Insgesamt bleibt festzuhalten, dass sich die Anzahl derjenigen, die Umwelt- und Klimafragen als eines der beiden wichtigsten Probleme nennen, in einem Zeitabschnitt von nur zwölf Monaten (d.h. von September 2018 bis September 2019) in den Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen knapp verzehnfacht hat (von sechs auf 59 Prozent). Eine derartige Steigerung der Problemwahrnehmung ist im gesamten Zeitraum der Politbarometerforschung bislang einzigartig. Es ist daher festzuhalten, dass Umwelt- und Klimaprobleme zwischen Mitte 2018 und Ende 2019 eindeutig und deutlich in den Vordergrund der gesellschaftlichen Problemwahrnehmungen vorgezogen sind.

Auf die große Bedeutung des Klimawandels und Klimaschutzes in diesem Zusammenhang weist auch ein anderer Befund aus den Politbarometer-Umfragen hin. Die Daten dazu gibt die Tabelle 1 wieder:

Tabelle 1: Politbarometer: Beurteilung von Maßnahmen für den Klimaschutz, November 2017 und Mai 2019

Für den Klimaschutz wird in Deutschland ...	November 2017	Mai 2019
zu viel getan	8%	12%
gerade richtig	33%	19%
zu wenig getan	57%	68%
weiß nicht	2%	1%

Frage: Was meinen Sie: Wird für den Klimaschutz in Deutschland zu viel, gerade richtig viel oder zu wenig getan?
N=1.500 (gewichtet 1.250) Befragte ab 18 Jahren (Wahlberechtigte) pro Umfrage.

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer

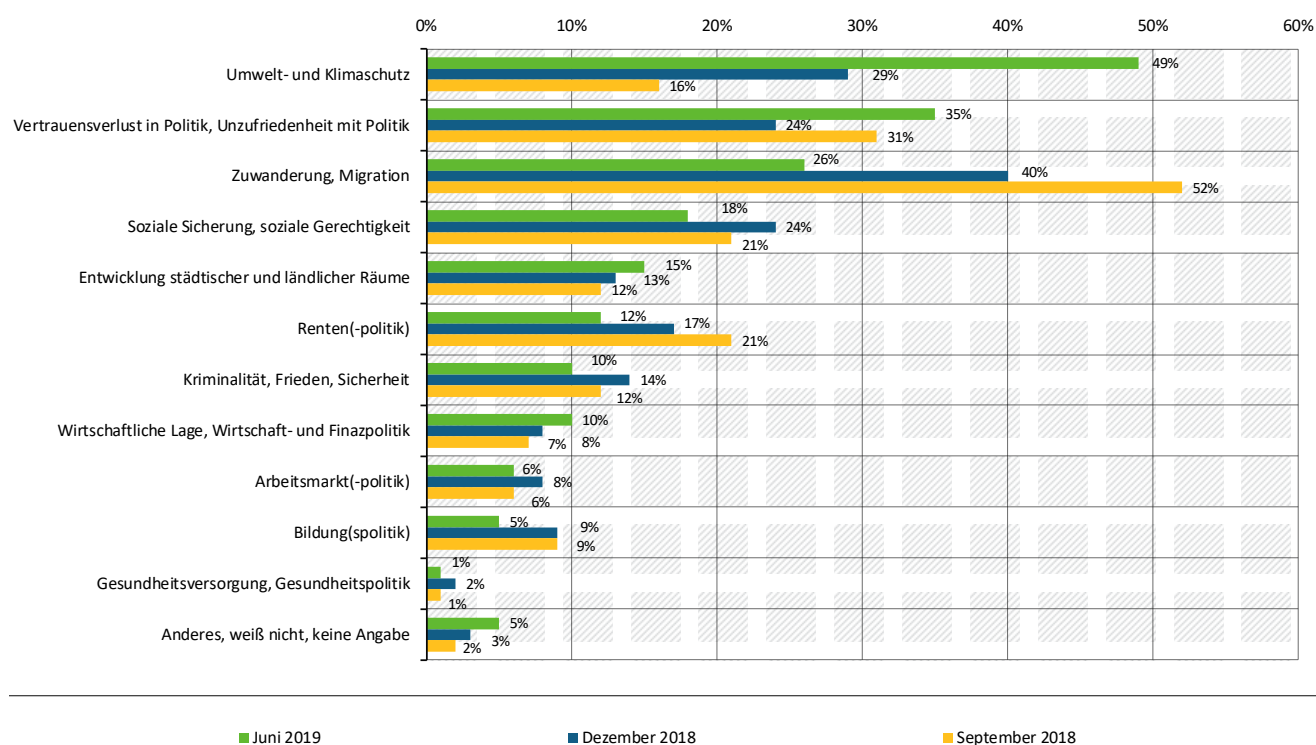
Es zeigt sich ein Zuwachs von 11 Prozentpunkten bei denjenigen, die meinen, in Deutschland würde nicht genug für den Klimaschutz getan (von 57 Prozent im November 2017 auf 68 Prozent in Mai 2019). Auffällig ist jedoch auch, dass die Zahl derjenigen, die die Anstrengungen für den Klimaschutz inzwischen für zu viel halten, um vier Prozentpunkte (von acht auf zwölf Prozent) angestiegen ist. Möglicherweise zeichnet sich hier eine zunehmende Polarisierung in der Gesellschaft zwischen einer Mehrheit der Befürworterinnen und Befürworter von (mehr, besserem) Klimaschutz und einer Minderheit von Gegnerinnen und Gegnern derartiger Maßnahmen ab.

Dieser insgesamt sehr deutliche – und für die Umweltpolitik extrem relevante – Meinungsumschwung, der sich in den Ergebnissen des Politbarometers zeigt, soll im Folgenden mit einem Blick auf Daten aus aktuellen Umweltbewusstseinsstudien von BMU und UBA nochmals vertieft werden.

4.2 Umweltbewusstseinsstudien (BMU, UBA), September 2018 bis Juni 2019

Während die Umweltbewusstseinsstudien von 1996 bis 2016 aus einmaligen Erhebungen im zweijährigen Rhythmus bestanden, haben das BMU und UBA neben der (umfangreichen) Basisbefragung, die im August und September 2018 stattfand, im Dezember 2018 und im Juni 2019 zwei weitere repräsentative Erhebungen durchführen lassen. Die Ergebnisse in Bezug auf die in allen drei Umfragen gestellte offene Frage nach den beiden wichtigsten Problemen in Deutschland zeigt Abbildung 7:

Abbildung 7: Wichtigste Probleme in Deutschland, September 2018 bis Juni 2019



Frage: Was, glauben Sie, sind die beiden wichtigsten Probleme, denen sich unser Land heute gegenüber sieht?

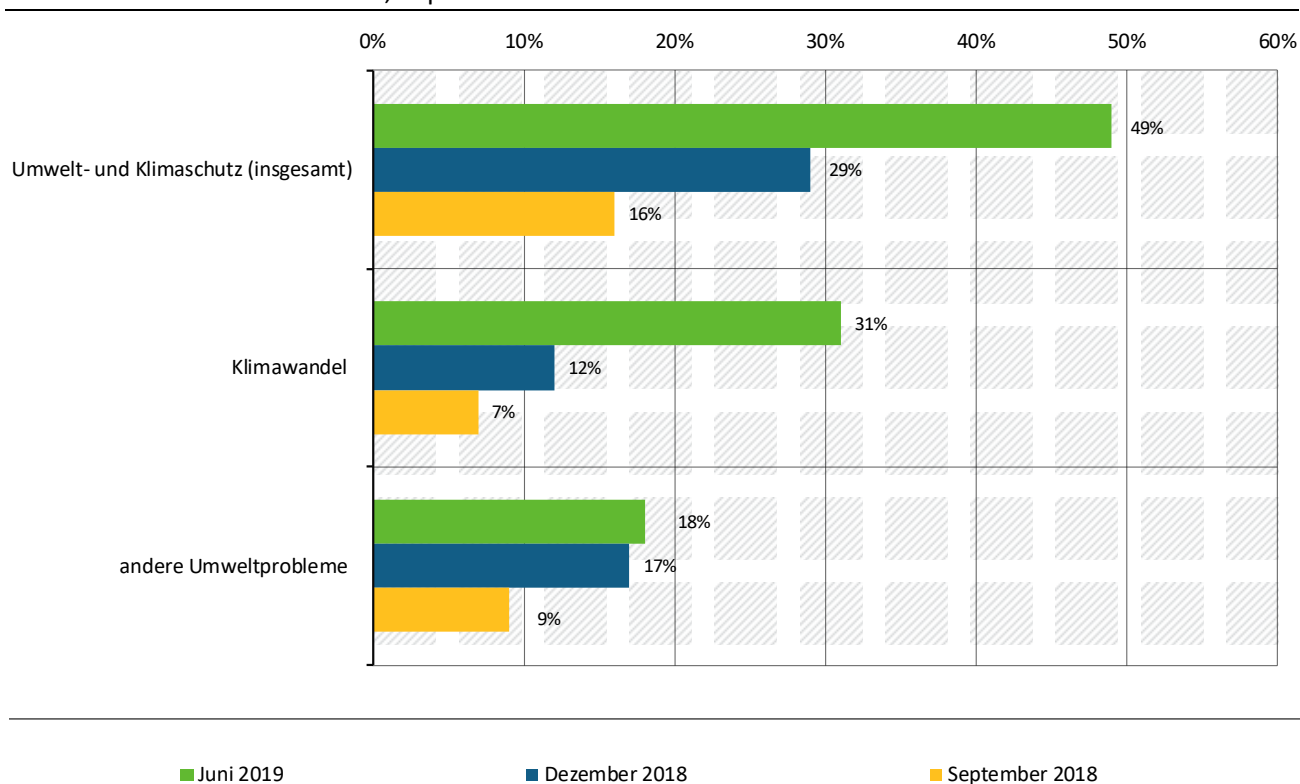
1. und 2. Nennung kumuliert. N=circa 2.000 Befragte ab 14 Jahren pro Umfrage.

Quelle: BMU und UBA.

Die Abbildung zeigt, dass sich auch in diesen Umfragen die Zahl derjenigen, die Umwelt- und Klimaschutz als Problem nennen, in nur neun Monaten verdreifacht hat, während sich die Zahl der Migrationsprobleme nennenden im selben Zeitraum halbiert hat. Dementsprechend wird seit dem Sommer 2019 Umwelt- und Klimaschutz von annähernd der Hälfte der Deutschen als eines der beiden wichtigsten Probleme wahrgenommen. Bemerkenswert ist, dass gleichzeitig die Unzufriedenheit mit der Politik – die noch im September 2018 vorwiegend als eine Unzufriedenheit mit der Migrationspolitik gedeutet werden konnte – im Juni 2019 noch von vier Prozent mehr Befragten als Problem genannt wird – inwieweit Unzufriedenheit mit der aktuellen Umwelt- und Klimapolitik dabei eine Rolle spielt, sollte in weiteren Studien untersucht werden.

Dass ein Großteil der häufiger gewordenen Problemnennungen tatsächlich auf das Problemfeld Klimawandel zurückzuführen ist, zeigt sich, wenn man die auf die politischen Handlungsfelder bezogenen großen Kategorien hinsichtlich darin enthaltener themenspezifischer Einzel-Kategorien differenziert. Abbildung 8 verdeutlicht dies:

Abbildung 8: Einzel-Kategorien bei Umwelt- und Klimaschutz als eines der wichtigsten Probleme in Deutschland, September 2018 bis Juni 2019



Frage: Was, glauben Sie, sind die beiden wichtigsten Probleme, denen sich unser Land heute gegenübersteht?

1. und 2. Nennung aus der Kategorie „Umwelt- und Klimaschutz“ kumuliert.

N=circa 2.000 Befragte ab 14 Jahren pro Umfrage.

Quelle: BMU und UBA.

In nur neun Monaten hat sich die Zahl der den Klimawandel als eines der wichtigsten Probleme nennenden mehr als vervierfacht. Auch hier zeigt sich also eine äußerst drastische Entwicklung in der Problemwahrnehmung. Aber auch das Bewusstsein für andere Umweltprobleme hat sich gesteigert (d.h. es gibt eine Verdoppelung der Nennungen zwischen September 2018 und Juni 2019). Als mögliche Erklärung kommt hierfür die stärker gewordene Sensibilität für Luftverschmutzung durch den Verkehr wie auch eine verstärkte Beachtung z.B. der Gefährdung der Biodiversität in Frage. Beide Themen sind im Vergleichszeitraum intensiv öffentlich diskutiert worden.

Die beiden voneinander unabhängig zustande gekommenen Studien des Politbarometers einerseits sowie von BMU und UBA andererseits zeigen also übereinstimmend eine zum Zeitpunkt der Berichterlegung äußerst starke Dynamik in der Wahrnehmung umweltbezogener Problemlagen seitens der deutschen Bevölkerung auf. Die Befunde der Umweltbewusstseins-Befragungen vermögen darüber hinaus auf die herausragende Rolle der Klimaproblematik in diesem Zusammenhang hinweisen. Der dabei deutlich werdende Meinungsumschwung erscheint in der jüngsten Geschichte Deutschlands einzigartig. Zum besseren Verständnis dieser Dynamik wären weitere vertiefende, auch qualitativ-psychologische Forschungsarbeiten hilfreich.

5 Fazit

5.1 Zentrale Ergebnisse der Zeitreihenanalysen

Vorliegende, für längere Zeiträume kontinuierlich erfasste umweltbewusstseinsrelevante **externe** Daten beziehen sich ganz überwiegend auf die Wahrnehmung ökologischer **Problemlagen** (d.h. ein Umwelt-Problem-Bewusstsein). Eine weiter und tiefer gehende Erfassung von Umwelteinstellungen und Umweltverhalten liegt außerhalb der BMU(B)- und UBA-Studien kaum vor. Die auf Basis dieser externen Quellen gewonnenen inhaltlichen Erkenntnisse dürfen und wollen insofern nicht mehr beanspruchen, als einige **Hypothesen und Suchspuren** zu formulieren, deren Weiterverfolgung in zukünftigen Forschungsarbeiten sinnvoll sein kann.

Die Wahrnehmung umweltbezogener Probleme wird in den vorliegenden Studien **methodisch sehr unterschiedlich** erfasst. Dabei ergeben sich – je nach Studie, Methode und durchführenden Institutionen – durchaus unterschiedliche „Mess-Niveaus“, die zum Teil sehr deutlich voneinander abweichen. Jedoch zeigt die Analyse von langfristigen Zeitverläufen aus unterschiedlichen Quellen, dass weniger die absoluten Werte (wie z.B. Prozentanteile oder Kenngrößen) als vielmehr die jeweils relativen Veränderungen im Zeitverlauf in Bezug auf Einstellungs- und Wahrnehmungsveränderungen in der Bevölkerung aufschlussreich und für das Verständnis soziokultureller Trends relevant sind. So weisen viele der hier analysierten Daten – trotz unterschiedlicher in den einzelnen Erhebungen gemessener Werte – eine erstaunliche Parallelität in Bezug auf die langfristige Veränderung von Problemwahrnehmungen auf.

In Bezug auf umweltrelevante Wahrnehmungen lassen sich hinsichtlich der „**Langen Wellen**“ für einen Zeitraum von gut 30 Jahren (d.h. von Mitte der 1980er bis Mitte der 2010er Jahre) übereinstimmend folgende Entwicklungen ausmachen:

- ▶ Eine zunächst noch sehr ausgeprägte Wahrnehmung von Umweltproblemen wurde Anfang der 1990er Jahre – kurzfristig – von Migrationsfragen (damals vor allem: um den Umgang mit „Asylanten“) und dann – mittelfristig – bis Ende der 2000er Jahre vom Problem der Arbeitslosigkeit mehr und mehr überlagert.
- ▶ In den 2000er und der ersten Hälfte der 2010er Jahre erhielten zusätzlich Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung und der Finanzmärkte immer größeren Stellenwert.
- ▶ Ab 2015 entwickeln sich Migrationsfragen (wiederum kurzfristig) zu der die Problemwahrnehmungen dominierenden Thematik.
- ▶ In diesem gesamten Zeitraum (seit Mitte der 1990er Jahre) spielen Umweltprobleme im Vergleich zu anderen eine (eher) untergeordnete Rolle; lediglich einzelne medienwirksame Ereignisse (insbesondere Umweltkatastrophen) lenken sporadisch eine verstärkte Aufmerksamkeit auf die ökologischen Herausforderungen.
- ▶ Im Laufe des Jahres 2019 zeichnet sich dann ab, dass Probleme des Umweltschutzes und – ganz besonders – des Klimaschutzes sehr deutlich in den Vordergrund der allgemeinen Problemwahrnehmungen rücken.

Im Vergleichszeitraum hat sich dabei nicht nur die Intensität der Wahrnehmung ökologischer Probleme gewandelt; auch in Bezug auf die **thematischen Schwerpunkte** ergeben sich bemerkenswerte Veränderungen:

- ▶ In den 1970er und Anfang der 1980er Jahren standen lokale Umweltprobleme wie die Verschmutzung von Luft und Gewässern im Vordergrund; in gesellschaftlichen Nischen wurden auch schon Probleme der zivilen Nutzung der Atomenergie sowie die Grenzen des Wachstums (Club of Rome 1972) diskutiert.
- ▶ Schon bald folgten Themen wie das Waldsterben und das Ozonloch – die in der Tendenz schon auf übernationale Zusammenhänge verwiesen.

- ▶ Gegen Ende der 1980er Jahre erhielt die Frage nach der zivilen Nutzung der Atomenergie einen hohen Stellenwert; die durch eine immer stärker werdende Anti-Atom-Bewegung an- und durch die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl auf die Spitze getrieben wurde.
- ▶ Die massiven Umweltprobleme in Ostdeutschland, die nach der Wiedervereinigung allgemein sichtbar und diskutiert wurden, scheinen dagegen die allgemeine Einschätzung der Relevanz von Umweltproblemen kaum beeinflusst zu haben.
- ▶ Zwischen 1998 und 2005, d.h. während der Regierungszeit der Rot-Grünen-Koalition beschäftigten Öko- und Energiesteuern viele Menschen.
- ▶ Dazwischen fanden einzelne Hochwasserereignisse verstärkte Beachtung und lenkten den Blick zunehmend auf die Folgen des Klimawandels.
- ▶ Extremtemperaturen und eine langanhaltende Dürreperiode wurden in Studien des Jahrs 2018 verstärkt thematisiert und können als ein Grund dafür in Betracht gezogen werden, dass der Klimawandel derartig prominent in den Vordergrund der allgemeinen Aufmerksamkeit gerückt ist. Außerdem wurden zu diesem Zeitpunkt das Insektensterben und damit verbunden die Problematik der Artenvielfalt stärker beachtet. (Doch auch diesbezüglich gilt: Eine derart massive Veränderung in der Problemwahrnehmung kann wahrscheinlich nicht auf eine einzelne Ursache zurückgeführt werden – und das gesamte Geflecht möglicher Hintergründe ist bislang von der sozial-empirischen Forschung noch nicht ausreichend untersucht worden.)

Des Weiteren zeigt sich, dass ein Ansteigen oder Absinken der Problemwahrnehmungen nicht durch allgemeine oder gar monokausal betrachte Ursachen erklärt werden kann. Folgende Effekte sind nach den vorliegenden Erkenntnissen in Betracht zu ziehen:

- ▶ Eine erfolgreiche Problemlösung (beispielsweise durch politische Maßnahmen) kann die Relevanz des Problems geringer erscheinen lassen.
- ▶ Ein länger andauerndes Bestehen des Problems kann zu Gewöhnung und somit Aktualitätsverlust, d.h. zu abnehmender Wahrnehmungsintensität im Alltag führen.²⁵
- ▶ Neu auftretende Herausforderungen können bestehende Probleme überlagern; die „alten“ Probleme werden insofern nicht *per se* unwichtiger, sondern treten nur im Vergleich zu den „neuen“ in den Hintergrund.
- ▶ Durch eine stärkere massenmediale Beachtung eines Problems oder diesbezügliche öffentliche Diskurse kann dieses subjektiv von vielen als wichtiger wahrgenommen werden.
- ▶ Aufmerksamkeit auf sich ziehende Ereignisse (von internationalen Konferenzen über Katastrophen bis hin zu Massendemonstrationen) können die Beachtung einer Problematik stark anwachsen lassen.
- ▶ Durch deutlicher werdende Auswirkungen im persönlichen Umfeld (wie beispielsweise Hitzewellen und Dürreperioden) kann die individuelle Betroffenheit deutlich ansteigen.
- ▶ Ansteigende Erwartungshaltungen in Bezug auf eine – baldige – Problemlösung können die entsprechenden Herausforderungen subjektiv wichtiger erscheinen lassen.
- ▶ Nicht zuletzt hat der Wertewandel – und mit ihm das Auftreten neuer, durch veränderte Herausforderungen und Ansprüche geprägter Generationen – einen wesentlichen Einfluss darauf, welche Problemlagen als drängend und vorrangig angesehen werden.

Vor dem Hintergrund all dieser Daten und Feststellungen, die nur vor dem Hintergrund eines komplexen Wechselwirkungsgeflechts angemessen interpretierbar sind, bleibt festzuhalten, dass – mit Schwerpunkt in der jüngsten Generation – in den letzten Monaten offensichtlich ein sehr deutlicher Umschwung hin zu einer verstärkten Beachtung der Klimawandel-bezogenen Herausforderungen

²⁵ Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, warum die katastrophalen Umweltbedingungen in Teilen der ehemaligen DDR – die ja doch „irgendwie“ seit längerem bekannt waren, auch wenn sie vor 1990 öffentlich kaum thematisiert wurden (bzw. werden durften), nach der Wiedervereinigung nicht – und zwar weder bei Ost- noch bei Westdeutschen – zu einem Ansteigen des Problembewusstseins führten.

stattgefunden hat. Ob es sich hierbei um ein kurzfristiges Phänomen handelt, dass bald wieder von anderen, in den Vordergrund drängenden Problemkonstellationen ersetzt wird, oder ob es sich dabei um eine dauerhafte Einstellung handelt, nach der der Klimaschutz eine prioritäre Aufgabe darstellt, muss weiter beobachtet werden. In jedem Fall aber beinhaltet dieser Umschwung aktuell (d.h. zum Zeitpunkt der Berichtslegung im Dezember 2019) ein Momentum, das für eine ambitionierte und konsequente Umwelt- und Klimapolitik günstig ist.

5.2 Empfehlungen für zukünftige Umweltbewusstseinsstudien

Keine andere sozialwissenschaftlich-empirische Untersuchung bietet ein derartig reiches, vielfältiges und in die Tiefe gehendes Material für die Untersuchung von umwelt- und klimabezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen in Deutschland, wie die Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA. Durch die Auswertung externer Datenquellen konnten weitere, jedoch in sehr verschiedenen Zusammenhängen erhobene (und damit isoliert) stehende Daten hinzugezogen werden. Entsprechend sind auch die inhaltlichen Erkenntnisse vor allem als vorläufige Hypothesen aufzufassen, denen mit zusätzlichem Datenmaterial noch weiter nachzugehen wäre (vergleiche vorherigen Abschnitt). Dennoch lassen sich daraus methodisch wie thematisch einige Empfehlungen für zukünftige Umweltbewusstseinsstudien ableiten.

Die Betrachtung der Wahrnehmung von Umweltproblemen über längere Zeiträume hinweg hat gezeigt, dass sich die Inhalte dessen, was im Zusammenhang mit „Umwelt“ jeweils gemeint war beziehungsweise im Vordergrund stand, immer wieder gewandelt haben. Von Landschaftszerstörung und Luft- und Gewässerverschmutzung über Fragen der zivilen Nutzung der Atomenergie oder zur Energiewende bis hin zu den Auswirkungen des Klimawandels standen in verschiedenen Phasen ganz verschiedene Probleme im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. So erweist sich Umweltbewusstsein tatsächlich als ein „schillernder Terminus“ (de Haan / Kuckartz 1996: 36), dessen Bedeutung sich kaum zeitlos definieren lässt. Entsprechend bedarf auch die Erforschung von Umweltbewusstsein einer grundsätzlichen Offenheit und Vielfalt.

Inhaltlich bedeutet dies, dass nicht nur „das“ Umweltbewusstsein, sondern auch einzelne Aspekte und Facetten, wie beispielsweise Klimabewusstsein, Ressourcenbewusstsein, Energiebewusstsein und anderes immer wieder gezielt in den Blick zu nehmen sind. Und wenn „Umweltpolitik eine Querschnittsaufgabe [ist], die alle angeht“,²⁶ dann sind jenseits von ökologischen Fragen auch weitere Alltagsbereiche – als „Umwelt der Umwelt“ – für die Umweltbewusstseinsforschung relevant. Außerdem sollten hierzu Einstellungen und Wahrnehmungen beispielsweise zu sozialer Gerechtigkeit, zu wirtschaftlichen Entwicklungen und zu globalen Austauschbeziehungen gehören, die weitere Aspekte eines umfassend verstandenen Nachhaltigkeitsbewusstseins beinhalten. Doch auch allgemeinere Themen wie – sich verändernde – Lebensstile und Wertorientierungen, Vorstellungen von gutem Leben und Lebensqualität, Leistungsnormen, Statusbedürfnisse oder Zeit-Regimes sind als das Umweltbewusstsein und Umweltverhalten bestimmende Kontexte einzubeziehen.

Die Zeitreihenrekonstruktion hat gezeigt, dass sich die Wahrnehmung von aktuell wichtigen Problemen – insbesondere, wenn offen abgefragt (wie auch im hier analysierten Politbarometer) – eher volatil entwickelt und stark von medialen und anderen öffentlichen Diskursen beeinflusst wird. Skalierte Messungen – wie etwa die Erhebung von relevanten Problemlagen, wie sie in den Umweltbewusstseinsstudien (zu unterschiedlichen Zeitpunkten) abgefragt wurden oder die „Sorgen“, wie sie vom SOEP erfasst werden – verändern sich dagegen offensichtlich nur in längeren Zeitperioden.

²⁶ So der designierte Präsident des UBA im Interview mit SPIEGEL Online: www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/dirk-messner-kuenftiger-chef-des-umweltbundesamts-fordert-aenderung-des-lebensstils-a-1282647.html (zuletzt 18.12.2019).

Auch **methodisch** erweist sich eine Pluralität von Erhebungsmethoden und Fragestellungen bei der Erforschung von Umweltbewusstsein als vorteilhaft. So konnte z.B. die Zeitreihenanalyse von offen gestellten Fragen (wie im Politbarometer oder in vielen Umweltbewusstseinsstudien des BMU/B und UBA) häufig wechselnde, diskursiv geprägte Stimmungsbilder sichtbar machen, während durch Listenabfragen erfasste Einschätzungen eher sich allmählich verändernde, in den persönlichen Werten und Grundorientierungen verwurzelte Präferenzen widerspiegeln (Eurobarometer und Umweltbewusstseinsstudien). Gleichzeitig bieten offene Fragen, die ein spontan zustande gekommenes, thematisch reichhaltiges Ausgangsmaterial bereitstellen, bei dessen Verdichtung, d.h. Kodierung verschiedene Freiheitsgrade. Durch eine sensible, bestehende Kategorien immer wieder in Frage stellende Detailauswertung können dabei neu auftretende Themen – zunächst oft in Form von „schwachen Signalen“ – erkannt und neue Forschungshypothesen generiert werden. Insbesondere der offenen Sondierung von neuen Bewusstseinsinhalten durch qualitative Forschungsmethoden – Stichwort: Sensor – kommt hier eine besondere Bedeutung zu. Im Gegensatz dazu sind über standardisierte und über einen längeren Zeitraum hinweg konstant gehaltene Listenabfragen und Skalen erhobene Befunde – Stichwort: Monitor – besser geeignet, um beispielsweise Schlussfolgerungen in Bezug auf die Akzeptanz von Politikmaßnahmen zu ziehen.

Jedoch verweist die Rekonstruktion von Zeitreihen auf ein grundlegendes Dilemma: Einerseits erfordert die Vergleichbarkeit von Daten in Längsschnittanalysen, dass diese zu den verschiedenen Zeitpunkten auf ein und dieselbe Art erhoben werden – und insofern methodische Effekte als Ursache für unterschiedliche Ergebnisse ausgeschlossen sind.²⁷ Andererseits ist klar, dass auch identische Fragestellungen vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher Kontexte oder auch semantischer Verschiebungen im Sprachgebrauch mit der Zeit unterschiedlich verstanden und insofern unterschiedlich beantwortet werden können. Diesbezüglich zeichnen sich gerade die Umweltbewusstseinsstudien von BMU(B) und UBA durch ein hohes Maß von Aktualität und Tiefe aus, bieten jedoch gleichzeitig wenig Material, um längsschnittartig „große Linien“ der Veränderung nachzuvollziehen. Dagegen liefern andere Studien (insbesondere das Politbarometer) durch konsistent einheitlich erhobene Daten über einen sehr langen Zeitraum hinweg ein gutes Bild der „langen Wellen“, vermögen aber nur teilweise sich situativ verändernde Akzentsetzungen wiederzugeben.

Als Desiderat für künftige Umweltbewusstseinsstudien ergibt sich eine Balance zwischen aktuellen, je nach Situation, Zielgruppen und politischen Verwertungsinteressen ad hoc entwickelten Fragestellungen, die offene, für Neues sensible Module umfassen – und gegebenenfalls durch qualitative Untersuchungen vorbereitet oder vertieft werden – und über einen längeren Zeitraum hinweg rigoros gleichbleibend erfassten Fragestellungen, die eine (Re-) Konstruktion von Zeitreihen ermöglichen. Als immer schon gegebene Stärken der Umweltbewusstseinsstudien sind die thematische Vielfalt, die analytische Tiefe, die methodische Flexibilität und die jeweilige Aktualität der Befunde, die ein umfassendes Sensor-System bereitstellen, beizubehalten und auszubauen. Gleichzeitig gilt es, der – aus der zeitreihenanalytischen Perspektive gesehenen – Schwäche von häufig veränderten, im Zeitverlauf daher nicht vergleichbaren Fragestellungen dadurch zu begegnen, dass ein fest umrissenes Set von Zeitvergleichsfragen definiert und im Sinne eines gezielten Monitorings eingesetzt wird. Aggregierte Kenngrößen (wie seit 2014 geprüft – vgl. Scholl et al. 2016 – und im Rahmen der Umweltbewusstseinsstudie 2018 validiert – vgl. Geiger, im Erscheinen) können hierbei eine zentrale Rolle spielen. Eine differenzierte Erfassung unterschiedlicher, beispielsweise kognitiver, emotionaler und konativer (verhaltensbezogener) Komponenten des Umweltbewusstseins (Spada 1990: 623ff.) in diesem Zusammenhang erscheint wichtig. Ebenso kann eine Einbeziehung von Veränderungen in kognitiven, affektiven und konativen Einstellungen in anderen gesellschaftlichen und Alltagsbereichen interessante Kontextinformationen liefern. Doch auch die in diesen Kenngrößen aggregierten Einzel-Fragen sollten immer

²⁷ Ausführlicher zu methodischen Problemen bei der Rekonstruktion von Zeitreihen: siehe Schipperges et al. 2016: 31ff.

wieder einer differenzierten Analyse im Zeitverlauf unterzogen werden, um so auch auf Veränderungen in spezifischen Einzel-Aspekten aufmerksam zu werden. Hierfür wiederum ist es nötig, einerseits auf eine strenge Konstanz bei der Abfrage der einzelnen für die Kenngrößenberechnung verwendeten Items zu achten; andererseits werden es zu erwartende Veränderungen der sozialen und politischen Kontexte unvermeidlich machen, diese – in längeren Abständen – an veränderte Umfeldbedingungen anzupassen.

Für eine Interpretation von sich im Zeitverlauf zeigenden Veränderungen des Umweltbewusstseins sind – wie die vorliegenden Versuche gezeigt haben – Informationen zu den jeweiligen gesellschaftlichen Kontexten („Zeitstempel“) wesentlich. Es hat sich aber auch – z.B. in den Experteninterviews – gezeigt, dass diese im Nachhinein kaum (oder nur mit einem nicht zu vertretendem Aufwand) rekonstruierbar sind.²⁸ Im Zusammenhang mit einem künftigen Monitoring des Umweltbewusstseins kann es daher von Vorteil sein, zeitgleich auch aktuelle gesellschaftliche Umfeldentwicklungen wie beispielsweise das Geschehen in den Massenmedien, die Diskussion in sozialen Netzwerken und öffentliche Diskurse zu „monitoren“.

Daneben kann eine systematischere Auswertung externer Daten zusätzlich Einsichten ermöglichen. Zum einen liegen hier Informationen vor, die öffentlich zugänglich und insofern mit nur geringen Zusatzkosten verwertbar sind. Zum anderen ist aber zu berücksichtigen, dass – wie die vorliegende Untersuchung ebenfalls gezeigt hat – derartige externe Daten nur einen kleinen Ausschnitt des umweltspezifisch Relevanten abdecken. Hinzu kommt, dass die Daten dieser Studien durch jeweils spezifische methodische und erhebungstechnische Einflussfaktoren bestimmt sind, die sich von denjenigen der Umweltbewusstseinsstudien unterscheiden – und die nicht in allen Fällen vollständig nachvollzogen werden können. Von allfälligen Abweichungen zwischen Befunden der Umweltbewusstseinsstudien und denen (zeitgleich durchgeführter) anderer Untersuchungen ist daher auszugehen. Für zusätzliche Hinweise insbesondere auf interessante Entwicklungen im Zeitverlauf können sie jedoch bedeutsam sein – insbesondere dann, wenn sich parallele Veränderungen, auch wenn möglicherweise auf unterschiedlichen Messniveaus, abzeichnen.

Außerdem kann – gerade in Zeiten rascher Einstellungsveränderungen, wie sie 2018 / 2019 beobachtet wurden – eine Erhebung einzelner, ausgewählter Merkmale in kürzeren Abständen (als die im zweijährigen Rhythmus stattfindenden Hauptbefragungen der Umweltbewusstseinsstudien) wertvoll sein. Hierdurch könnte die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung genauer erfasst – und Fragen nach kurzfristigen versus dauerhaften Meinungsumschwüngen – klarer beantwortet werden. Einzelne besonders relevante Befragungsmodule könnten auch außerhalb der thematisch geschlossenen Umweltbewusstseinsstudien – beispielsweise in Mehrthemenumfragen – zusätzlich in einem thematisch pluralen Umfeld platziert werden. Insbesondere bei retrospektiven Verhaltensselbstberichten sind hierdurch validere Ergebnisse zu erwarten, als bei Befragungen (wie den Umweltbewusstseinsstudien), in denen die Teilnehmenden durch den Fragebogenkontext bereits für ökologische Problemlagen sensibilisiert wurden. Für die Beobachtung von Verhaltensänderungen sind darüber hinaus Erhebungen in personenidentischen Stichproben (Panels) denkbar, in denen die Teilnehmenden über einen definierten Zeitraum hinweg wiederholt zu bestimmten Handlungsweisen befragt werden.

Nicht zuletzt können und sollten vorhandene Daten differenziert weiter ausgewertet werden. Insbesondere möglicherweise wichtige Unterschiede zwischen Frauen und Männern in der Wahrnehmung von Umwelt- und anderen Problemlagen wären hier herauszuarbeiten.²⁹ Gerade in der Betrachtung der „langen Wellen“ ist von Belang, inwieweit aufgrund der tragenden Rolle, die Frauen in den Neuen

²⁸ Ein Versuch zur Rekonstruktion derartiger „Zeitstempel“ findet sich im Anhang B dieses Berichts.

²⁹ Entsprechende Analysen waren im vorliegenden Projekt aufgrund des hierfür bereitstehenden begrenzten Budgets und wegen der Tatsache, dass die – kostenfrei – öffentlich zugänglichen Daten derartige Differenzierungen nicht enthalten, nicht möglich.

Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre (d.h. Umwelt-, Anti-Atom-, Friedens-, Frauenbewegung u.a. gleichermaßen) spielten sowie des insgesamt höheren Umweltbewusstseins von Frauen hier relevante Unterschiede festzustellen sind. Ein Aufarbeiten wichtiger geschlechtsspezifischer Unterschiede wäre dabei nicht nur von historischem Interesse, sondern könnte auch wichtige Hinweise auf aktuelle politische Herausforderung und für künftige politische Maßnahmen liefern. Daneben wären auch weitere Differenzierung, z.B. nach Bildungs- und Einkommensgruppen sowie nach regionalen Unterschieden möglicherweise aufschlussreich.

6 Quellenverzeichnis

- Bauske, Emily; Kaiser, Florian G. (2019): Umwelteinstellung in Deutschland von 1996 bis 2016 – Eine Sekundäranalyse der Umweltbewusstseinsstudien. UBA-Texte 128/2019. Dessau-Roßlau.
- Bogun, Roland (2002): Was heißt „Umweltbewusstsein?“ Gemeinsamkeiten und Differenz im Verständnis eines umstrittenen Forschungsgegenstands. Bremen.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, (Bau) und Reaktor- / nukleare Sicherheit [BMU/B]; Umweltbundesamt [UBA] (Hrsg.) (1996, 1998, 2000, 2002, 2004, 2006, 2010, 2013, 2015, 2017, 2019): Umweltbewusstsein in Deutschland [1996-2018]: Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage. Berlin, Dessau-Roßlau.
- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: Sozio-oekonomisches Panel. Berlin. Internet: www.diw.de/soep (zuletzt 18.12.2019).
- Diekmann, A.; Franzen, A. (1999): The Wealth of Nations and Environmental Concern. *Environment and Behavior*, 31(4), 540-549.
- Dillman, D. A.; Smyth, J. D.; Christian, L. M. (2009): Internet, Mail, and Mixed-mode Surveys: The Tailored Design Model (3rd ed.). New Jersey: Wiley.
- Forschungsgruppe Wahlen; ZDF: Politbarometer. Mannheim. Internet: www.forschungsgruppe.de/Umfragen/Politbarometer (zuletzt 18.12.2019).
- Geiger, Sonja (im Erscheinen): Weiterentwicklung einer Skala zur Messung von zentralen Kenngrößen des Umweltbewusstseins. UBA-Texte. Dessau-Roßlau.
- Grunenberg, Heiko; Kuckartz, Udo (2003): Umweltbewusstsein im Wandel: Ergebnisse der UBA-Studie Umweltbewusstsein in Deutschland 2002. Opladen
- Haan, Gerhard de; Kuckartz, Udo (1996): Umweltbewusstsein: Denken und Handeln in Umweltkrisen. Opladen.
- Holzhauser, B.; Gossen, M.; Schipperges, M.; Scholl, G. (2015): Online- und Panel-Erhebungen zur sozialwissenschaftlichen Erforschung von Umweltbewusstsein. Schriftenreihe des IÖW 209/15. Berlin. Internet: www.ioew.de/publikation/online_und_panel_erhebungen_zur_sozialwissenschaftlichen_erforschung_von_umweltbewusstsein (zuletzt 18.12.2019).
- Inglehart, Ronald; Welzel, Christian (2005): Modernization, Cultural Change and Democracy. Cambridge.
- Institut für Demoskopie [IfD]; Verbundgesellschaft Heidelberg (Hrsg.) (1971): Beziehung zur Umweltverschmutzung. Allensbach.
- Kaiser, F. G.; Byrka, K.; Hartig, T. (2010): Reviving Campbell's Paradigm for Attitude Research. *Personality and Social Psychology Review*, 14, 351-367.
- Kizilocak, Gülay; Martina Sauer (2003): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten der türkischen Migranten in Deutschland. Unesco Verbindungsstelle im Umweltbundesamt (Hrsg.). Berlin.
- Klages, Helmut; Gensicke, Thomas (2004): Wertewandel und Big-Five-Dimensionen. In: Schumann, Siegfried (Hrsg.): Persönlichkeit. Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung. Wiesbaden, S. 279–300.
- Kuckartz, Udo; Rheingans-Heintze, Anke (2006): Trends im Umweltbewusstsein. Umweltgerechtigkeit, Lebensqualität und persönliches Engagement. Wiesbaden.
- Preisendörfer, Peter (1999): Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland. Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewusstsein in Deutschland 1991–1998. Wiesbaden.
- Sachverständigenrat für Umweltfragen [SRU] (Hrsg.) (1978): Umweltgutachten 1978. Deutscher Bundestag: Bonn. Internet: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/08/019/0801938.pdf> (zuletzt 18.12.2019).
- Schipperges, Michael; Gossen, Maïke; Holzhauser, Brigitte; Scholl, Gerd (2016): Umweltbewusstsein und Umweltverhalten in Deutschland 2014. Vertiefungsstudie: Trends und Tendenzen im Umweltbewusstsein. UBA-Texte 59/2016. Dessau-Roßlau.
- Scholl, Gerd; Gossen, Maïke; Holzhauser, Brigitte; Schipperges, Michael (2016): Mit welchen Kenngrößen kann Umweltbewusstsein heute erfasst werden? Eine Machbarkeitsstudie. UBA-Texte 58/2016. Dessau-Roßlau.
- Spada, Hans (1990): Umweltbewusstsein: Einstellung und Verhalten. In: von Graumann, Carl-Friedrich; Kruse, Lenelis; Lantermann, Ernst-Dieter (Hrsg.): Ökologische Psychologie. Ein Handbuch in Schlüsselbegriffen. München, S. 624-631.

Anhang

Anhang A: Input-Informationen und Fragestellungen für die Interviews mit Expertinnen und Experten

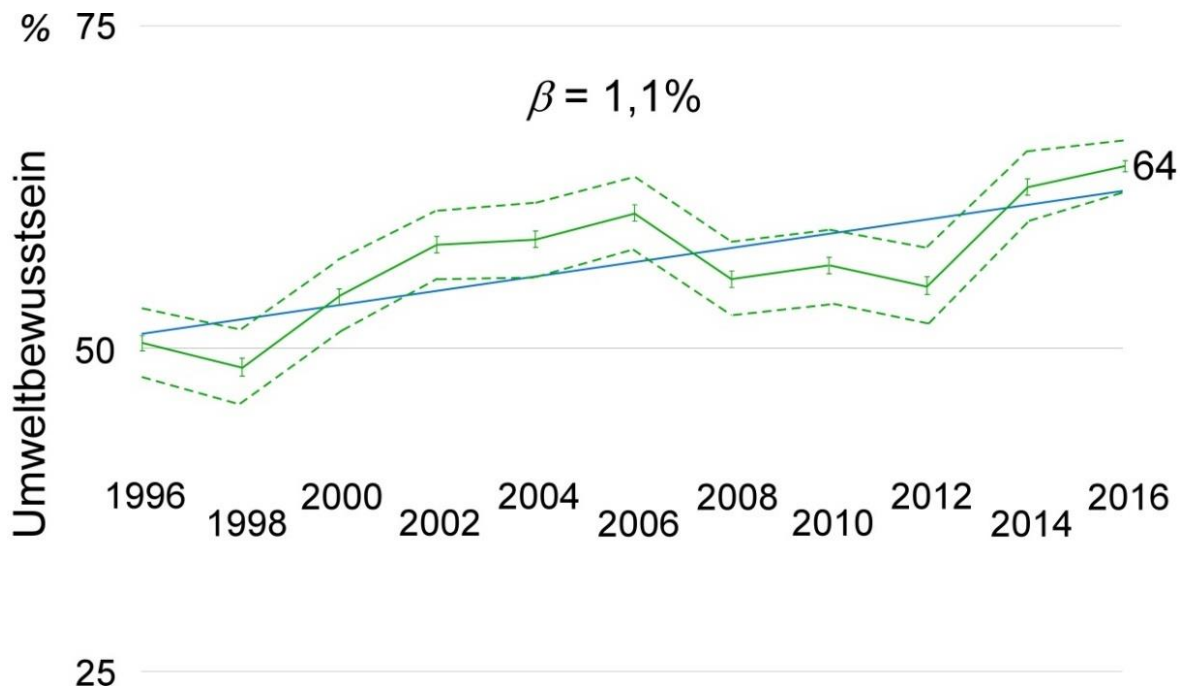
Den im Rahmen der Zeitreihenrekonstruktion interviewten Expertinnen und Experten wurden vorab Input-Informationen und darauf bezogene Fragestellungen zugesandt. Diese wurden von der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Lehrstuhl für Persönlichkeits- und Sozialpsychologie, Prof. Dr. Florian G. Kaiser und Emily Bauske gemeinsam mit sociodimensions entwickelt. Die Fragen 1 und 2 zum Verlauf des Umweltbewusstseins in Deutschland von 1996 bis 2016 bezogen sich auf die Rekonstruktion von Zeitreihen, die an der Universität Magdeburg per Rasch-Skalierung durchgeführt wurden (Bauske und Kaiser, im Erscheinen); die Interview-Ergebnisse zu diesen beiden Fragen wurden an der Universität Magdeburg von Emily Bauske und Florian G. Kaiser ausgewertet und gingen in die Berichterstattung zur Zeitreihenanalyse per Rasch-Skalierung ein (ebd.). Die Fragen 3 bis 5 wurden von sociodimensions, Michael Schipperges ausgewertet und sind Gegenstand des vorliegenden Berichts (siehe Abschnitt 3.3).

Im Folgenden sind die vollständigen Input-Informationen und Fragestellungen dokumentiert:

Verlauf des Umweltbewusstseins in Deutschland von 1996 bis 2016

Basierend auf den Daten der bisherigen elf Umweltbewusstseinsstudien wurde mithilfe eines Rasch-homogenen Item-Pools von 75 Aussagen und Verhaltensselbstberichten der Verlauf des Umweltbewusstseins in Deutschland von 1996 bis 2016 geschätzt. Es zeigt sich eine insgesamt schwache aber statistisch bedeutsame lineare Zunahme des Umweltbewusstseins. Es zeigen sich jedoch auch einige bedeutsame Abweichungen vom linearen Trend.

Abbildung 9: Entwicklung des Umweltbewusstseins in Deutschland von 1996 bis 2016 auf Grundlage der Umweltbewusstseinsstudien – Rasch-Skalierung



Quelle: Otto-von-Guericke-Universität, Florian G. Kaiser / Emily Bauske.

Anmerkung: Zwischen den grün gestrichelten Linien liegt der Bereich, in welchem sich mit 99%iger Wahrscheinlichkeit das tatsächliche Umweltbewusstsein der Gesamtbevölkerung Deutschlands befindet. Die blaue Trendlinie beschreibt als Vergleich einen linearen Wachstumsverlauf des Umweltbewusstseins, der aus allen Erhebungen 1996 bis 2016 ermittelt wurde. Grüne senkrechte Balken zeigen das Vertrauensintervall der einzelnen Stichproben. Die Stichprobe pro Jahr beträgt jeweils ca. 2000 Personen mit ausgewogenem Geschlechterverhältnis und einem Durchschnittsalter zwischen 45 und 52 Jahren. Die Prozentangaben sind zur Anschaulichkeit aus logit-Werten errechnet und können auf zwei verschiedene Arten interpretiert werden: a) als der Anteil der Items, welche der/die durchschnittliche Deutsche in diesem Jahr zustimmte; b) als Wahrscheinlichkeit mit welcher ein/e durchschnittliche/r Befragte/r einem mittel-schweren Item zustimmt.

Frage 1: Entspricht oder widerspricht die Einschätzung eines sehr flachen Anstieges des Umweltbewusstseins in den letzten 20 Jahren in Deutschland Ihren Erwartungen? Welche Befunde stützen unsere bzw. widersprechen unserer Einschätzung?

Frage 2: Gibt es Gründe für mögliche Umweltbewusstseinsrückgänge 1998 sowie zwischen 2008 und 2012? Gibt es Gründe für einen möglichen Umweltbewusstseinsanstieg zwischen 2002 und 2006?

Auswertung externer Datenquellen zu umweltbezogenen Fragestellungen aus dem Zeitraum 1971-2018

Im Rahmen einer Back-Data-Analyse wurden Umfrageergebnisse unterschiedlicher Institutionen, die umweltrelevante Fragestellungen erfassten, ausgewertet. Alle Daten beruhen auf repräsentativen Stichproben. Jedoch arbeiten die verschiedenen Studien mit unterschiedlichen Erhebungsmethoden (z.B. persönliche oder telefonische Interviews, Zufallsstichproben oder „repräsentativen Quoten“). Auch unterscheiden sich die Fragestellungen und Antwortvorgaben.

Die Quellen waren u.a.:

- ▶ Beziehung zur Umweltverschmutzung, Deutsche Verbundgesellschaft, Heidelberg und Institut für Demoskopie, Allensbach: 1971
- ▶ Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes, IPOS, Mannheim (im Auftrag des Umweltbundesamts): 1991, 1992, 1993, 1994
- ▶ ALLBUS (ZUMA, GESIS): 1980 bis 2016
- ▶ Sozioökonomisches Panel (SOEP), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): 1984 bis 2016
- ▶ Markt-Media-Studien (Typologie der Wünsche, Verbraucheranalyse, Best4Planning): 1994 bis 2017
- ▶ Eurobarometer, Europäische Kommission: 2003 – 2017
- ▶ Politbarometer, Forschungsgruppe Wahlen: 1984 – 2018

Zum Vergleich wurden bei einzelnen Fragestellungen die Daten der Umweltbewusstseinsstudien (BMU(B)/UBA) von 1996 bis 2016 ebenfalls herangezogen.

„Umwelt“ als Problem

Viele der ausgewerteten Studien enthalten Daten zur Wahrnehmung und Relevanz umweltbezogener Probleme in Deutschland. Abbildung 2 [hier Abbildung 10] zeigt die Ergebnisse einiger Studien, die diese Fragestellung über einen längeren Zeitraum – bei gleichbleibender Erhebungsmethodik – erfasst haben, in einer synoptischen Zusammenstellung.

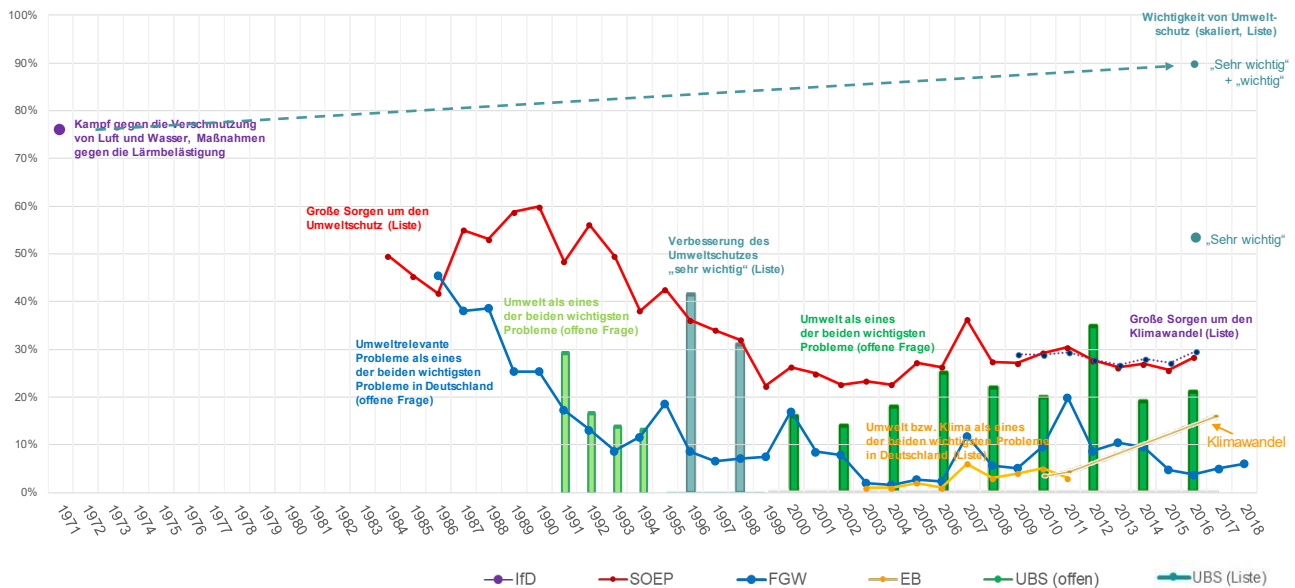
Es zeigt sich, dass sich aufgrund dieser Studien kein fester, absoluter Wert für ein Umwelt- oder Umwelt-Problem-Bewusstsein ermitteln lässt. Vielmehr führen offensichtlich unterschiedliche Fragestellungen und unterschiedliche Erhebungsmethoden zu unterschiedlichen Werten.

Jedoch lassen sich in einer relativen Betrachtung im Zeitverlauf parallele Entwicklungen erkennen. Seit den 1980er Jahren geht die akute Besorgnis in Bezug auf Umweltprobleme zunächst zurück; in den 2010er Jahren scheint sie sich dann auf einem bestimmten Niveau zu stabilisieren. (Durch die Nuklearkatastrophe in Fukushima ergibt sich 2011/12 ein einmaliger deutlicher Anstieg.) Zudem zeigen einzelne Studien, die diesen Aspekt explizit erfassen (SOEP, Eurobarometer) eine zunehmende Besorgnis angesichts des Klimawandels.

Eine detaillierte Auswertung einzelner Daten und Fragestellungen ergibt darüber hinaus, dass sich die thematischen Konnotationen von „Umweltschutz“ im untersuchten Zeitverlauf – teilweise deutlich – verändert haben: Zunächst standen Maßnahmen gegen die Verschmutzung von Luft und Gewässern im Vordergrund; später dominierte die Skepsis gegenüber der zivilen Nutzung von Atomkraft; zeitweise riefen Hochwasserereignisse Sorgen um Klimaveränderungen hervor; heute sind der Klimaschutz und Fragen im Zusammenhang mit der Energiewende von zentraler Bedeutung.

Unabhängig von der Aktualität umweltbezogener Probleme (im Sinne von „derzeit wichtigstes Problem“) bleibt die Allgemeine Relevanz von Umwelt- und Klimaschutz (im Sinne von „wichtig“ bei durch Vorgaben gestützter Abfrage) im Zeitverlauf hoch: 2016 waren es in der Umweltbewusstseinsstudie von BMUB/UBA 90%, dies als „sehr wichtig“ oder „wichtig“ bezeichneten. Insofern kann bezüglich der Notwendigkeit von Umwelt- und Klimaschutz als von einer allgemein akzeptierten sozialen Norm gesprochen werden.

Abbildung 10: Entwicklung der Wahrnehmung umweltbezogener Probleme – Synopse verschiedener Studien – 1971 bis 2018



Synoptische Darstellung: sociodimensions, Michael Schipperges.

Legende:

IfD = Beziehung zum Umweltschutz, Institut für Demoskopie Allensbach

SOEP = Sozioökonomisches Panel, DIW

FGW = Politbarometer, Forschungsgruppe Wahlen

EB = Eurobarometer, Europäische Kommission

UBS (offen) = Umweltbewusstseinsstudien, BMU(B) / UBA, offene Frage (2000 bis 2016)

UBS (Liste) = IPOS-Studien und Umweltbewusstseinsstudien, BMU(B) / UBA, Listenabfrage (1991 bis 1998 sowie 2016).

Quellen, Fragestellungen, Stichproben, Grundgesamtheiten und Erhebungsmethoden: siehe Externe Quellen.

Frage 3: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Wahrnehmung umweltbezogener Probleme im Zeitverlauf seit den 1970er Jahren? Welche gesellschaftlichen Entwicklungen können dies Ihrer Meinung nach erklären?

Andere Problemlagen im Vergleich

Eine weitere Fragestellung bei der Auswertung externer Datenquellen war, in welchem Kontext die Umweltproblematik mit anderen aktuellen Problemlagen zu sehen ist und wie sich diese Kontexte im Zeitverlauf verändert haben.

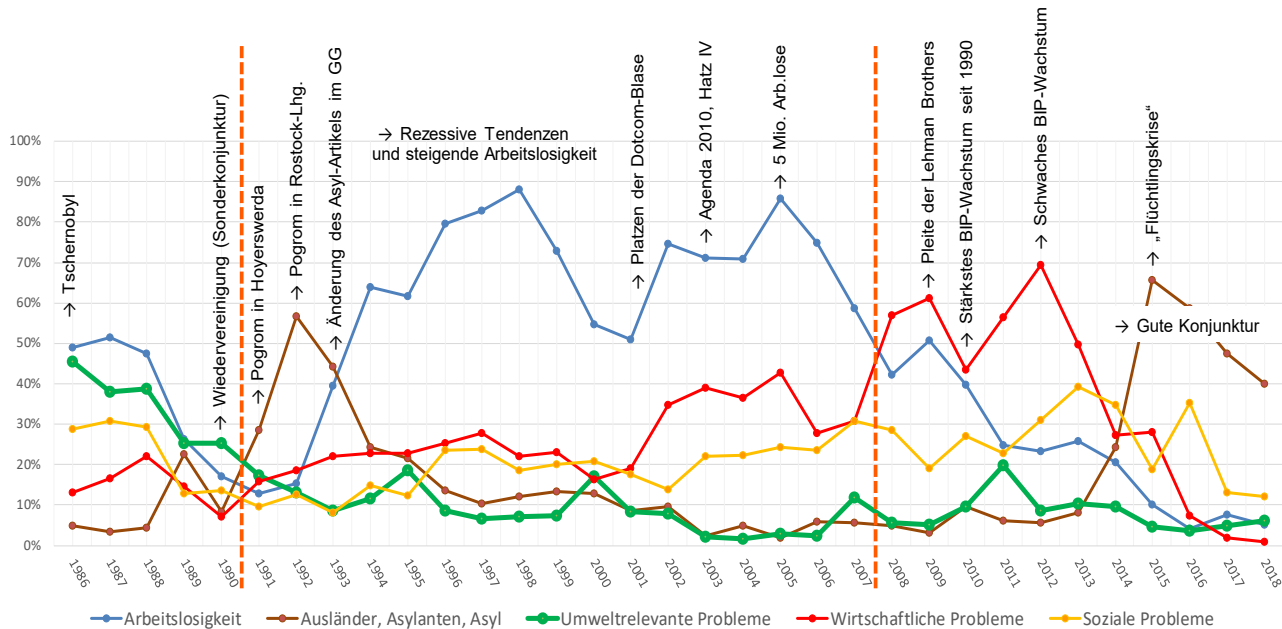
Die Umfragen der Forschungsgruppe Wahlen (Politbarometer) liefern hierzu – neben anderen Quellen, die hier aus Platzgründen nicht wiedergegeben werden können – aufschlussreiche und umfassende Daten. Die Ergebnisse für die wichtigsten Problemfelder sind in [Abbildung 3](#) [hier [Abbildung 11](#)] dargestellt.

Es zeigt sich, dass zunächst Umweltschutz neben der Arbeitslosigkeit als eines der beiden wichtigsten Probleme in Deutschland angesehen wurde; in den 1990er und 2000er Jahren dominierte dann die Arbeitslosigkeit die Problemwahrnehmung; seit 2008 (d.h. nach der „Finanzkrise“) stand die wirtschaftliche Entwicklung im Vordergrund; gleichzeitig wurden soziale Fragen zunehmend als drängend wahrgenommen; seit 2015 haben Fragen der Migration und ihrer Bewältigung einen hohen Stellenwert.

In Bezug auf die Umweltproblematik ergibt sich, dass diese seit 1990 gegenüber anderen, dringlicheren Problemen in den Hintergrund getreten ist. Als Erklärung hierfür kann einerseits angeführt werden, dass eine erfolgreiche Umweltpolitik die Virulenz des Problems vermindert hat; andererseits,

dass eine insgesamt zunehmend krisenhafte gesellschaftliche Entwicklung (Arbeit, Wirtschaft, Finanzen, Soziales, Migration, demografische Entwicklung, Bildung, Wohnen etc.) dazu beiträgt, die ökologische Krise als nur „eine Krise unter vielen“ zu betrachten.

Abbildung 11: Die beiden wichtigsten Probleme in Deutschland im Zeitverlauf 1986 bis 2018 (Forschungsgruppe Wahlen / Politbarometer, offene Frage)



Quelle: Politbarometer, Forschungsgruppe Wahlen.

Frage von 1986 bis 1988: „Es gibt ganz unterschiedliche Fragen und Probleme, über die man heute in der Bundesrepublik spricht. Welche von diesen Fragen und Problemen sind für Sie persönlich besonders wichtig?“ (3 Nennungen möglich). Frage ab 1989: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“ (1 Nennung). Nachfrage: „Und was ist ein weiteres wichtiges Problem?“ (1 weitere Nennung). Die Grafik zeigt Antworten der 1. und 2. Nennung kumuliert.

N=4.000 bis 22.000 Befragte pro Jahr, 2018 (bis März): N=1.000, telefonische Befragung.

Frage 4: Wie beurteilen Sie die Entwicklung der Wahrnehmung anderer Problemlagen im Zeitverlauf? Welche soziokulturellen Entwicklungen können diese erklären? Wie bewerten Sie den Stellenwert von Umweltpolitik in diesem Kontext?

Frage 5: Haben Sie aufgrund Ihrer Arbeit und Ihrer Erfahrung weitere, eigene Daten, die zur Analyse der Entwicklung des Umweltbewusstseins in Deutschland beitragen können?

Externe Quellen, Fragestellungen, Stichproben, Grundgesamtheiten

ad „IfD“:

Quelle: Beziehung zur Umweltverschmutzung, Deutsche Verbundgesellschaft, Heidelberg / Institut für Demoskopie, Allensbach: 1971.

Frage: „Es wird ja jetzt viel von inneren Reformen gesprochen. Diese Reformen betreffen alle Aufgaben, die von den einzelnen Bürgern allein nicht gelöst werden können, sondern nur von der Gemeinschaft, also allen Bürgern zusammen mit dem Staat. Welche Reformen am wichtigsten sind, darüber gibt es verschiedene Meinungen. Was davon ist Ihrer Meinung nach besonders wichtig?“ Vorlage eines Kartenspiels, 11 Items.

Antwort: Karte „Kampf gegen die Verschmutzung von Luft und Wasser, Maßnahmen gegen die Lärmbelästigung“. N=2.000, ab 16 Jahren, Deutschland-West inkl. Berlin-West, persönliche Interviews.

ad „SOEP“:

Quelle: Sozioökonomisches Panel (SOEP), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW): 1984 bis 2016.

Frage: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten - machen Sie sich da Sorgen?“

Antwort: Große Sorgen – Um den Schutz der Umwelt (Listenvorgabe).

N=zwischen 9.000 und 27.000 Befragte pro Jahr, persönliche Befragung im Panel, ungewichtete Daten.

ad „FGW“:

Quelle: Politbarometer, Forschungsgruppe Wahlen.

Frage von 1986 bis 1988: „Es gibt ganz unterschiedliche Fragen und Probleme, über die man heute in der Bundesrepublik spricht. Welche von diesen Fragen und Problemen sind für Sie persönlich besonders wichtig?“ (3 Nennungen möglich). Frage ab 1989: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste Problem in Deutschland?“ (1 Nennung). „Und was ist ein weiteres wichtiges Problem?“ (1 weitere Nennung). Die Grafik zeigt Antworten der 1. und 2. Nennung kumuliert.

N=4.000 bis 22.000 Befragte pro Jahr, 2018 (Stand März): N=1.000, telefonische Interviews.

ad „EB“:

Quelle: Eurobarometer, Europäische Kommission.

Frage: „Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen Deutschland derzeit gegenübersteht?“ Vorlage einer Liste mit Rotation, max. 2 Nennungen. Die Grafik zeigt „Umweltschutz“ bzw. „Klimawandel“ als eines der beiden wichtigsten Probleme genannt.

N=circa 1.500 Befragte (in Deutschland) pro Jahr, ab 14 Jahre, persönliche Interviews, jeweils Herbstumfrage.

ad „UBS“:

1991 bis 1994:

Quelle: Einstellungen zu Fragen des Umweltschutzes, IPOS, Mannheim (im Auftrag des Umweltbundesamts).

Frage: „Was ist Ihrer Meinung nach gegenwärtig das wichtigste / ein weiteres wichtiges Problem in Deutschland?“ (Offene Frage mit Nachfrage). Antworten: Umweltschutz (kodiert).

N=circa 2.000 Befragte. (Werte für 1991 in Gesamtdeutschland: eigene Hochrechnung).

1996 und 1998:

Quelle: Umweltbewusstseinsstudien, BMU/UBA.

Frage: „Wie wichtig sind für Sie Maßnahmen zu folgenden Problemen?“ Liste mit 7 Problemen. 11er-Ratingskala (0 bis 10).

Antwort: "Verbesserung des Umweltschutzes" = 10 / sehr wichtig.

N=circa 2.000 Befragte ab 18 Jahre, persönliche Interviews.

2000 bis 2016:

Quelle: Umweltbewusstseinsstudien, BMU/UBA.

Frage: „Was, glauben Sie, sind die wichtigsten Probleme, denen sich unser Land heute gegenübersteht? Bitte tragen Sie hier die zwei aus Ihrer Sicht wichtigsten Probleme ein“. (Offene Frage, max. zwei Nennungen möglich).

2016 zusätzlich: Listenabfrage, 10 Items, 4er-Skala. Antwort: „Umwelt- und Klimaschutz sehr wichtig / wichtig“.

N=circa 2.000 Befragte pro Jahr, 2000 bis 2012: ab 18 Jahre, mündliche Befragung, 2014 und 2016: ab 14 Jahre, Online-Befragung.

Anhang B: Liste ausgewählter Ereignisse 1971 bis 2019

Um die Kontextualisierungen von Veränderungen im Umweltbewusstsein und in der Wahrnehmung umweltbezogener Probleme durch die interviewten Expertinnen und Experten wie durch den Autor nachvollziehbar zu machen, und um den Lesenden zu ermöglichen, sich ein eigenes Urteil zu bilden, sind im Folgenden wichtige ausgewählte Ereignisse aus den Jahren 1971 bis 2019 dargestellt. Der Schwerpunkt wurde dabei auf umweltrelevante Ereignisse gelegt.

Tabelle 2: Liste ausgewählter Ereignisse 1971 bis 2019

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
1971	Fluglärmsgesetz (erstes Umweltschutzgesetz in Deutschland). Benzinbleigesetz. Bundesregierung verabschiedet erstes Umweltprogramm. Gründung von Greenpeace.	Erneuter Aufschwung, nach Verlangsamung des Wirtschaftswachstums 1967 ff.	Städtebauförderungsgesetz. Krieg um und Unabhängigkeit von Bangladesch. Militärputsch in der Türkei. Friedensnobelpreis für Willy Brandt.	Titelgeschichte im Stern: Wir haben abgetrieben! Einführung des Bafögs.
1972	Bericht des Club of Rome: "Die Grenzen des Wachstums". Gründung des Sachverständigenrats für Umweltfragen (SRU). Gründung des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz. Abfallbeseitigungsgesetz.	Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes: Mehr Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer. Rentenreformgesetz.	27. April: Misstrauensvotum gegen Willy Brandt scheitert. 19. November: Bundestagswahl, SPD erstmals stärkste Partei.	Attentat auf israelische Olympia-Mannschaft in München.
1973	Juni: Gründung der UNEP. September: Energieprogramm der Bundesregierung: Erdölverbrauch zugunsten heimischer Energieträger (Kohle und deren Verstromung) drosseln, Kernenergie ausbauen, effizientere Energienutzung fördern.	Erste Ölkrise: Embargo der OPEC. Ende des Aufschwungs, der in den 1970er Jahren begonnen hatte. Stabilitätsprogramme. Staatliche Maßnahmen zur Belebung von Konjunktur und Investitionen.	Aufnahme von BRD und DDR in die UNO. 11. September: Militärputsch in Chile. Oktober: Jom-Kippur-Krieg.	Vier autofreie Sonntage (Fahrverbote), sechs Monate Tempo 100 auf Autobahnen. Die Bundesregierung verfügt einen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	November: Energiesicherungsgesetz → Fahrverbote.	Freigabe des DM-Wechselkurses zum US-Dollar (Floating) und DM-Aufwertung, Zusammenbruch des Währungssystems von Bretton Woods.		
1974	Bundesimmissionsschutzgesetz. 25. Juli: Gründung des Umweltbundesamts.	Die Thesen des Club of Rome über die Grenzen des Wachstums werden vor dem Hintergrund der Ölkrise erneut diskutiert.	6. Mai: Rücktritt Willy Brandts wegen Affäre Guillaume. Militärputsch auf Zypern und anschließende Intervention der Türkei. Ende der Militärdiktatur in Griechenland. Nelkenrevolution in Portugal.	Kampagne: „Nestlé tötet Babys“.
1975	Abfallrahmenrichtlinien werden eingeführt. Bundeswaldgesetz. Waschmittelgesetz. Bundesregierung beschließt Grundsätze über die Prüfung der Umweltverträglichkeit öffentlicher Maßnahmen.	Rezessive Tendenzen. Einkommensteuerreform entlastet kleine und mittlere Einkommen. Haushaltsstrukturgesetz sieht Ausgabenkürzungen und Einnahmeverbesserungen zum Abbau des Haushaltsdefizits vor.	Tod Francos.	Die Grenze zur Volljährigkeit wird von 21 Jahren auf 18 Jahre herabgesetzt.
1976	10. Juli: Unfall in einer Chemiefabrik in Seveso (nahe Mailand), Freisetzung von Dioxin, Fotos von entstellten Kindergesichtern erschüttern Europa, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft erlässt Richtlinien, um Gefahren bei schweren Unfällen mit gefährlichen Stoffen zu verhindern. Abwasserabgabengesetz. Bundesnaturschutzgesetz.	Arbeitsstättenverordnung zur Humanisierung des Arbeitslebens. Paritätische Mitbestimmung in Großunternehmen. Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität.	Schüleraufstand in Soweto. Operation Entebbe: Befreiung eines entführten Air-France-Flugzeugs durch israelische Sicherheitskräfte. Volksaufstand in Polen.	Neuregelung des § 218 („Indikationsregelung“). Neues Eherecht: Zerrüttungs- löst Schuldprinzip bei Scheidungen ab.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	Energieeinsparungsgesetz für verbesserten Wärmeschutz in Gebäuden. Einrichtung des Bürgerdialogs Kernenergie.			
1977	1. Januar: Bundesnaturschutzgesetz tritt in Kraft. 13. Januar: Unfall im Atomkraftwerk Gundremmingen.		„Deutscher Herbst“: Entführung und Befreiung der Lufthansa-Maschine ‚Landshut‘, Ermordung von Schleyer, Tod von Ensslin, Baader und Raspe in Stammheim.	
1978	Das UBA veröffentlicht eine Studie, welche darauf hinweist, dass es ab dem Jahr 2000 zu einer nachweisbaren globalen Erderwärmung kommen kann, welche durch Menschen verursacht ist. 5. November: Volksentscheid in Österreich gegen die Inbetriebnahme des ersten und einzigen Atomkraftwerks. Höchstwerte für Blei und Cadmium in der Luft. Einführung des Umweltzeichens „Blauer Engel“, zunächst für FCKW-freie Produkte.	Erdölbevorratungsgesetz.	Unterirdische Atomwaffentests der USA in Nevada. Einmarsch israelischer Streitkräfte in den Libanon. Abschuss eines südkoreanischen Passagierflugzeugs durch sowjetische Abfangjäger.	Tunix-Kongress in Berlin. Wahl von Karol Wojtyla zum Papst Johannes-Paul II.
1979	Januar: Erstmals im Ruhrgebiet Smogalarm wegen zu hoher Schwefeldioxidwerte. Februar: erste Weltklimakonferenz in Genf.	Zweite Ölkrise (in der Folge von Islamischer Revolution und Golfkrieg): wirtschaftliche Rezession im Westen und Schuldenkrise in Entwicklungsländern.	Thatcher wird britische Premierministerin. Revolution im Iran. Sowjetische Intervention in Afghanistan.	Im deutschen Fernsehen startet die vierteilige US-Serie „Holocaust“.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	März: Havarie im Atomkraftwerk Three Mile Island. Juni: Schweres Ölunglück im Golf von Mexiko. Juli: Zusammenstoß zweier Tanker und Ölpest vor der Insel Tobago. Juli: Aufnahme von Straftaten gegen die Umwelt ins Strafgesetzbuch. August: Beschluss zur Einrichtung des Atommüll-Zwischenlagers in Gorleben. In der Folge zahlreiche Demonstrationen von Atomkraftgegnern. Umweltinnovationsprogramm. Vogelschutzrichtlinien der EWG.		NATO-Staaten vereinbaren Nachrüstung („Doppelbeschluss“).	
1980	Januar: Die Partei der Grünen wird gegründet. März: Ölteppich vor der Bretagne, weil ein Tanker auseinandergebrochen ist. 4. Juni: Gewaltsame Räumung des von Atomkraftgegnern besetzten Bohrplatz bei Gorleben („Republik Freies Wendland“). Juni: Chemikaliengesetz. 21. Dezember: Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk in Brokdorf.		Erster Golfkrieg (Iran-Irak). Militärputsch in der Türkei. Streiks in Polen (Anfänge der Solidarnosc-Bewegung). 2. August: Bombenanschlag auf den Hauptbahnhof von Bologna. 26. September: Bombenanschlag auf das Oktoberfest in München.	Hausbesetzungen in Berlin, Freiburg, Zürich u.a. Gleichbehandlungsgesetz. Neues Asylrecht, einfachere und schnellere Aufnahmeverfahren.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
1981	28. Februar: Bislang größte (gleichzeitig verbotene) Anti-Atom-Demonstration gegen das geplante Atomkraftwerk Brokdorf. 22. März: In Hessen erreichen die Grünen ihre bisherigen Höchstwerte bei den Kommunalwahlen. 27. September: Erster freiwilliger Autofreier Sonntag. Oder-Winterhochwasser. Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität.	Zunehmend angebotsorientierte („neoliberale“) Wirtschaftspolitik, zunächst in den USA und Großbritannien.	Reagan wird Präsident der USA. In der Folge Verschärfung des Ost-West-Konflikts.	Tuwat-Kongress in Berlin. Oktober: 300.000 Demonstranten fordern in Bonn die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses.
1982	Berner Konvention: „Übereinkommen über die Erhaltung der europäischen wildlebenden Pflanzen und Tiere und ihrer natürlichen Lebensräume“.	Krise des Europäischen Währungssystems (EWS), ausgelöst durch Spekulationen gegen das britische Pfund (G. Soros) und die italienische Lira. Wirtschaftliche Rezession in Deutschland, u.a. aufgrund des Iran-Irak-Krieges. Beschäftigungsförderungsgesetz.	1. Oktober: Kohl wird Bundeskanzler. Libanonkrieg und Massaker von Sabra und Schatila. Falkland-Krieg. Flick-Skandal (Bestechung von Politikern).	Februar: Beginn der Neue-Heimat-Affäre durch einen Bericht des SPIEGEL, in der Folge öffentliche Diskussion um Großsiedlungsbau, aber auch die unternehmerischen Aktivitäten der Gewerkschaften. Begrenzung des Zuzugs von Ausländern; fremdenfeindliche Tendenzen in Teilen der deutschen Bevölkerung verstärken sich.
1983	Februar: Schonende Nutzung der natürlichen Ressourcen als Ziel der europäischen Umweltpolitik verabschiedet.		Anschläge auf US-Einrichtungen in Beirut, Beschuss Beiruts durch die US-Navy. US-Invasion in Grenada.	Proteste der Friedensbewegung gegen die Nachrüstung im Rahmen des Nato-Doppelbeschlusses, Höhepunkt: Demonstration im Bonner Hofgarten.
1984	Bayern verankert (als erstes Bundesland) Umweltschutz in der Landesverfassung.	Einstieg in die 38,5-Stunden-Woche in der Metall- und Druckindustrie.	Beginn des Bergarbeiterstreiks in Großbritannien (bis 1985).	Kießling-Affäre.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	3. Dezember: Katastrophe von Bhopal, Chemieunfall in einer Pestizidfabrik der Union Carbide, Giftgaswolke.			
1985	22. März: Erstes internationales Abkommen zum Schutz der Ozonschicht in Wien unterzeichnet. 1. April: Einführung der Abgassonderuntersuchung für Kfz. 10. Juli: Das Schiff ‚Rainbow Warrior‘ der Organisation Greenpeace wird von französischen Geheimagenten in Neuseeland versenkt. 16. Oktober: Erste rot-grüne Koalition auf Landesebene in Hessen		7. Oktober: Entführung des Kreuzfahrtschiffs ‚Achille Lauro‘. 5. Mai: Kranzniederlegungen durch Kohl und Reagan in Bergen-Belsen und Bitburg und anschließende Kontroverse um Ehrung von Mitgliedern der Waffen-SS.	19. September: Erdbeben in Mexiko City.
1986	26. April: Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Juni: Bildung eines neuen Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (Erster Bundesumweltminister: Wallmann, CDU). September: Neues Pflanzenschutzgesetz. November: Neues Abfallgesetz, Vorrang für Recycling und Abfallvermeidung, Ausstieg aus der „Wegwerfgesellschaft“. 1. November: Großbrand beim Chemiekonzern Sandoz in Basel, in der Folge massives Fischsterben im Rhein.	Oktober: Börsenkrach, genannt „Schwarzer Montag“		Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub werden eingeführt. November: Neue Heimat wird abgewickelt.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	November: Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA Luft). Dezember: Strahlenschutzvorsorgegesetz.			
1987	Geändertes Tierschutzgesetz, Einschränkung von Tierversuchen und schärfere Verbote bei Tierhaltung, Tierhandel und Tiertransport. Geändertes Wasserhaushaltsgesetz zur Reduktion der Wasserbelastung durch Schadstoffe. Altölverordnung. Wasch- und Reinigungsmittelgesetz, Tenside müssen phosphatfrei und biologisch abbaubar sein. EU-Beschluss zur Einführung des Katalysators bei Kfz. März: Veröffentlichung des Berichts der Brundtland-Kommission, Beginn des weltweiten Diskurses über Nachhaltigkeit, Definition des Konzepts der „Nachhaltigen Entwicklung“. September: Internationales Abkommen zum Schutze der Ozonschicht, Verbot von FCKW („Montrealer Protokoll“).	Asienkrise („Tigerstaaten“).		Weitere Einschränkungen des Asylrechts.
1988	Verbleites Normalbenzin wird verboten.			

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	Mai: Umweltminister Töpfer schwimmt im Rhein und demonstriert damit medienwirksam, dass der Fluss wieder sauber ist. 6. Juli: Bohrinself in der Nordsee wird durch ein Feuer zerstört. Sommer: Algenblüte in der Nordsee, in der Folge artgefährdendes Robbensterben. Dezember: Verordnung über die Rücknahme und Pfanderhebung von Getränkeverpackungen aus Kunststoffen. Batterieindustrie verpflichtet sich freiwillig dazu Knopfzellen und Batterien zurückzunehmen um für die Verwertung zu sorgen. Gründung des Weltklimarats.			
1989	Katalysatorpflicht für Neuwagen. 4. Februar: Umweltnetzwerk Grüne Liga wird in der DDR illegal gegründet. März: Ölpest vor Alaska. November: Gründung des Bundesamtes für Strahlenschutz. Dezember: Verbot der Verklappung von Dünnsäure im Meer.	Poststrukturreform.	Mai: Ungarn baut die Sicherungsanlagen zur österreichischen Grenze ab. 3. und 4. Juli: Niederschlagung von Protesten auf dem Tian'anmen in Beijing. Oktober: Montagsdemonstrationen in Leipzig. 9. November: Öffnung der DDR-Grenzen („Mauerfall“).	

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
1990	Novellierung des Bundesimmissionschutzgesetzes, Luftreinhaltepläne, Lärminderungspläne etc. Stromeinspeisungsgesetz. Gentechnikgesetz. Nationalparkprogramm in der DDR.	Globale Wirtschaftskrise. Sonderkonjunktur / Wirtschaftsaufschwung in Deutschland aufgrund der Wiedervereinigung.	3. Oktober: Beitritt der DDR zum Bundesgebiet (Wiedervereinigung Deutschlands).	Beginn des Forschungsprogramms Experimenteller Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) zum Thema „Stadtumbau West“ (und Ost).
1991	Umwelthaftungsgesetz. Stromeinspeisungsgesetz. FCKW-Verbot tritt in Deutschland in Kraft. Verpackungsverordnung, Beschluss zur Einführung des Dualen Systems Deutschland („Grüner Punkt“).	Der Aufbau von Ostdeutschland führt zu schlechter Wirtschaftslage und rückläufiger Konjunktur	Juni: Bundestag entscheidet für Berlin als Hauptstadt.	September 1991: Pogrom in Hoyerswerda.
1992	9. Mai: Verabschiedung der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen mit dem Ziel der Verlangsamung der globalen Erwärmung. 3. bis 14. Juni: UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro, die 178 Teilnehmerstaaten erstmals über globale Umweltprobleme, Deklaration von Rio, „Agenda 21“. Dezember: Ölpest an der spanischen Küste. Höhepunkt der Ausbreitung von BSE („Rinderwahn“) in Großbritannien.		7. Februar: Vertrag von Maastricht zur Schaffung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion.	August: Pogrom in Rostock-Lichtenhagen. Oktober: Beschluss für neues Asylrecht, hierfür Änderung des Grundgesetzes. November: Brandanschlag auf ein von Türken bewohntes Haus in Mölln. Drei türkische Frauen sterben.
1993	Katalysatorpflicht für alle PKW mit Otto-Motor. April: Einrichtung des Bundesamtes für Naturschutz.	Rezessive Tendenzen.		Mai: Brandanschlag auf das Haus der türkischen Familie Genç in Solingen, fünf junge Frauen und Mädchen sterben

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	29. Dezember: Übereinkommen über die biologische Vielfalt (UN-Biodiversitätskonvention).			
1994	Umweltinformationsgesetz. Einführung von schwefelarmem Dieselmotorkraftstoff. Umweltschutz wird als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen.			Gleichberechtigung wird als Staatsziel ins Grundgesetz aufgenommen.
1995	März: Alpenkonvention tritt in Kraft. März-April: Erste Vertragsstaatenkonferenz der UN-Klimarahmenkonvention. 25. April: Der erste Castor-Behälter erreicht Gorleben. 30. April: Greenpeace-Aktivisten besetzen die Ölplattform Brent Spar, um deren Versenkung im Meer zu verhindern, in der Folge boykottieren zahlreiche Menschen Shell-Tankstellen. Dezember: Einrichtung des freiwilligen europäischen Umweltauditsystems (EMAS).	1. Januar: Die WTO nimmt ihre Arbeit in Genf auf.	Das Schengener Abkommen zum freien Grenzübertritt innerhalb Europas tritt in Kraft	
1996	Februar: Ölpest vor der walisischen Küste. 8. Mai: Hochradioaktiver Abfall aus der Wiederaufbereitungsanlage in La Hague wird nach Gorleben gebracht; bisher größten Polizeiaufgebot in der Geschichte der Bundesrepublik. Wasserhaushaltsgesetz.	November: Deutsche Telekom geht an die Börse („Volksaktie“).		

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz.			
1997	Verkehrswege-Schallschutzmaßnahmenverordnung. 5. März: Der dritte Atommülltransport in Castor-Behältern erreicht Gorleben; geschützt von etwa 30.000 Polizisten; Protesten und Blockaden von ca. 10.000 Atomkraftgegnern. April: Kraftfahrzeugsteueränderungsgesetz, neben dem Hubraum wird auch die von PKW ausgehende Umweltbelastung berücksichtigt (Euro 3 - und Euro 4-Norm). Juli-August: Verheerendes Hochwasser an der Oder. Dezember: UN-Klimakonferenz in Kyoto, Kyoto-Protokoll, weltweite Übereinkunft, die Emission von Treibhausgasen bis 2012 unter das Niveau von 1990 zu senken.	Finanzkrise in Asien („Asienkrise“).		
1998	Bundesbodenschutzgesetz. Batterieverordnung. Bleihaltiges Benzin wird verboten.	Gründung der Europäischen Zentralbank (EZB).	27. Oktober: Wahl von G. Schröder zum Bundeskanzler, erste rot-grüne Koalition.	
1999	April: Einführung von Öko-Steuern.	1. Januar: Euro tritt als Buchgeld in Kraft	Kosovo-Krieg: Erster Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit 1945.	Neues Staatsbürgerschaftsrecht: Doppel-Pass-Regelung.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	Oktober-November: UN-Klimakonferenz in Bonn, Fahrplan für die Umsetzung des Kyoto-Protokolls. Deutschland will Vorreiterrolle übernehmen und den Ausstoß von CO ₂ bis 2005 um 25% senken.			
2000	Januar: Abschlussbericht der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“. April: Erneuerbare-Energien-Gesetz. Juni: Novellierung des Atomgesetzes und Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen zum Atomausstieg („Atomkonsens“). Oktober: Nationales Klimaschutzprogramm. November: Erste BSE-Fälle in Deutschland. Dezember: Wasserrahmenrichtlinie.	Platzen der Dotcom-Blase: rezessive Tendenzen in den meisten westlichen Ländern, insbesondere in den USA, aber auch in Deutschland. In der Folge Niedrigzinspolitik in westlichen Ländern.	Januar: CDU-Spendenaffäre.	
2001	April: Einrichtung des deutschen Rats für nachhaltige Entwicklung. Juni: Übereinkommen zum Schutz der Wale des Mittelmeeres, des Schwarzen Meeres und der angrenzenden Atlantischen Zonen. Juni: Vereinbarung zur Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung.	Konjunkturschwäche in Deutschland.	G8-Gipfel in Genua, begleitet von Protesten. 11. September: Terroranschläge der Al Khaida in den USA:	
2002	April: Nationale Nachhaltigkeitsstrategie.	1. Januar: der Euro wird als Bargeld eingeführt.	22. Oktober: Wiederwahl Schröders zum Bundeskanzler, Fortsetzung der rot-grünen Koalition.	

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	August: „Jahrhundert-Flut“ an der Oder, insgesamt verheerende Hochwasserereignisse in Mitteleuropa.	22. Februar: Einrichtung der „Kommission für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz-Kommission). In der Folge „Hartz-Reformen“ (I bis IV). 21. November: Einberufung der „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ (Rürup-Kommission). Konjunkturschwäche in Deutschland.	Oktober: Terroranschläge gegen Tourismuszentren in Bali.	
2003	Januar: Einführung der Pfandpflicht für Einwegverpackungen von Getränken („Dosenpfand“). März: Altholzverordnung. August: Hitzewelle in Europa. November: Das Atomkraftwerk Stade wird als erstes deutsches AKW im Rahmen des Atomkonsenses abgeschaltet.	14. März: Verkündung der Agenda 2010 durch Bundeskanzler Gerhard Schröder. 24. Dezember: Verabschiedung von Hartz IV. Konjunkturschwäche in Deutschland.		
2004	Juni: Internationale Konferenz für erneuerbare Energien in Bonn („renewables 2004“). Juli: Obergrenzen für die Freisetzung von Schwefeldioxid, Stickstoffoxide u.a.	Erstmals wieder Wirtschaftswachstum in Deutschland (nach drei Jahren Stagnation). Export treibende Kraft.	11. März: Anschläge auf Nahverkehrszüge in Madrid. Mai: EU-Osterweiterung, Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern werden EU-Mitglieder. November: „Orangene“ Revolution in der Ukraine.	Februar: Zuckerberg startet Facebook. Dezember: Tsunami-Katastrophe in Süd-Ost-Asien.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
2005	Start des EU-Emissionsrechtehandels (ETS) als Mittel, um die im Kyoto-Protokoll festgelegten Klimaschutzziele zu erreichen; weltweit erstes multinationales Emissionsrechtehandelssystem. Gesetz zur Vermeidung und Verwertung von Elektroschrott. Hochwasserschutzgesetz. Mai: Das Atomkraftwerk Obrigheim wird (als drittes im Rahmen des Atomkonsenses) abgeschaltet. August: Hurrikan Katrina, eine der verheerendsten Naturkatastrophen in der Geschichte der USA.	Höchststand der Nachkriegszeit: 5,2 Millionen Arbeitslose. Moderates Wirtschaftswachstum, vor allem exportbasiert.	22. November: Wahl von Angela Merkel zur Bundeskanzlerin, große Koalition.	
2006	Mai: Präsentation des Films „Eine unbequeme Wahrheit“ von Al Gore. November: UN-Klimakonferenz in Nairobi. Dezember: Geburt von Eisbär Knut, in der Folge großes Medienecho. Der öffentliche Diskurs um den Klimawandel intensiviert sich.	Boomjahr 2006.	11. Juli: Bombenanschläge in Mumbai. Ab 12. Juli: Zweiter Libanonkrieg.	Juli: Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz. Moslemische Demonstrationen gegen Mohammed-Karikaturen. Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland, „Sommer-Märchen“.
2007	Biokraftstoffquotengesetz. Integriertes Energie- und Klimaprogramm (IEKP). Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt. August: Verheerende Waldbrände in Griechenland.	Finanzkrise: ab Frühsommer US-Immobilienkrise (Subprimekrise); in der Folge weltweit Verluste und Insolvenzen in der Finanzbranche. Juni: WASG und PDS bilden die Linkspartei.	Juni: G8-Gipfel in Heiligendamm, von Protesten begleitet. EU-Beitritt von Bulgarien und Rumänien.	Januar: Einführung des Elterngeldes. April: Gesundheitsreform.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
		Die zwei reichsten Menschen auf der Welt besaßen mehr Geld, als die 45 ärmsten Länder im Jahr (2007) erwirtschafteten.		
2008	Januar: Einführung von Umweltzonen und Umweltplaketten für den Kfz-Verkehr in Großstädten. Dezember: Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel.	Auswirkungen der Finanzkrise in der Realwirtschaft spürbar (Kreditklemme); Rezession in Deutschland. Kurzarbeit und Abwrackprämie. Harter Tarifkonflikt zwischen Deutscher Bahn und Lokführer-Gewerkschaft. Ölpreis übersteigt die Marke von \$ 100 pro Barrel. November: Konjunkturpaket I.	Dezember: Bewaffneter Konflikt Israel-Hamas (Gaza), „Operation Gegossenes Blei“.	
2009	CO2-Emissionen werden zur Bemessungsgrundlage der Kraftfahrzeugsteuer. Dezember: UN-Klimakonferenz in Kopenhagen, gescheitert.	Euro-Krise: Staatsschuldenkrise, Bankenkrise, Wirtschaftskrise. Auslöser: Faktische Staatspleite Griechenlands. Januar: Konjunkturpaket II, inklusive „Abwrackprämie“ (offiziell: „Umweltprämie“). In Deutschland stärkster BIP-Rückgang der Nachkriegszeit (-5%).	Januar: Mit Barack Obama wird erstmals ein Afroamerikaner US-Präsident. 28. Oktober: Wiederwahl Angela Merckels als Bundeskanzlerin, schwarz-gelbe Koalition.	
2010	April: Erster Offshore-Windpark Deutschlands („Alpha Ventus“). 20. April: Bohrinnsel Deepwater Horizon im Golf von Mexiko explodiert und sinkt, es kommt zu einer Ölpest. Mai: Hochwasser an Oder und Weichsel.	Einrichtung der Europäischen Finanzstabilisierungsfazilität. In Deutschland stärkstes Wachstum seit der Wiedervereinigung (3,6%).		Juli: Unglück bei der Loveparade in Duisburg.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	August: Nationaler Aktionsplan für erneuerbare Energie. September: Vereinbarung über die Laufzeitverlängerung der deutschen Kernkraftwerke („Ausstieg aus dem Atomausstieg“). Dezember: UN-Klimakonferenz in Cancún, erstmals wird das 2-Grad-Ziel international anerkannt.			
2011	Januar: Sondergutachten des SRU "Wege zur 100-%ig erneuerbaren Stromversorgung". 11. März: Nuklearkatastrophe in Fukushima. 15. März: Bundeskanzlerin erlässt Atom-Moratorium, um alle deutschen Atomkraftwerke zu überprüfen und die ältesten drei Monate lang stillzulegen. Juni: Eckpunktepapier zur Energiewende.	Einrichtung des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Die deutsche Wirtschaft erholt sich und wächst (Vorkrisenniveau überschritten). Kontroverse Diskussion um die Finanzmärkte sowie Fiskal- und Zinspolitik. Libor-Skandal.	Arabischer Frühling. Beginn des Bürgerkriegs in Syrien.	4. November: Aufdeckung des NSU.
2012	Kreislaufwirtschaftsgesetz. Juni: UN-Nachhaltigkeitskonferenz in Rio de Janeiro („Rio+20“), das Konzept der „Green Economy“ wird international anerkannt. Oktober: Hurrikan Sandy, mit Auswirkungen bis nach New York, Wirbelsturm mit den größten je gemessenen Ausmaßen.	Minimales Wachstum, deutliche Schrumpfung des BIP im letzten Quartal. Export als wichtigste Konjunkturstütze.		Beginn der Aktivitäten von Blockupy.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
2013	Grenzwerte für Blei in Trinkwasser. Washingtoner Artenschutzübereinkommen. Abfallvermeidungsprogramm. Sommer: Verheerende Hochwasser. Nationales Hochwasserschutzprogramm.	Rekordbeschäftigung, gestiegene Einkommen und solider Bundeshaushalt: Deutschland als Stabilitätsanker und Wachstumslokomotive Europas.	Gründung der AfD. 22. September: Wiederwahl Angela Merkels als Bundeskanzlerin, große Koalition. FDP nicht im Bundestag. Einsatz deutscher Soldaten im Irak.	Februar: Rücktritt von Papst Benedikt XVI. Wahl von Franziskus. NSA-Affäre: Enthüllungen durch Edward Snowden, weltweite Proteste gegen Spionage der USA.
2014	Januar: Extreme Kältewelle in den USA. Aktionsprogramm Klimaschutz 2020. Alpenkonferenz.	Wirtschaft insgesamt stabil (1,5% BIP-Wachstum). Die deutsche Wirtschaft in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld behaupten.	Eskalation der Krise in der Ukraine („Euro-Maidan-Bewegung“). Ab Februar bewaffnete Auseinandersetzungen in der Ost-Ukraine. März: Annexion der Krim durch Russland. Staatenübergreifendes Auftreten des Islamischen Staats.	Beginn der PEGIDA-Demonstrationen.
2015	Dezember: UN-Klimakonferenz in Paris, Übereinkommen zur Begrenzung der globalen Erwärmung auf unter 2 Grad Celsius.	Solides und stetiges Wirtschaftswachstum (1,7%). Staatshaushalte weiter auf Konsolidierungskurs. September: Bekanntwerden des VW-Abgasskandals.	„Willkommenskultur“ und „Flüchtlingskrise“	Januar: Anschlag auf die französische Satirezeitschrift Charlie Hebdo. März: Blockupy-Proteste anlässlich der Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank. Zunehmend Angriffe auf Geflüchtete und ihre Unterkünfte.
2016	November: UN- Klimakonferenz in Marrakesch.	Solides und stetiges Wirtschaftswachstum (1,7%). Binnennachfrage als Wachstumsmotor.	Juni: Erfolgreiche Volksabstimmung über den Brexit. Juli: In der Türkei scheitert ein Putschversuch von Teilen des Militärs.	Februar: Angriffe auf Geflüchtete in Bautzen und Claußnitz. März: Böhmermannaffäre. Terroranschläge, unter anderem in Brüssel, Nizza und Berlin (Breitscheidplatz).
2017	Januar: Wir haben es satt! – Demonstration aus Anlass der Internationalen Grünen Woche in Berlin.	Kräftiges Wirtschaftswachstum (2,2%), ein Prozentpunkt über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre.	Januar: Trump tritt sein Amt als US-Präsident an.	Zahlreiche Veranstaltung zum 500. Jahrestag der Reformation. Einführung der „Ehe für alle“.

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	August, November: Aktionen „Ende Gelände“ für einen sofortigen Kohleausstieg. November: UN-Klimakonferenz in Bonn.	Binnennachfrage als Wachstumsmotor. Neuer Höchststand bei der Zahl der Erwerbstätigen. Die staatlichen Haushalte erzielten einen Rekordüberschuss.	Juni: Macron wird zum Präsident Frankreichs gewählt. Juli: G20-Gipfel in Hamburg, begleitet von massiven Protesten und Polizeieinsätzen. September: Friedensnobelpreis für die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen. Oktober: Unabhängigkeitsreferendum in Katalonien.	ab Oktober: Verbreitung des Hashtags #MeToo im Zuge des Weinstein-Skandals.
2018	Spätwinter: Kälteanomalie in Europa. „Jahrhundert-Sommer“ mit lang andauernden Hitzeperioden und regional teilweise extremer Trockenheit, Ernteaussfällen und Waldbränden. Dezember: Beginn der Schulstreiks „Fridays for Future“ in Deutschland.	Abschwächung des Wirtschaftswachstums: Das BIP stieg um 1,5 %, nach 2,2% in den beiden Vorjahren. Die deutsche Wirtschaft ist damit das neunte Jahr in Folge gewachsen.	14. März: Neuaufgabe der großen Koalition unter Angela Merkel: Verzögerte Regierungsbildung ein halbes Jahr nach den Bundestagswahlen. Langdauernde Auseinandersetzung zwischen Merkel und Seehofer um die Asylpolitik.	August: Ausländerfeindliche Ausschreitungen in Chemnitz. November: Beginn der „Gelbwesten“-Proteste in Frankreich.
2019	Februar: Abschlussbericht der „Kohlekommission“ (Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung) mit Empfehlung für einen vollständigen Kohleausstieg bis spätestens 2038. Februar: Volksbegehren „Rettet die Bienen“ in Bayern. März: UN-Umweltkonferenz in Nairobi. Mai: 10. Petersberger Klimadialog in Berlin.	Konjunkturabkühlung, Rückgang der Exporte in Deutschland. Verschärfung von Handelsschranken und drohende Währungskriege weltweit. 14. September: Angriff auf Ölraffinerien in Saudi-Arabien. September: IAA (Internationale Automobil-Ausstellung) begleitet von Protesten gegen Verkehrspolitik und SUV-Zulassungsrekorde.	Juni: Rücktritt von Andrea Nahles als Partei- und Fraktionschefin der SPD. Juli: Ursula von der Leyen zur Präsidentin der Europäischen Kommission gewählt. November: Bundesverfassungsgericht wertet Sanktionen der Arbeitsagenturen, bei denen das Arbeitslosengeld II (Hartz-IV-Leistungen) gekürzt wurden, als verfassungswidrig.	März: Rassistischer Terroranschlag auf Moscheebesucher in Christchurch, Neuseeland. April: Brand von Notre-Dame in Paris. August: Rassistische Terroranschläge in El Paso und Dayton, USA. 9. Oktober (höchster jüdischer Feiertag: Versöhnungstag / Yom Kippur): Anschlag auf eine Synagoge und einen Imbiss-Stand in Halle (Saale).

Jahr	Umwelt	Wirtschaft	Politik	Gesellschaft
	Mai: Wahl zum 9. Europäischen Parlament. Deutliche Stimmengewinne für grüne Parteien europaweit. Juni: Heißester Juni weltweit seit Wetteraufzeichnung. Sommer: Waldbrände in den borealen Wäldern der Nordhalbkugel sowie von Menschen herbeigeführte Waldbrände im Amazonas-Regenwald und in Südostasien. August: Greta Thunberg überquert auf dem Weg zum UN-Klimagipfel in New York (21.–23. September) den Atlantik mit einem Segelboot. 20. September: Weltweiter Klima-Aktionstag („Fridays for Future“). Oktober: Bundesregierung beschließt das Klimaschutzprogramm 2030 zur Umsetzung des Klimaschutzplans 2050 („Klimapakete“). 29. November: Erneute globale „Klimastreik“-Aktion von Fridays for Future. 2. –15. Dezember: UN-Klimakonferenz in Madrid.			